

AG 21

Aktivitäten der Stadt Hannover auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit

Eine Bestandsaufnahme zur lokalen Agenda 21 und Charta von Aalborg



Hannover

Vor zehn Jahren wurde in Aalborg, Dänemark die Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg) verabschiedet. Gleichzeitig wurde die Kampagne europäischer Städte und Gemeinden initiiert, um Städte und Gemeinden in ihren Bemühungen um Dauerhaftigkeit und Umweltverträglichkeit zu bestärken und zu unterstützen. „Wir werden uns gegenseitig ermutigen, langfristige Aktionspläne (Agenda 21) aufzustellen, dadurch die Gebietskörperschaften zu stärken und diesen Prozess mit der Politik der Europäischen Union im Bereich der städtischen Umwelt zu verbinden.“ (Charta von Aalborg)

Die „Agenda 21“ wurde 1992 in Rio de Janeiro mit dem Ziel verabschiedet, die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern, die Wirtschaft zu stabilisieren und eine soziale Gerechtigkeit unter den Generationen, Geschlechtern und Völkern als Leitbild der Nachhaltigkeit zu verankern.

Ganz im Sinne der Agenda 21 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover am 8. Juni 1995 beschlossen, im Dialog mit Einwohnerinnen und Einwohnern, örtlichen Organisationen und der Wirtschaft eine lokale Agenda 21 zu erstellen. Fachübergreifend soll nach Lösungen

für die Bewältigung der Probleme im 21. Jahrhundert gesucht werden.

Bekräftigt wurde dieser Beschluss durch die Unterzeichnung der Charta von Aalborg 1996.

Aalborg + 10 nehmen wir zum Anlass eine Bestandsaufnahme vorzunehmen.

Denn viele Schritte auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit sind bisher gegangen worden. Alle Fachbereiche und viele hundert Menschen aus verschiedenen Bereichen haben sich in Arbeitsgruppen, Foren, in Bildungseinrichtungen oder in Projekten an der Erarbeitung der lokalen Agenda 21 beteiligt und mitgewirkt. Dabei nehmen Frauen, Kinder, Jugendliche und Migrantinnen und Migranten eine besondere Rolle ein.

Die Bestandsaufnahme ist gleichzeitig ein Grundlagenwerk für die weiterführende Arbeit im Agenda 21-Prozess. Denn die Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 kann nur ein kontinuierlicher und dynamischer Prozess sein, der auch in Hannover ständig weiterentwickelt werden muss.

Nachhaltigkeit ist ein strategisches Ziel der Stadt Hannover.



Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister



Hans Mönninghoff
Umweltdezernent



Silvia Hesse
Leitung Agenda 21-Büro

AG 21

Aktivitäten der Stadt Hannover auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit

Eine Bestandsaufnahme zur lokalen Agenda 21 und Charta von Aalborg



Hannover

Inhalt

Vorwort	1	Kapitel 7: Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung	16
Inhalt	2	Ressourcenschonender	
Einleitung	5	Wohnungsbau in Hannover	17
Kapitel 1: Präambel	5	Stadtplanung orientiert sich an ökologischen Zielen	17
TEIL I:		Baulücken und Verdichtungsgebiete	17
SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE DIMENSIONEN		Hannover-Kinder-Bauland-Bonus	17
Kapitel 2: Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und damit verbundene nationale Politik	8	Umweltverträgliche Verkehrsstrukturen	17
Stadt Hannover unterstützt das Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre. .	8	Barrierefreie Gestaltung von Nahverkehr, Neu- und Umbauten	17
Agenda 21 und Ökoprotif nun auch in China	8	Stadterneuerung – Wohnungsmodernisierung	18
Kapitel 3: Armutbekämpfung	8	Projekt: Stadt als Garten	18
Unterzeichnung der Charta von Aalborg	9	Projekt: Sanierung „Soziale Stadt“ in den Quartieren Hainholz, Mittelfeld und Vahrenheide-Ost	18
Zur Situation der Armut in Hannover	9	Projekt: Ökologische Optimierung Kronsberg	19
Beschäftigungsförderung	9	Projekt: Naturschutz, Naherholung und Landwirtschaft am Stadtrand	20
Umweltschutz schafft Arbeitsplätze	9	Bürgerbüro Stadtentwicklung	20
Schuldnerberatung fördert Eigenverantwortung	9	Kapitel 8: Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen	21
„Bed by Night“ eröffnet neue Chancen	10	Öko-Audit in der Stadtverwaltung	21
Sozialpädagogischer Mittagstisch für Schulkinder	10	Umweltberichte	21
Jugend-Treff Canarisweg	10	Ökologische Bewertung von flächenbezogenen Planungen	21
Kapitel 4: Veränderung der Konsumgewohnheiten	10	Umweltschutz im Klinikum Hannover	21
Hannover fairführt – Kampagne zur Veränderung der Konsumgewohnheiten	11	TEIL II	
Internet-Gebrauchtbörse Hannover	12	ERHALTUNG UND BEWIRTSCHAFTUNG DER RESSOURCEN FÜR DIE ENTWICKLUNG	
Abfallarm konsumieren	12	Kapitel 9: Schutz der Erdatmosphäre	24
Umsonstladen	12	Klimaschutzprogramm	25
Kommunale		Alternative Energien (Nutzung von Deponie- und Biogas; Strom aus Wasserkraft für 3.000 Haushalte; Fernwärme ausbauen; Fortschrittlicher Konzessionsvertrag für Blockheizkraftwerke; Windkraftanlage Otterndorf)	25
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	12	Niedrigenergiehaus-Beratung	25
Internationaler Austausch über umweltfreundliche kommunale Beschaffung	13	Klimaschutz durch energiesparendes Bauen	26
Kapitel 5: Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung	13	Sanierung dient dem Umweltschutz	26
Bevölkerungsprognosen	13	Beratungs- und Förderprogramm „Energetische Sportstättenanierung“	26
Seniorenfreundliche Stadt	13	Klimaschutz durch aha-Fahrzeuge	26
Kapitel 6: Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit	14	Jobticket und dienstgänge per ÖPNV	27
Netzwerk für städtische Gesundheitsfürsorge	14	Carsharing auch für Dienstwagen	27
Arbeits- und Gesundheitsschutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung	15	Häfen leisten Beitrag zum Umweltschutz	27
Verbesserung der Ernährung	15	Regionale Zusammenarbeit zum Klimaschutz – die Klimaschutzagentur Region Hannover	27
Gesundheitliche Chancengleichheit für Migranten: Das Ethno-Medizinische Zentrum in Hannover(EMZ)	15	Interkommunale Zusammenarbeit zum Klimaschutz	27
Aufklärungsarbeit der Stadtentwässerung	16	Kankanhauslogistik-Konzept	27
Bürgerservice zum Thema		Energiesparprogramm im Klinikum Hannover	28
Mobilfunk/Elektrosmog	16	Kapitel 10: Integrierter Ansatz für die Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen	28
		Boden-Informationssystem	28
		Umnutzung von Gewerbe- und Militärbrachen	28

Hauptgüterbahnhof	28	Ausbau der zwei Klärwerke Hannovers	34
Langenhagen-Barracks	28	Nachhaltige Wasserbewirtschaftung	
Prinz-Albrecht-Kaserne	28	in der Stadt Hannover	34
Gewerbebrache Conti Limmer –		Grundwasser-Monitoring	34
Projekt Wasserstadt Limmer	29	Grundwasserverunreinigung in der	
Mindestuntersuchungsprogramm		hannoverschen Südstadt – Teilnahme	
für Kinderspielflächen (MUP)	29	an einem Forschungsvorhaben	34
Keine Pflanzenschutzmittel		Aktionen zum	
auf Sportflächen und anderswo	29	internationalen Jahr des Süßwassers 2003	35
Bodenmanagement	29	Film: Wasser für alle	35
Internationale Zusammenarbeit			
zum Bodenschutz	29		
Kapitel 11: Bekämpfung der Entwaldung	29	Kapitel 19: Umweltverträglicher Umgang	
Leitlinie zur ökologischen Waldentwicklung	30	mit toxischen Chemikalien einschließlich	
Atholparzellen steigern Erlebniswert	30	Maßnahmen zur Verhinderung des	
Zertifizierung der Hannoverschen		illegalen internationalen Handels mit	
Stadtwälder nach FSC-Richtlinien	30	toxischen und gefährlichen Produkten	35
Kapitel 12: Bewirtschaftung		Kapitel 20: Umweltverträgliche Entsorgung	
empfindlicher Ökosysteme: Bekämpfung		gefährlicher Abfälle einschließlich der	
der Wüstenbildung und der Dürren	30	Verhinderung von illegalen internationalen	
		Verbringungen solcher Abfälle	36
Kapitel 13: Bewirtschaftung von		Umweltverträgliche Entsorgung	
sensiblen Ökosystemen: nachhaltige		von Sonderabfällen	36
Bewirtschaftung von Berggebieten	31		
		Kapitel 21: Umweltverträglicher	
Kapitel 14: Förderung einer		Umgang mit festen Abfällen und	
nachhaltigen Landwirtschaft	31	klärschlamm-spezifische Fragestellungen	36
Landwirtschaftsprogramm	31	Fortschrittliches Abfallwirtschaftskonzept	36
Kronsberghof	31	Vernetzte Abfallberatung	37
		Getrennte Erfassung	
Kapitel 15: Erhaltung		von Elektro-/Elektronikschrott	37
der biologischen Vielfalt	31	Klärschlammverwertung	37
Maßnahmenprogramm zur Freiraumentwicklung .	31		
Pflege- und Entwicklungspläne	32	Kapitel 22: Sicherer und umweltverträglicher	
Artenvielfalt in der Landwirtschaft	32	Umgang mit radioaktiven Abfällen	37
Landschaftsschutzgebiete	32		
Biotopkartierung	32	TEIL III	
Projekt: Der grüne Ring	32	STÄRKUNG DER ROLLE WICHTIGER GRUPPEN	
Umgehung der Leinewehe			
für die Fließgewässerfauna	32	Kapitel 23: Präambel	40
GEO-Tag der Artenvielfalt	32		
Kapitel 16: Umweltverträgliche		Kapitel 24: Globaler Aktionsplan für Frauen	
Nutzung der Biotechnologie	33	zur Erzielung einer nachhaltigen und	
Biotechnologie zur Abwasserbehandlung	33	gerechten Entwicklung	40
		Frauenbüro an der Diskussion	
Kapitel 17: Schutz der Ozeane, aller Arten von		zur Agenda 21 beteiligt	40
Meeren einschließlich umschlossener und		Wirtschaftsförderung für Frauen	40
halbumschlossener Meere und Küstengebiete			
sowie Schutz, rationelle Nutzung und		Kapitel 25: Kinder und Jugendliche	
Entwicklung ihrer lebenden Ressourcen	33	und nachhaltige Entwicklung	41
		Kinder beteiligen sich	
Kapitel 18: Schutz der Güte und Menge der		an Projekten in ihrem Stadtteil	41
Süßwasserressourcen; Anwendung integrier-		Hilfsangebote für junge Menschen	41
ter Ansätze zur Entwicklung, Bewirtschaftung		Sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen	42
und Nutzung der Wasserressourcen	33	Kindertagesstätten kennzeichnen	
Wassergüteüberwachung bei Fließgewässern	33	eine kinderfreundliche Stadtpolitik	42
Renaturierung von Fließgewässern	34	Qualifizierte Sprachförderung von Anfang an	42
Sanierung der Abwasserkanäle	34	Sozialraumorientierung im Kommunalen Sozial-	
		dienst (KSD) der Landeshauptstadt Hannover	42
		Neue Wege in der Erziehungshilfe	43

Kapitel 26: Anerkennung und Stärkung der Rolle der eingeborenen Bevölkerungsgruppen in ihrer Gemeinschaft	43	Kapitel 36: Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung	53
Kapitel 27: Stärkung der Rolle der nicht-staatlichen Organisationen – Partner für eine nachhaltige Entwicklung	43	Instrumente und Handreichungen zur Förderung des öffentlichen Bewusstseins	54
Stadt Hannover unterstützt nichtstaatliche Organisationen	43	Umweltbildung vor Ort	54
Kapitel 28: Initiative der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21	43	Volkshochschule bietet Lernangebote in allen Agenda 21-relevanten Bereichen. Agenda 21 war Thema eines Sonderprogramms mit zahlreichen Kooperationspartnern	54
Lokale Agenda 21 – Vom stadtweiten Dialog zur konkreten Umsetzung	45	Zuwendung zur Natur fördern	54
„Damit unsere Städte Zukunft haben“	46	Hauptschule in Bewegung	55
Freiwillig in Hannover, Netzwerk Bürgermitwirkung	46	Medienangebote der Stadtbücherei zur Agenda 21	55
Kapitel 29: Stärkung der Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften	46	Energiesparen in Schulen, Kindertagesstätten und der Stadtverwaltung: Die Projekte GSE, KLIK und Tatort Büro	55
Programm zur Verwaltungsreform	47	Öffentlichkeitsarbeit der Stadtentwässerung	55
Nachhaltiges Personalwesen	47	Projekt: Erfolgreich abfallarm	56
Vernetzte Dienste	48	Projekte: „Es rauscht im Blätterwald“ und „Die Natur kennt keine Abfälle“	56
Internationales Netzwerk „Cities For Tomorrow“	48	Projekt: Kind – Natur – Technik	56
Kapitel 30: Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft	48	Projekt: Umweltfreundliche Kindertageseinrichtungen	57
Seelhorster Garten – public private partnership ..	48	Waldstation Eilenriede	57
Konzepte zum Einzelhandel	49	Kinderwald Hannover	57
Kontakte zwischen Stadt und Unternehmen	49	FLUXUS – das Netzwerk für Lebens- und Berufsorientierung	58
Ökoprofit Hannover	49	Kapitel 37: Nationale Mechanismen und internationale Zusammenarbeit zur Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten in Entwicklungsländern	58
Kapitel 31: Wissenschaft und Technik	49	Kapitel 38: Internationale institutionelle Rahmenbedingungen	58
Kapitel 32: Stärkung der Rolle der Bauern	50	Kapitel 39: Internationale Rechtsinstrumente und -mechanismen	59
Einrichtung von Bauernmärkten	50	Kapitel 40: Informationen zur Entscheidungsfindung	59
TEIL IV		Kommissions- und Bürgerforumstätigkeit in den Gebieten der „Soziale Stadt“	59
MÖGLICHKEITEN DER UMSETZUNG		Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001 - 2005	59
Kapitel 33: Finanzielle Ressourcen und Finanzierungsmechanismen	52	Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Hannover	60
Der enercity-Fonds <i>proKlima</i>	52	Teilnahme an Wettbewerben, Breitentests und Vergleichsringen auf der Basis von Nachhaltigkeitsindikatoren	61
Entwicklung eines Naherholungsgebietes Misburg-Ost	52	Bildnachweis	62
Kapitel 34: Transfer umweltverträglicher Technologien, Kooperation und Stärkung von personellen und institutionellen Kapazitäten ...	52		
ICTULA: Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen der lokalen Agenda 21	52		
Kapitel 35: Die Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung	53		
Kooperation mit der Wissenschaft	53		

Einleitung

Nachfolgend sind die Kapitel der *Agenda 21* aufgeführt. Sie werden ergänzt um Forderungen aus dem Manifest des *Klimabündnisses*¹, der *Charta von Aalborg*² und der Leitbilddiskussion mit Bürgerinnen und Bürgern zur Erarbeitung einer *Agenda 21* für Hannover³.

Um das Engagement der Stadt Hannover zur Nachhaltigkeit zu verdeutlichen, sollten die Aktivitäten den einzelnen Kapiteln zugeordnet werden. Aus gutem Grund ist es jedoch oftmals nicht möglich, die Ergebnisse der Bürgerinnen und Bürger aus dem *Dialog zur Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 für Hannover 1999* sowie die Aktivitäten der Stadt nur einem Kapitel der *Agenda 21* zuzuordnen. Sie verknüpfen meist mehrere ihrer Aspekte miteinander.

Denn: Es ist die ureigene Idee der *Agenda 21*, unterschiedliche Themen nicht getrennt, sondern als miteinander verbunden zu betrachten.

Der Lesefreundlichkeit zuliebe sind die Projekte, Ideen und Ansätze immer unter dem Kapitel zu finden, das am stärksten zutrifft.

Am Ende der jeweiligen *Agenda 21*-Kapitel befinden sich Querverweise auf weitere Aktivitäten der Stadt und ihrer Bürger, in denen die Ansätze des jeweiligen Kapitels ebenfalls eine Rolle spielen.

Präambel

Agenda 21 Kapitel 1

„Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir erleben eine zunehmende Ungleichheit zwischen Völkern und innerhalb von Völkern, eine immer größere Armut, immer mehr Hunger, Krankheit und Analphabetentum sowie eine fortschreitende Schädigung der Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt. Durch eine Vereinigung von Umwelt- und Entwicklungsinteressen und ihre stärkere Beachtung kann es uns jedoch gelingen, die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihlichere Zukunft zu gewährleisten. Das vermag keine Nation allein zu erreichen, während es uns gemeinsam gelingen kann: in einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist ...“ (Präambel zur Agenda 21)

¹ Hannover ist Gründungsmitglied seit 1990 im Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre.

² Charta von Aalborg – der Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit wurde am 27.5.94 auf der Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden in Aalborg verabschiedet und 1995 von Hannover unterzeichnet.

³ „Die Stadt im Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern – Diskussionsstand der Erarbeitung einer kommunalen Agenda 21 für Hannover 1999“ ist eine Synopse auf der Basis der Leitbilder, Leitziele und Maßnahmen, die 1997 im Rahmen des Agenda 21-Prozesses entwickelt wurden. – Am 5. Juni 1995 beschloss der Rat der LHH, eine Lokale Agenda 21 im Dialog zu erarbeiten.



Teil I

Soziale und wirtschaftliche Dimensionen



Agenda 21**Kapitel 2****Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und damit verbundene nationale Politik**

Das Kapitel betont die Notwendigkeit günstiger internationaler, wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung. Die Berücksichtigung von Umweltaspekten im internationalen Handel soll sichergestellt und ausreichende finanzielle Ressourcen für Entwicklungsländer verfügbar gemacht werden.

In dem Manifest des Klimabündnisses heißt es:

„Wir europäischen Städte unterstützen die Interessen der amazonischen Indianervölker an der Erhaltung des Tropischen Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage durch die Titulierung und die nachhaltige Nutzung der indianischen Territorien. Durch die Verteidigung der Wälder und Flüsse tragen sie dazu bei, dass unsere Erdatmosphäre für die zukünftigen Generationen als grundlegende Bedingung für ein menschliches Leben erhalten bleibt.“

Aus dem Dialog:

„Schulpartnerschaften, Projektpartnerschaften, internationale Kontakte, Partnerschaften, Austausch sollen verstärkt werden und in die Ausbildung und in den Schulalltag integriert werden.“

Aktivitäten der Stadt Hannover**Stadt Hannover unterstützt das Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwäldern zum Schutz der Erdatmosphäre.**

Hannover ist Mitglied im Klimabündnis mit den indigenen Völkern des Regenwaldes

Zahlreiche europäische Städte, so auch Hannover, haben sich dem Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern Amazoniens angeschlossen. Gemeinsam wollen sie durch Senkung des Energieverbrauchs und durch Verringerung des motorisierten Verkehrs dazu beitragen, dass die Belastung der Atmosphäre abnimmt und dadurch die Lebensbedingungen für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Der Rat der Stadt Hannover hat den Beitritt zum Klimabündnis mit einem Ratsbeschluss bekräftigt und ist seit 1990 Gründungsmitglied.

(vgl. Kapitel 8, 9 und 37)

Agenda 21 und Ökoprofit nun auch in China

Umweltschutz darf nicht nur über Gesetze und Strafbestimmungen in die Unternehmen kommen, sondern muss auch bei den Entscheidungsträgern und Mitarbeitern verankert sein. So jedenfalls will es Ökoprofit, das

aus Graz stammende Kooperationsprojekt zwischen Betrieben, externen Beratern und der Stadt. Es Auch Mitarbeiter/-innen werden einbezogen und für ein Ökologisches Bewusstsein sensibilisiert. Gemeinsam mit der Stadt Graz; dem Cleaner Production Center (CPC) ICLEI, dem internationalen Rat für Umweltfragen soll Ökoprofit auch in Panzhihua, China eingeführt werden, um dem massiven Umweltproblemen zu begegnen. Finanziert wird das Projekt durch die EU im Rahmen des ASIA URBS-Programms.

**Agenda 21****Kapitel 3****Armutsbekämpfung**

Das Kapitel stellt die Bedeutung der Armutsbekämpfung im Zusammenhang mit einer auf nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung und Entwicklung gerichteten Politik heraus und beschreibt die wichtigsten Ziele, Methoden und Instrumente der Armutsbekämpfung.

Auszug aus der Charta von Aalborg: Soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für eine Zukunftsbeständigkeit der Stadt

„Wir Städte und Gemeinden sind uns bewusst, dass die Armen am stärksten unter den Umweltbelastungen (wie verkehrsbedingtem Lärm und Luftverschmutzung, mangelndem Komfort, ungesunden Wohnverhältnissen, fehlenden Freiflächen) leiden und am wenigsten in der Lage sind, Abhilfe zu schaffen. Die ungleiche Verteilung von Reichtum verursacht zum einen umweltschädliches Verhalten und erschwert zum anderen Verhaltensänderungen. Wir beabsichtigen, die sozialen Grundbedürfnisse der Menschen sowie Gesundheitsfürsorge, Beschäftigung und Wohnversorgung mit dem Umweltschutz zu integrieren. Wir möchten aus den ersten Erfahrungen mit einer beständigen und umweltgerechten Lebensweise ler-

nen, um auf diese Weise Lebensqualität der Bürger zu erhöhen, anstatt nur einfach den Verbrauch zu maximieren. Wir werden versuchen, solche Arbeitsplätze zu schaffen, die zur Beständigkeit der Gemeinschaft beitragen, um damit die Arbeitslosigkeit zu vermindern. In unseren Bemühungen um die Ansiedlung von Unternehmen oder Schaffung von Arbeitsplätzen werden wir die Auswirkungen der Geschäftsideen auf die Zukunftsbeständigkeit prüfen, um die Schaffung von Langzeitarbeitsplätzen und die Herstellung von langlebigen Produkten im Einklang mit den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu fördern.“
(vgl. Teil II)

Aus dem Dialog:

„Durch sozial-ökologische Führung von Unternehmen und Organisationen werden Arbeitsplätze geschaffen, die Ökologisierung des Wirtschaftens vorangetrieben, die Wirtschaftskraft der Region gestärkt und die globalen Auswirkungen eigener Aktivitäten beachtet.“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Unterzeichnung der Charta von Aalborg

Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg im Jahr 1995 hat sich die Stadt Hannover den in der Charta genannten Zielen verpflichtet. Die Stadt Hannover bekräftigt damit ihren Willen, gemeinsam mit anderen europäischen Städten und Gemeinden den Weg einer zukunftsbeständigen Stadtentwicklung zu gehen.



Zur Situation der Armut in Hannover

Durch eine regelmäßige Sozialberichterstattung werden sozialraumbezogen die sozialen Lebenslagen in der Landeshauptstadt Hannover dargestellt. Ziel es ist, über die soziale Lage der Bevölkerung zu informieren und Grundlagen für Planungen und Entscheidungen zu bieten. Im zuletzt erschienenen Sozialbericht 2002 werden die Lebenslagen bestimmenden Faktoren Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, finanzielle Situation der Haushalte, Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsförderung, Wohnen und Gesundheit beschrieben. Der Sozialbericht erscheint etwa alle fünf Jahre. Die ausgewählten Indikatoren stehen darüber hinaus jährlich und kleinräumig für Planungszwecke zur Verfügung.

Beschäftigungsförderung

Im Jahr 2002 wurde das Referat für Beschäftigungsförderung (jetzt Bereich Beschäftigungsförderung) gebildet. So wurden der Stützpunkt Hölderlinstraße, die Hilfe zur Arbeit, die Stellen Arbeitsmarktpolitik und Jugendarbeitslosigkeit unter einem Dach vereinigt.

In den Jahren 2001 bis 2003 wurden allein durch die Hilfe zur Arbeit über 3.000 Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt.

Die Gründung des Jugendbüros im Jahr 2002 erfolgte aus der Erkenntnis, dass speziell für die Altersgruppe der 18 bis 25-Jährigen ein besonderes Angebot zur Sozialhilfevermeidung vorgehalten werden musste. Erste Erfolge bestätigen diese Maßnahme.

Zurzeit finden mit der Bundesagentur für Arbeit und der Region Hannover Gespräche über die Ausgestaltung des SGB II ab 1. Mai 2005 statt. Ziel ist die Erarbeitung einer Struktur zur Umsetzung des vom Gesetzgeber geforderten Anspruchs, aktive Leistungsförderung der Hilfeempfänger vor passiver Leistungsgewährung sicherstellen zu können.

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

In dem Sonderprogramm Arbeit und Umwelt stehen jährlich rund 150.000 € für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Umweltbereich zur Verfügung. Damit werden Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie Teilnehmende an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Stadtverwaltung z.B. bei Maßnahmen zur Gewässerrenaturierung oder in der Grünflächenpflege tätig.

Ziel ist es weiterhin, zusätzliche Arbeitsplätze im Umweltbereich schaffen bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für neue Tätigkeiten im Umweltbereich qualifizieren. Langfristig sollen durch eine nachhaltige Erschließung von Märkten für Umwelttechnologien und Umweltdienstleistungen Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

(vgl. Kapitel 29 und 36)

Schuldnerberatung fördert Eigenverantwortung

Schuldnerberatung beinhaltet auch Armutsbekämpfung. Bei Haushalten mit geringem finanziellem Freiraum können schon kleine unvorhergesehene Ereignisse verhängnisvolle Folgen bei der Rückzahlung bestehender Kredite haben. Die Überschuldung führt zur Perspektivlosigkeit der Betroffenen und fördert somit den Abstieg bis zum langfristigen Bezug von sozialen Transferleistungen.

Soziale Schuldnerberatung will die Eigenverantwortung von Ratsuchenden fördern, bei der Überwindung von

Charta von Aalborg weist den Weg zu einer nachhaltigen Stadt

Sonderprogramm Arbeit und Umwelt schafft Arbeitsplätze in Umweltbereich

Sozialberichterstattung ist die Grundlage für Planungen und Entscheidungen

Schuldnerberatung als wichtiger Bestandteil der Armutsbekämpfung

3000 Personen in 3 Jahren in sozialversicherungspflichtige Jobs vermittelt.

Perspektivlosigkeit helfen und somit die Basis für ein normales Leben ermöglichen.

„Bed by night“ als Chance für Kinder zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft

Förderung individueller Fähigkeiten, Vermittlung sozialer Lernerfahrung für Jugendliche im Canarisweg

Kinder bekommen warmes Mittagessen und Schularbeitenhilfe

„Bed by night“ eröffnet neue Chancen

„Bed by night“ bietet Kindern, die auf der Straße leben, Betreuung und Versorgung und eröffnet die Chance auf eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Das Projekt setzt an der Motivation und dem Willen zur persönlichen Veränderung der jungen Menschen an und bietet einen Ansatz, ein selbst bestimmtes menschenwürdiges Leben zu führen.

(vgl. Kapitel 25)

Sozialpädagogischer Mittagstisch für Schulkinder

Kinder, die nach der Schule in Vahrenheide durch die Straßen vagabundieren, erhalten im Spielpark Holz- wiesen ein warmes Mittagessen. Im Anschluss ist Schularbeitenhilfe organisiert. Danach schließt sich eine

soziale Betreuung an. Im Spielpark Döhren wird ebenfalls ein solcher sozialpädagogischer Mittagstisch angeboten.

(vgl. Kapitel 25)

Jugend-Treff Canarisweg

Sozialpädagogische Betreuung von Kindern im Alter von 9 - 14 Jahren, die in einem sozialen Brennpunkt – einer Großwohnanlage mit acht Hochhäusern in Laubengang- erschließung und mit sozial schwierigen Bewohnern – leben.

Ziele sind die Förderung individueller Fähigkeiten und die Vermittlung sozialer Lernerfahrung durch stadtteil- orientierte Ressourcennutzung und Vernetzung sozialer Dienste.

Dadurch soll für die benachteiligten Kinder Chancengleichheit hergestellt und das familiäre Umfeld nachhaltig gestützt werden.

(vgl. Kapitel 25)

Agenda 21

Kapitel 4

Veränderung der Konsumgewohnheiten

Das Kapitel befasst sich mit der Entwicklung von nationalen und internationalen Politiken und Strategien zur Änderung nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster.

Ein besseres Verständnis des Zusammenhangs zwischen Produktion, Verbrauch, technischer Anpassung und Innovation, Wirtschaftswachstum und Bevölkerungsentwicklung wird als notwendig angesehen. Des Weiteren soll die Entwicklung und Förderung von Konsummustern, die geringere Umweltbelastungen mit sich bringen und eine Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen ermöglichen, vorangetrieben werden.

Auszug aus der Charta von Aalborg:

„Wir verstehen, dass unsere derzeitige städtische Lebensweise, insbesondere unser arbeits- und funktionsteiliges System, die Flächennutzung, der Verkehr, die Industrieproduktion, Landwirtschaft, Konsumtion und die Freizeitaktivitäten und folglich unser gesamter Lebensstandard uns für die vielen Umweltprobleme wesentlich verantwortlich macht, denen die Menschheit gegenübersteht. Dies ist besonders bedeutsam, weil 80 Prozent der europäischen Bevölkerung in städtischen Gebieten leben.“

Aus dem Dialog

„Die Entwicklung des ›informellen Sektors‹ (Selbsthilfe, Tauschmärkte) soll gefördert werden.“

„Das Beschaffungswesen der städtischen Organisationen und der Unternehmen soll sich nicht nur an sozial- und ökologisch verträglichen, sondern auch an entwicklungspolitischen Kriterien orientieren. Dies gilt auch für den Import von (Roh)Stoffen und Gütern.“

Die Arbeitsgruppe Konsum hat im Rahmen der Leitbild-Entwicklung im Agenda 21-Prozess von (Datum) folgendes Leitbild entwickelt:

Die Bürger/-innen in Hannover entwickeln ein Konsumverhalten, das in Bezug auf den Verbrauch von energetischen und stofflichen Ressourcen einem weltweit sozial- und umweltverträglichen Maß angepasst ist.

Alle Bürger/-innen sind über die sozialen und ökologischen Konsequenzen ihres Konsumverhaltens informiert und haben die Möglichkeit, einen nachhaltigen Lebensstil zu entwickeln.

Nachhaltiges Konsumverhalten wird zum Bedürfnis aller Verbraucher/-innen in Hannover, weil es die Lebensqualität erhält.

Ein nachhaltiges Konsumverhalten der Verbraucher/-innen zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass

- ökologische Produkte aus der Region sowie fair gehandelte Produkte bevorzugt werden,
- der Lebensmittelbedarf dem saisonalen Angebot in der Region angepasst wird, und die Lebensmittel möglichst naturbelassen genossen werden,
- die Einkäufe und Inanspruchnahme von Dienstleistungen möglichst auf kurzen Wegen und ohne Nutzung privater PKW erfolgen,
- Abfälle vermieden werden.

Güter und Dienstleistungen für einen nachhaltigen Konsum haben insbesondere folgende Eigenschaften:

- Sie sind material- und energiesparend gestaltet.
- Die Gebrauchsgüter sind langlebig, aufrüstbar und reparierbar. Ihre Materialien und Komponenten können für Produkte vergleichbarer Qualität und/oder Funktion weiterverwendet werden.
- Die Produktion von Gütern und die Bereitstellung von Dienstleistungen durch Unternehmen und öffentliche Einrichtungen orientieren sich an einem umwelt- und sozialverträglichen Bedarf. Die Produzent/-innen und Dienstleister/-innen übernehmen die Verantwortung für ihre Produkte und informieren die Verbraucher/-innen offen, vollständig und verständlich über die gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Bedingungen der Produktion, der Nutzung und einer Nachnutzung.
- Der Handel ermöglicht und fördert aktiv soziales und ökologisches Konsumverhalten durch entsprechende Handelsstrukturen, Service- und Informationsangebote sowie eine ansprechende Präsentation und Werbung für nachhaltige Güter und Dienstleistungen.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Hannover fairführt – Kampagne zur Veränderung des Konsumverhalten

Unter diesem Motto bietet die Stadt Hannover in Kooperation mit mehr als 40 Organisationen und Einrichtungen stadtweite Aktionsprogramme an. Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Aktionen und Projekte rund um das Thema Konsum und Lebensstil sollen zur Bewußtseinsbildung und zur Änderung des Konsumverhaltens und einem nachhaltigen Lebensstil beitragen. Nachfolgend werden Beispiele genannt.

Agenda 21-Stadtplan

Ein Stadtplan mit einer Fülle von Adressen, wo ökologische und fair gehandelte Produkte gekauft werden können. Er gibt Tipps, wo sich Verbraucherinnen und Verbraucher über Natur- und Umweltschutz informieren können. Engagierte Betriebe haben die Möglichkeit ihr nachhaltiges Handeln darzustellen. Einkaufsgutscheine erleichtern die Entscheidung für den nachhaltigen Einkauf.

Fair-Führer für Hannover

Was verbirgt sich hinter den verschiedenen Labels, welche Sozialstandards und Produktionsweisen müssen erfüllt sein, wenn das Produkt z.B. ein Label erhält. Die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule für Handel (BBS Handel) haben im Dschungel der Label recherchiert. Gemeinsam mit dem Agenda 21-Büro wurde ein „Einkaufsführer“ als Ratgeber herausgegeben.

Regionale Bioprodukte in Großkantinen

Die Stadt Hannover hat gemeinsam mit der Gewerkschaft das Projekt Regionale Bioprodukte durchgeführt, das dazu dienen sollte, die Ernährung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern und die Vermarktung regionaler Bioprodukte zu fördern. Die Küchenchefs der Kantinen, Personalräte und Tischgäste größerer Unternehmen beteiligten sich an den Schulungen, die vom

Umweltzentrum Hannover durchgeführt wurden. Für alle Interessierte wurde von Verkehrsclub Deutschland e.V. Hannover Broschüre erarbeitet, die Auskunft darüber gibt, wo welche Produkte aus der Region erhältlich sind: Wochenmärkte, Hofläden etc.

Fairstärkung für Niedersachsen – Hannover Kaffee

Nun hat auch Hannover einen stadteigenen Kaffee. Er wird ökologisch angebaut und erfüllt die Kriterien des fairen Handels. Das Stadtlabel zeigt das Rathaus und die NANAS und wurde ebenfalls von Schülerinnen und Schülern der BBS Handel entworfen. Der Kaffee ist u.a. im Rathaus und bei OXFAM erhältlich.



Was dem Einem Freud' ist des Andern Leid – die Blumenproduktion

Vor diesem Hintergrund haben sich Stadt Hannover, Eine Welt-Initiativen, die Gewerkschaft IG BAU und das Aktionsbündnis der ev. Kirche zusammengeschlossen. Durch verschiedene Aktionen zum Muttertag und Valentinstag, Ausstellungen sowie durch Informations- und Diskussionsrunden mit Bürgermeister und der Landesbischofin wird auf die gesundheitsschädigenden und umweltzerstörenden Produktionsweisen der Blumen in Afrika, Asien und Südamerika aufmerksam gemacht und für den Kauf regionaler Produkte bzw. für den Kauf von Blumen nach dem Flower Label Programm (FLP) geworben. Dieses Label beinhaltet einen internationalen Verhaltenskodex für eine sozial- und umweltverträgliche Schnittblumenproduktion.

Umweltbewusst konsumieren – aber wie?

Der 25. Geburtstag des Umweltzeichens „Blauer Engel“ wurde vom niedersächsischen Umweltministerium und

dem Agenda 21-Büro der Stadt Hannover zum Anlass genommen, um im Rathaus eine Konferenz zum o.g. Titel durchzuführen. Sie sollte zeigen, welche Möglichkeiten es gibt, sich in der Konsumwelt zu orientieren, wie Unternehmen in Niedersachsen zukunftsweisend produzieren und wie Konsumenten mit ihrer Kaufentscheidung umweltgerechte Produktionen beeinflussen können.

WandelWerte – der Abfall wird zum Rohstoff

*Gut erhaltene
Gegenstände für die
Bewohner Mittelfelds*

Was verstehen wir unter nachhaltigen Konsum und Lebensstil. Was haben wir mit Produktionsweisen in anderen Ländern zu tun? Diese und andere Fragen rund um die Agenda 21 beschäftigte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes WandelWerte, das vom Agenda 21-Büro der Stadt Hannover konzeptioniert und von Büro mensch®ion umgesetzt wurde.

Unter Anleitung einer brasilianischen Künstlerin setzten sich Menschen verschiedener ethnischer und gesellschaftlicher Herkunft in verschiedenen Stadtteilen mit dem Material auseinander und kreierten aus Abfall und weggeworfenen Materialien Neues, das im Rathaus in einer Ausstellung der Öffentlichkeit und einem Vertreter des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit.

Internet-Gebrauchtbörse Hannover

*Verschenken und
Tauschen statt Weg-
werfen mit Hilfe der
Internet-Gebrauchtbörse*

Das Agenda 21-Büro der Stadt Hannover und die Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) haben ein Ziel der Agenda 21, den Ressourcenschutz, aufgegriffen und praktisch in die Tat umgesetzt. Unter der Internetadresse

- www.gebrauchtboersehannover.de oder unter
- www.agenda21.de, Rubrik „Mach mit“ kann jeder Gegenstände zum Verschenken, Leihen oder Tauschen anbieten bzw. suchen. Ziel ist, die Lebensdauer von Gebrauchsgegenständen zu erhöhen. Den Besitzern wird eine Möglichkeit geboten, nicht mehr benötigte Dinge zu tauschen oder zu verschenken anstatt sie wegzuworfen. Betreut wird die Gebrauchtbörse von der Umweltwerkstatt in Oldenburg, die bereits für andere Kommunen Gebrauchtbörsen mit großem Erfolg eingerichtet hat. Mit Hilfe der Gebrauchtbörse können alle einen Beitrag zur Vermeidung von Abfällen und zum Ressourcenschutz leisten.

Abfallarm konsumieren

*Aktionsmaterialien
für Schulen und
Kindertagesstätten
zum Thema Abfall-
vermeidung*

Durch ein konkretes Handlungsangebot für die Bürger/-innen wird die Abfallvermeidung aktiv umgesetzt.

*Für Beschaffungen
der Stadt muss die
Umweltverträglich-
keit jedes Produktes
betrachtet werden.*

Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün stellt im Rahmen seiner Umweltbildungsarbeit für Schulen und Kindertagesstätten ein umfangreiches Angebot mit Infopaketten, Aktivkisten, Handreichungen, Ausstellungen, weiteren Aktionsmaterialien, Gruppenangeboten und Fortbildungen bereit. Ziel ist es, im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes, die Akteure für den Schutz der Umwelt zu sensibilisieren, das Denken in Kreisläufen zu fördern, die globalen Auswirkungen unseres Konsumverhaltens bewusst zu machen, lokale Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und so nachhaltige Verhaltensänderungen zu bewirken.

So ist ein verändertes Konsumverhalten eines der vielen verschiedenen Seiten des Papierprojekts „Es rauscht im Blätterwald“, das im Rahmen des Wettbewerbs ERFOLGREICH ABFALLARM den hannoverschen Schulen angeboten wird. Ziel ist es, Recyclingpapier wieder in der Schule und vor allem im Handel zu etablieren.

(vgl. Kapitel 21 und 36: Projekt: „ERFOLGREICH ABFALLARM“)

Umsonstladen

Im Juni 2001 wurde der erste Umsonstladen Niedersachsens in Mittelfeld eröffnet. Der Träger dieses Ladens ist der Verein SchMitt e.V. (Schönes Mittelfeld) in enger Kooperation mit der Gemeinwesenarbeit der Landeshauptstadt Hannover und dem vor Ort tätigen Quartiermanagement. In Mittelfeld gab es den Bedarf, eine Einrichtung zu gründen, in der nicht mehr benötigte und dabei gut erhaltene Gegenstände abgegeben und anderen Bewohnern zur Verfügung gestellt werden können.

Der Laden wird stark frequentiert und erfährt einen Warenumsatz von mehreren hundert Gegenständen täglich. Er ist nicht nur ein Anziehungspunkt für Mittelfelder Einwohner und Einwohnerinnen, sondern über die Grenzen des Stadtteils hinaus. Er hat sich zu einer wichtigen Institution in Mittelfeld entwickelt, in der auch nachbarschaftliche Kontakte geknüpft und Dienstleistungen vermittelt werden. Mehrere andere Projekte, die bereits umgesetzt sind oder in naher Zukunft noch umgesetzt werden, sind hier angebunden.

Nach einer Anschubfinanzierung aus Städtebaufördermitteln des Landes, die im ersten Jahr die anfallenden Miet- und Einrichtungskosten abdeckte, wurde mit der Unterstützung aus Mitteln des Sozialdezernates und der Einführung eines Obolus von einem Euro für drei Gegenstände die Fortführung des Projektes gesichert. Seit Ende 2003 wird der anfallende Personalaufwand über ehrenamtliche Tätigkeit von Einwohnerinnen und Einwohner abgedeckt.

Kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Für alle Beschaffungen der Stadt ist durch interne Dienstanweisung eine UVP vorgeschrieben. Die Umweltverträglichkeit jedes Produktes ist von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung und die Benutzung bis zur Entsorgung zu betrachten.

Ziele sind:

- Verwendung umweltverträglicher Materialien und Produkte
- Gesundheitsschutz
- Ressourcenschutz
- Klimaschutz
- Abfallvermeidung
- schonender Umgang mit der Natur.

Grundsätzlich nicht zugelassen ist die Verwendung von Tropenholz und von Produkten, die FCKW, HFCKW oder FKW enthalten oder mit Hilfe dieser Stoffgruppen hergestellt sind, sowie die Verwendung von PVC, wo es

durch andere Stoffe ersetzbar ist. Beispiele für die Auswirkungen der UVP auf das Einkaufs- und Benutzerverhalten innerhalb der Stadtverwaltung sind:

- Der Artikelkatalog des Beschaffungshandbuches der Verwaltung bietet den Fachbereichen nur unter umweltfreundlichen Gesichtspunkten ausgewählte Artikel an. Für Güter, die nicht im Artikelkatalog enthalten sind, werden bei Bedarf in zusätzlichen Vertragsbedingungen konkrete Anforderungen an die Umwelteigenschaften der zu liefernden Produkte festgelegt.
- Die Anbieter von Produkten, deren Auswirkungen auf die Umwelt schwierig abzuschätzen sind, müssen hierzu so genannte Anbieterfragebögen oder spezielle Fragenkataloge ausfüllen, um eine angemessene Berücksichtigung bei der Vergabeentscheidung zu ermöglichen.
- In UVP-Fortbildungsveranstaltungen werden die Mitarbeiter/-innen darüber hinaus über Vorteile der umweltverträglichen Produkte und deren Verwendung informiert.

- Die jährliche Versendung der Verwaltungsentwürfe des Haushaltsplanes erfolgt nicht mehr auf Papier, sondern in elektronischer Form. (vgl. Kapitel 21)

Internationaler Austausch über umweltfreundliche kommunale Beschaffung

Unter dem Titel „EcoProcura“ veranstalteten der Internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) 1998 ein erstes internationales Forum für umweltfreundliche Beschaffung in Hannover. Die niedersächsische Landeshauptstadt hat hierin eine traditionell progressive Rolle übernommen. Der Austausch zwischen Städten mit gut entwickelter Praxis im umweltfreundlichen Einkauf und Städten, die eine solche Praxis erst aufbauen wollen, wird über die entstandenen Kontakte erfolgreich weitergeführt. Die Folgeveranstaltungen, z.B. 1999 in Bilbao und 2003 in Göteborg, trugen dazu bei, dass die Entwicklung nun von der umweltverträglichen Beschaffung hin zu einem rundherum nachhaltigen kommunalen Einkauf vorangetrieben wird.

„EcoProcura“: Internationales Forum für umweltfreundliche Beschaffung

**Agenda 21
Kapitel 5**

Bevölkerungsdynamik und nachhaltige Entwicklung

Bevölkerungswachstum, Produktionsweisen und Konsummuster geraten zunehmend aus dem Gleichgewicht und gefährden die Lebensgrundlagen des Menschen insbesondere in überbevölkerten Gebieten. Das Kapitel enthält Festlegungen zur verstärkten Analyse und Information bezüglich der Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsdynamik und nachhaltiger Entwicklung.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Bevölkerungsprognosen

Die Stadtverwaltung erstellt in regelmäßigen Abständen (etwa alle drei bis vier Jahre) Bevölkerungsprognosen, um die zukünftigen Veränderungen von Bevölkerungszahl und -struktur (insbesondere der Altersstruktur) und deren Auswirkungen auf die Stadtentwicklung abschätzen zu können. Innerhalb des Stadtgebietes wird die Prognose kleinräumig untergliedert (nach 30 Prognosebezirken), um Bevölkerungsveränderungen und deren mögliche Auswirkungen z.B. auf die Infrastrukturversorgung für Kinder und Jugendliche frühzeitig erkennen und entsprechend reagieren zu können. Um den engen Stadt-Umland-Verflechtungen und ihren Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung Rechnung tragen zu können, wird die Prognose gemeinsam mit dem Landkreis Hannover und dem Kommunalverband Großraum Hannover erarbeitet. (vgl. Kapitel 7)

Seniorenfreundliche Stadt

Auch in Hannover findet ein grundlegender demographischer Wandlungsprozess statt. Die Altersstruktur verschiebt sich immer stärker zu älteren Altersgruppen. Die Solidarität zwischen den Generationen muss nachhaltig gesichert werden.

Auf kommunaler Ebene wird Alter als gesellschaftliche Ressource definiert und beschrieben, die ebenfalls einhergehenden Probleme werden aber auch in den Blick genommen. Mit der Erstellung eines Seniorenfachplans bereit sich die Stadt Hannover auf diese Entwicklungen vor. Dieser Fachplan bedarf der Fortschreibung in angemessenen Zeitabständen.

Die deutlich wachsende Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahrzehnten zu einer gesellschaftlichen Herausforderung.

Regelmäßige Bevölkerungsprognosen zur Abschätzung der Auswirkungen auf die Stadtentwicklung

Erstellung eines Seniorenfachplans

Agenda 21

Kapitel 6 Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit

Die Gesundheit ist sehr eng mit den Umweltbedingungen und den Entwicklungsmöglichkeiten verknüpft. Anstrengungen zum Schutz der Gesundheit dürfen sich nicht nur in der Behandlung von Krankheiten erschöpfen, sondern müssen insbesondere auf Prävention ausgerichtet sein. Dazu zählen z.B. Gesundheitserziehung, Verringerung der durch Umweltverschmutzung bedingten Gesundheitsrisiken sowie die gesundheitliche Aufklärung und Gesundheits-erziehung.

Auszug aus der Charta von Aalborg: Vermeidung der Vergiftung von Ökosystemen

„Wir Städte und Gemeinden sind uns der Tatsache bewusst, dass eine zunehmende Menge von giftigen und gefährlichen Substanzen in die Luft, das Wasser, den Boden und die Nahrung abgegeben und damit zu einer wachsenden Bedrohung für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme werden. Wir werden alles Erdenkliche tun, um dafür zu sorgen, dass weitere Stoffeinträge gestoppt und an der Quelle vermieden werden.“

Aus dem Dialog:

„Freizeitaktivitäten dienen der körperlichen und geistigen Erholung, dem Wohlbefinden und der Erhaltung der Gesundheit.“ (AG Freizeit)

„Bewegung sichert die Gesundheit, ermöglicht Körpererfahrung und schafft soziale Kontakte.“ (AG Freizeit)

„Die Bevölkerung vermeidet Lärm und ist bestrebt, die Lärmbelastigung zu reduzieren.“ (AG Freizeit)

Aktivitäten der Stadt Hannover

Netzwerke für die städtische Gesundheitsfürsorge

Gesundheit zum Gegenstand alltäglichen politischen Handelns werden lassen

Die Inhalte des „Healthy-City-Projektes“ („Gesunde-Städte-Projekt“) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beruhen auf der so genannten „Ottawa-Charta“ sowie weiteren Beschlüssen der WHO, die auch Grundlage der alltäglichen städtischen Arbeit sind. Das Nationale-Gesunde-Städte-Netzwerk verfolgt die Intention, Gesundheit zum Gegenstand alltäglichen politischen Handelns zu machen. Die Stadt Hannover ist diesem Netzwerk beigetreten.

1. Die Stadt Hannover hat nicht die Dienstaufgabe, die Gesundheit zu fördern (diese liegt bei der Region Hannover). Sie tut es freiwillig. Besonders hervorzuheben ist das Projekt „Vernetzte Dienste“, in dem verschiedene Leistungserbringer der Stadtverwaltung (Soziales, Jugend, Bauen und – früher durch das Städtische Gesundheitsamt – Gesundheit) integriert an die Bürgerinnen und Bürger herangetragen wird. In Fortführung der Aktivitäten des Städtischen Gesundheitsamtes sind auch jetzt gesundheitsbezogene Themen Inhalt verschiedener stadtbezirksbezogener Projekte. Der integrale Ansatz der „Vernetzten Dienste“ stärkt dabei das Element der Gesundheitsförderung, die ja eben gemäß Ottawa-Charta viele Lebensbereiche tangiert.

2. Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes

Die Landeshauptstadt hat 1996 eine umweltmedizinische Beratungsstelle eingerichtet, die zum einen für die Beratung der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht, zum anderen aber auch durch Beratung verschiedener Institutionen zur umweltbezogenen Verhältnisprävention beiträgt. Die Region Hannover führt diese

umweltmedizinische Beratungsstelle fort und hat sie personell verstärkt, um auch den Belangen des früheren Landkreises Hannover Rechnung tragen zu können. Ein Arbeitsschwerpunkt ist dabei, die Bewältigung von Altlasten sowie von Innenraumbelastungen in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten mit dem Ziel der Belastungsminderung.

3. Neben den Aktionen in Bezug auf Ernährung richten Landeshauptstadt und Region mit ihren jeweiligen Veterinärämtern ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Lebensmittel und Bedarfsgegenständen. Die Region und die Landeshauptstadt steht mit ihren Fachleuten allen Bürgerinnen und Bürgern mit Beratungen zur Verfügung, um die Kompetenz in der Bevölkerung für Fragen der Ernährung zu erhöhen.

4. Allgemeine gesundheitliche Aufklärung

Die Region Hannover engagiert sich intensiv im Bereich der allgemeinen gesundheitlichen Aufklärung der Bevölkerung gemäß dem Ottawa-Grundsatz „Befähigen und Ermöglichen“. Dazu ressortiert im Fachbereich Gesundheit das Team „Prävention/Gesundheitsförderung“. Hier werden Aktionen gemeinsam mit Bürgervertretern, Selbsthilfegruppen und anderen Institutionen des Gesundheitswesens initiiert und koordiniert, die sich auf die gesundheitliche Aufklärung über z.B. Volkskrankheiten wie Herz-Kreislaufkrankungen, Schlaganfall, Osteoporose, Diabetes, Atemwegserkrankungen, etc. richten. Unterstützung findet der Fachbereich hierbei insbesondere durch die Krankenhäuser der Region Hannover, die sich ebenfalls dem Gedanken der gesundheitlichen Aufklärung verschrieben haben. Im Bereich der Notfallvorsorge wird gemeinsam mit den Rettungsdiensten und der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt die Implementierung der AED-Geräte für die Laien Ersthilfe bei Herzstillstand gefördert.

Besondere Gesundheitsförderung für Zielgruppen

Für die Gruppe der Obdachlosen wird in Kooperation mit der Ärztekammer neben einer medizinischen Basisversorgung insbesondere die Versorgung für psychisch Kranke in diesem Bereich von der Region besonders akzentuiert. Sie trägt durch aufsuchende Arbeit zur Verbesserung der Lebensverhältnis und zu gesundheitlichen Entwicklungsmöglichkeiten bei. Durch intensive Betreuung kann im Sinne der Verhältnisprävention erreicht werden, dass psychisch kranke Obdachlose in Einrichtungen vermittelt werden, die ihnen ein menschenwürdiges Leben und eine angemessene Behandlung der Erkrankung ermöglichen.

Arbeits- und Gesundheitsschutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung

Infolge der Konkretisierung des Arbeitsschutzes durch die EU-Rahmenrichtlinien über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit, als Arbeitsschutzgesetz in nationales Recht überführt, ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz europaweit vereinheitlicht und um die neue Dimension der Gesundheitsförderung erweitert worden. Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst.

Unter Beteiligung der Beschäftigten werden Arbeitsbedingungen und Beanspruchungen untersucht und dokumentiert sowie vorbeugende Maßnahmen entwickelt, umgesetzt und auf Wirksamkeit und Nutzen hin bewertet.

Die Ergebnisse sollen:

- den Beschäftigten vor Ort zur künftigen Planung von wirksamen Maßnahmen der Gesundheitsförderung nutzbar gemacht werden
- künftige Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung mitgestalten helfen und somit ein gesamtstädtisches zukunftsorientiertes Gesundheitsmanagement ermöglichen.

Ziele der beschriebenen Maßnahmen sind, einen Beitrag zur sozialen Sicherung durch Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu liefern sowie die Entwicklung eines ökologischen Bewusstseins in der Arbeitswelt zu unterstützen.



Verbesserung der Ernährung

Für die nachhaltige Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung – besonders für Menschen in besonderen Le-

benslagen werden Aktionen und Kooperationsmodelle entwickelt.

Die Stadt Hannover bietet in Zusammenarbeit mit Lehrerinnen und Lehrern und anderen Organisationen Informationen zur gesunden Ernährung an. Eine Kinder-Ernährungskiste ist für hannoversche Einrichtungen ist bei der Umweltberatung ausleihbar. Außerdem werden Hilfestellungen zur Errichtung von Schulkiosken angeboten.

Gesundheitliche Chancengleichheit für Migranten: Das Ethno-Medizinische Zentrum in Hannover (EMZ)

Die Gesundheit spielt für die erfolgreiche Integration von Migranten in die Gesellschaft eine äußerst wichtige Rolle. Damit Migranten angemessen an der vorhandenen Gesundheitsförderung und Angeboten der Gesundheitsdienste partizipieren können, wurde 1989 das EMZ gegründet. Das Zentrum sollte als „Brücke zwischen den Kulturen“ Migranten helfen, Zugang zu vorhandenen medizinischen Angeboten zu finden und so zur Chancengleichheit beizutragen. Zusätzlich bietet das Zentrum den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesundheitsdienste Fortbildungen, Publikationen, Fall-supervisionen und Fachdolmetscher für Medizin und Soziales an. Neben diesen Angeboten finden im EMZ international hoch beachtete Projekte statt. Hierzu zählen insbesondere Projekte zur AIDS/HIV-Beratung für ethnisch-kulturelle Minderheiten, interkulturelle Suchprävention, internationales Impfschutzprojekt, interkulturelle Oralprophylaxe und das MiMi-Projekt (muttersprachliche Prävention und Gesundheitsförderung für Migranten). Das Zentrum informiert in seinen Projekten Migranten über Art, Sinn und Umfang vorhandener Angebote der Gesundheitsdienste auf und bietet hierzu Angebote in über 30 Sprachen an. Finanziert wird das Zentrum von der Stadt Hannover und der Landesregierung von Niedersachsen. Die wichtigsten Serviceleistungen des Zentrums sind:

- Dolmetscherdienst für medizinische und soziale Einsatzfelder
- Kultursensible und muttersprachliche Gesundheitsförderung und Prävention zu den Themen Drogen, AIDS, Mundgesundheit, Impfschutz
- Trainings und Fortbildungen für Fachpersonal
- Organisation von Fachtagungen
- Beratung von Fachdiensten
- Telefonische anonyme muttersprachliche Beratung (türkisches AIDS-Telefon)
- Sozialpsychiatrische Beratung für Migranten und Institutionen
- Selbsthilfegruppe für ehemalige drogenabhängige Migranten
- Expertenberatung zu Begutachtungsfragen
- Forschung

Auch der Verein Migranten für Agenda 21 e.V. will durch zahlreiche Aktionen, Vorträge zu Umweltthemen und Drogenprävention dazu beitragen, die Gesundheit der Migranten zu fördern.

Aktionen für nachhaltige Verbesserung der Ernährung, Informationsmaterial für gesunde Ernährung bei Kindern

Analyse von Arbeitsbedingungen und Beanspruchungen: Beitrag zur sozialen Sicherheit und zur Entwicklung eines ökologischen Bewusstseins

Gesundheitsvorsorge durch Aufklärung bei der Stadtentwässerung

Aufklärungsarbeit der Stadtentwässerung

Die Stadtentwässerung Hannover leistet zu diesem Kapitel einen aktiven Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Umfangreiche Aufklärungsarbeit (Klärwerks- und auch Kanalführungen) aber auch eine Vielzahl von Informationsmaterial sowie eine direkte Ansprache des Bürgers zum Thema Abwasserentsorgung- und -behandlung dienen unmittelbar einer Reduzierung der Umweltverschmutzung und der Gesundheitsaufklärung.

Bürgerservice zum Thema Mobilfunk/Elektrosmog

Mobilfunkkataster gibt Auskunft über fast 400 Standorte von Mobilfunkstationen

Für viele Bürger/-innen ist die Nutzung eines Handys zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden. Die Zahl der Mobilfunkantennen auf den Dächern der Stadt Hannover wächst ständig an. Zugleich wächst die Zahl der Bürger/Innen, die sich um mögliche gesundheitliche Auswirkungen des Mobilfunks sorgen. Daher sind sachliche und ausführliche Informationen notwendig. Auf ihren Internetseiten informiert die Stadt Hannover über rechtliche Sachverhalte, über die freiwillige Ver-



einbarung der Mobilfunkbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie über gesundheitliche Aspekte und nennt Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung für weitere Fragen. Auf einer Stadtkarte sind die Standorte der Mobilfunkstationen dargestellt. Über deren Symbole können Angaben zur Standortadresse, die gesetzlichen Sicherheitsabstände und die Anzahl der Antennen an dem jeweiligen Standort abgerufen werden. Diese Kenntnisse sollen dazu beitragen, mögliche Risiken des Elektrosmogs zu umgehen oder zu vermeiden und die notwendigen Diskussionen zu diesem Thema zu versachlichen.

Agenda 21

Kapitel 7 Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung

Das schnelle Wachstum der Städte führt insbesondere in den Entwicklungsländern zu schweren Umwelt- und Gesundheitsbelastungen sowie zu sozialen Problemen. In den Industrieländern konzentriert sich ein erheblicher Anteil des Verbrauchs natürlicher Ressourcen sowie der schädlichen Emissionen in Luft, Wasser und Boden auf städtische Siedlungsgebiete. Ziel dieses Kapitels ist es, Grundsätze für eine nachhaltige und umweltverträgliche Siedlungsentwicklung und ein leistungsfähiges städtisches Umweltmanagement zu erarbeiten und diese Grundsätze umzusetzen.

Auszug aus der Charta von Aalborg: Zukunftsbeständige Flächennutzungsstrukturen

„Wir Städte und Gemeinden erkennen die Bedeutung einer wirksamen Flächennutzungs- und Bebauungsplanung durch unsere kommunalen Gebietskörperschaften, die auch die strategische Umweltprüfung sämtlicher Pläne umfasst. Wir sollten die Chancen für leistungsfähige öffentliche Verkehrsversorgung und effiziente Energieversorgung nutzen, die höhere Bebauungsdichten bieten, und dabei gleichzeitig das menschliche Maß der Bebauung beibehalten. Sowohl bei der Durchführung von Sanierungsprojekten in innerstädtischen Gebieten als auch bei der Planung neuer Vororte bemühen wir uns um eine Mischnutzung, um den Mobilitätsbedarf zu vermindern. Die Idee einer gerechten wechselseitigen Abhängigkeit in der Region sollte es ermöglichen, die Leistungsströme zwischen Stadt und Land ins Gleichgewicht zu bringen und zu verhindern, dass die Städte die Ressourcen des Umlandes nur ausbeuten.“

Aus dem Dialog: Die Arbeitsgruppe Wohnen hat im Rahmen der Leitbild-Entwicklung im Agenda 21-Prozess von (Datum) folgendes Leitbild entwickelt:

Das Wohnen der Bürger/-innen und Bürger der Stadt Hannover ist so organisiert, dass der Naturhaushalt sowie soziale und ökonomische Aspekte gleichrangig beachtet werden.

*Für alle Bürger/-innen und Bürger steht angemessener Wohnraum zur Verfügung (Preis/Ausstattung).
 Eine umweltverträgliche und sozial verträgliche Mobilität ist gewährleistet, eine Stadt der kurzen Wege verwirklicht.
 Die ökologische Funktion der Umweltmedien Boden, Wasser, Luft und ihre Regenerationsfähigkeit ist gewährleistet.
 Die Erholungsfunktion verbindet sinnliche Erfahrbarkeit des Lebensraumes sowie Natur und Kultur.
 Ökologische Baustandards werden in allen Neubauten und bei der Renovierung von Altbauten erfüllt.
 Bei Planungen werden nicht nur die ökonomischen, sondern auch die ökologischen und sozialen Kosten und der Nutzen in die Kalkulation eingerechnet.*

Aktivitäten der Stadt Hannover

Ressourcenschonender Wohnungsbau in Hannover

Die in dem Konzept zur wohnbaulichen Entwicklung Hannovers entwickelte Methode der abgestuften Inanspruchnahme von Wohnbauflächen ist aus zwei Gründen besonders Ressourcen schonend: Der Verkehr wird minimiert und Grund und Boden wird sparsam in Anspruch genommen.



Stadtplanung orientiert sich an ökologischen Zielen

Städtebauliche Konzepte der Stadt Hannover orientieren sich an den folgenden Grundsätzen:

- Sparsamer Umgang mit Grund und Boden (hohe Dichte bei gutem Wohnwert; Flächen sparende Bauformen und sparsame Erschließung; Mehrfachnutzung von Flächen; Nutzungsmischung)
- Stadt der kurzen Wege (Nutzungsmischung; lokale Versorgung mit öffentlichen und privaten Einrichtungen; Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer)
- Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs (höhere Baudichten an Stadtbahnhaltestellen für zentrale Einrichtungen, publikumsintensive und arbeitsplatzintensive Betriebe sowie Wohnungen; Straßenbau zur Qualitätsverbesserung und nicht zur Leistungssteigerung; Tempolimits/Tempo-30-Zonen, Begrenzung des Parkraumangebotes)
- Stadt im Grünen (Sicherung und Ausgestaltung der Landschaftsräume; Ausbau eines „grünen Radwegenetzes, viele Straßenbäume)
- Verringerung des Energieverbrauchs (möglichst hohe Baudichte; geschlossene Bebauung; geeignete Gebäudestellung zur passiven Nutzung der Sonneneinstrahlung)
- Sparsamer Umgang mit Wasser bei der Gebäudeplanung (geringe Versiegelung; Regenversickerung; begrünte Dächer; Auffangen von Regenwasser in Zisternen; Wasser sparende Armaturen)
- Begrünung von Freiflächen; Anpflanzen von Bäumen, Wand- und Dachbegrünung
(vgl. Kapitel 9, 10, 15)

Baulücken und Verdichtungsgebiete

Die Erhebung und Veröffentlichung von Baulücken und Verdichtungsgebieten erlaubt eine gezielte Steuerung des Baugeschehens. Durch intensive Nutzung bestimmter sozialer und technischer Infrastruktur werden Ressourcen geschont. Neuausweisungen von Wohnbauflächen sind jedoch nach wie vor notwendig.

Hannover-Kinder-Bauland-Bonus

Das Programm Hannover-Kinder-Bauland-Bonus sieht eine verbilligte Abgabe städtischer Grundstücke für kinderreiche Familien vor. Das Programm stützt die Sozialstruktur in Hannover, weil damit sozial und ökonomisch kompetente Haushalte nicht ins Umland abwandern. Diese Haushalte stabilisieren die Stadtgesellschaft.

Umweltverträgliche Verkehrsstrukturen

Umweltverträgliche Verkehrsstrukturen zu schaffen, liegt ebenso im Interesse des Umweltschutzes wie der Wirtschaftsförderung, um die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt zu verbessern. Nachhaltige Komponenten sind eine verbesserte Anbindung von Gewerbegebieten an den öffentlichen Nahverkehr, eine sinnvolle Ausweitung von Fußgängerzonen, die Schaffung von Verkehrsleitsystemen mit dem Ziel einer Vermeidung überflüssigen Verkehrs unter Berücksichtigung der Pendlerströme und das Projekt „City Logistik“ zur Bündelung von Verkehrsströmen.

Broschüre „Radverkehr in Hannover - Netzkonzept“ vom Februar 2003 aus der Reihe Grundlagen zum Flächennutzungsplan – Beiträge zur Diskussion.
(vgl. Kapitel 9)

Barrierefreie Gestaltung von Nahverkehr, Neu- und Umbauten

Behinderten Menschen soll die Teilnahme an einer ökologisch gesunden Umwelt ermöglicht werden. Durch Integration behinderter Kinder in Regeleinrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen) werden Fahrwege verkürzt und zum Teil überflüssig gemacht.

Durch die zum Teil schon barrierefreie behindertengerechte Umgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs wie Bau von Hochbahnsteigen und Aufzügen an U-Bahn-Stationen oder den Einsatz von Niederflurbussen werden Individualtransporte im verringerten Umfang notwendig und somit ebenfalls ökologische Ressourcen geschont.

Die Forderung der Behindertenhilfe sowie der städtischen Behindertenbeauftragten, Neubauwohnungen von vornherein barrierefrei zu planen und zu bauen, könnte

Gezielte Steuerung des Baugeschehens durch Baulücken-gebiete

Verbilligte Abgabe städtischer Grundstücke für kinderreiche Familien

Anbindung von Gewerbegebieten an den ÖPNV, Ausweitung von Fußgängerzonen, Verkehrsleitsystemen

Abgestufte Inanspruchnahme von Wohnbauflächen: Sparsamer Umgang mit der Ressource Boden

Barrierefreier Ausbau des ÖPNV durch Bau von Hochbahnsteigen und Aufzügen an U-Bahn-Stationen sowie Einsatz von Niederflurbussen

dazu beitragen, dass spätere ökonomisch und ökologisch belastende Umbaumaßnahmen überflüssig werden.

Die Stadt Hannover hat sich zudem seit dem Jahr 2003 verpflichtet, Neu- und Umbauten öffentlicher Gebäude behindertengerecht und damit barrierefrei durchzuführen.

Durch Vernetzung der Sozialverwaltung und sozialer Dienste sowie deren integrierter Form der Planungsbeziehung werden Infrastruktur-Ressourcen überschneidend optimal genutzt, wodurch ebenfalls die Umwelt geschont wird.

Zudem hat die Stadt Hannover im Jahr 2000 die Stelle einer Behindertenbeauftragten eingerichtet. Aufgabe der Behindertenbeauftragten ist es, die Belange aller Menschen mit Behinderung vor allem im baulichen Bereich und öffentlichem Nahverkehr zu vertreten.

(vgl. Kapitel 6 und 9)

Stadterneuerung - Wohnungsmodernisierung

Erhalt von Wohnraum in der Altbausubstanz, Modernisierung unter ökologischen Aspekten

Ein wesentliches wohnungspolitisches Ziel ist im Rahmen der Stadterneuerung die Erhaltung von preiswertem Wohnraum in der Altbausubstanz. Eine nachhaltige Wirkung von Wohnungsmodernisierungen und Hofbegrünungen wird durch die Beteiligung der Bewohner bei Ausstattung und Gestaltung angestrebt.



Verbesserung der Wohnqualität durch Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung ökologischer und sozialer Erfordernisse.

Besondere Schwerpunkte bei der Modernisierung sind ökologische Aspekte wie Regenwassernutzung und Versickerung auf den Hausgrundstücken, die Anlage von Blockheizkraftwerken, der Einsatz von Brennwerttechnik, kontrollierte Be- und Entlüftung und solarer Brauchwassererwärmung, erhöhter Wärmeschutz und Verwendung von umweltverträglichen Baustoffen. Die Realisierung eines „Passivhauses im Bestand“ (Fertigstellung Ende 2003) wurde im Sanierungsgebiet Hannover-Nordstadt unterstützt. Mit der vor gelagerten Förderung aus dem ProKlima-Fond (Enercity AG) werden höhere Dämmstandards (EneV) gefördert. Die globale Verantwortung in diesem Arbeitsfeld liegt in der CO₂-Reduzierung und in einem wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit Ressourcen.

(vgl. Kapitel 9 und 28)

Projekt: Stadt als Garten

Garten als Symbol für die verträgliche Nutzung der Natur durch den Menschen

In dem Projekt „Stadt als Garten“ wurde der Begriff „Garten“ als Bild für eine umwelt- und sozialverträgliche Stadtentwicklung verwendet. „Gartendenken“ kann dazu beitragen, eine im besten Sinne nachhaltige Stadtentwicklung zu verwirklichen.

Das Projekt „Stadt als Garten“ bestand aus einer Vielzahl von Vorhaben zu folgenden Themenschwerpunkten:



- Historische Gärten und Parks
- offene Landschaftsräume an den Stadträndern
- ökologische Landwirtschaft
- neue Siedlung
- Umweltbildung und Gartenkultur.

„Stadt als Garten“ war ein registriertes EXPO-Projekt. Die Zeit vor und nach der Weltausstellung wurde anhand konkreter Beispiele für eine intensive Diskussion über die genannten Themenschwerpunkte genutzt.

Nach erfolgreichem Abschluss von „Stadt als Garten“ findet dieses Projekt mit veränderten Schwerpunkten seine Fortsetzung als „Hannover Stadt der Gärten“ im Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung „Zukunft Hannover“.

(vgl. Kapitel 40)

Projekt: Sanierung „Soziale Stadt“ in den Quartieren Hainholz, Mittelfeld und Vahrenheide-Ost

Bei der Sanierung der Stadtteile werden nachfolgende Zielvorstellungen verwirklicht:

- Bündelung städtebaulicher, sozialer und wirtschaftlicher Handlungsfelder zu einem integrativen Konzept
- Verbesserung der Wohnqualität bei gleichzeitiger Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse
- Stabilisierung der Bewohnerstruktur durch Intensivierung sozialer und kultureller Stadtteilarbeit



- Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner und Einbindung lokaler Unternehmen in das Sanierungsverfahren
- Schaffung kleinteiliger, im Wohnquartier verankerter Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten
- Intensivierung der sozialen Begleitung der Betroffenen
- Schaffung von behindertengerechten/barrierefreien Wohnraum im Neu- und Altbaubereich

Grundlage zur Erfüllung der Zielvorstellungen ist eine für die Sanierungsgebiete aktualisierte Beteiligungskultur.

(vgl. Kapitel 28)

Projekt: Ökologische Optimierung Kronsberg

1. Energiekonzept Kronsberg

Ziel des Energiekonzeptes Kronsberg war die Reduzierung der CO₂-Emissionen von mindestens 60% im Vergleich zu herkömmlichen Neubaugebieten nach Wärmeschutzverordnung '95. Unterstützt durch ein Qualitätssicherungs- und Qualifizierungsprogramm entstand ein Stadtteil mit flächendeckender Niedrig-Energie-Bauweise, Nahwärmeversorgung durch BHKW und einem Stromsparprogramm. Nach nur drei Jahren seit Erstbezug, hat die CO₂ Minderungen bereits 45% betragen. Das



gute Ergebnis auf dem Kronsberg hat dazu geführt, dass sich Bauwillige, die ein städtisches Grundstück erwerben, in Kaufverträgen verbindlich verpflichten, einen besonders hohen Energiestandard in ihren Gebäuden (sehr sparsame Niedrig-Energie-Häuser) zu realisieren. (vgl. Kapitel 9, 10, 18)

2. Wasserkonzept Kronsberg

Ziel des Wasserkonzeptes für den Kronsberg ist es, die Auswirkungen einer urbanen Bebauung auf den natürlichen Wasserhaushalt zu minimieren.

Trotz schwierigster Bodenverhältnisse konnte durch die Umsetzung eines Regenwasser-Bewirtschaftungskonzeptes, bestehend aus Kombination von Versickerung, Speicherung und verzögerter Ableitung des Regenwassers, der Wasserhaushalt so erhalten bleiben, dass er dem natürlichen, unbeeinflussten Zustand vor der Bebauung entspricht.

Einen maßgeblichen Bestandteil bildet dabei das Mulden-Rigolen-System im gesamten öffentlichen Straßenraum.

3. Vorbildliches Abfallkonzept Kronsberg

Ziel des Konzeptes war die vorsorgende Abfallwirtschaftsplanung im Gegensatz zur sonst üblichen Abfallentsorgung. Das Projekt „abfallarme Baustelle“ mit dem Ziel, Bauabfälle getrennt zu erfassen, führte zu einer Verwertungsquote von 86%. Für den Bereich Gewerbe- und Hausabfälle wird Glas, Altpapier, Bioabfälle, Leichtverpackungen und Restabfall bereits im Haushalt getrennt erfasst. Die Menge des Hausabfalls konnte am Kronsberg um 30% (von 219 kg/Ea im Rest der Stadt auf 154 kg/Ea am Kronsberg) reduziert werden. (vgl. Kapitel 21)

4. Verwendung umweltfreundlicher

Baustoffe auf dem Kronsberg
Seit Baubeginn 1998 wurden die Bauantragsunterlagen der Bauherren und Investoren bezüglich der in den Kaufverträgen festgeschriebenen ausführlichen Baumaterialienbeschreibung auf Umweltverträglichkeit geprüft, und es fand für alle Beteiligten eine intensive Beratung zur Verwendung umweltfreundlicher Baustoffe statt. Somit konnte weitestgehend der Einsatz gesundheitsschädigender Baumaterialien vermieden werden.

5. Ökologisches Bodenmanagement Kronsberg

Mit dem Teilprojekt ökologisches Bodenmanagement Kronsberg ist es gelungen ca. 700.000 Kubikmeter Bodenaushub in unmittelbarer Nähe der Baustellen für landschaftsgestalterische Maßnahmen, den Bau eines Lärmschutzwalles und einer Deponieabdeckung so zu verwerten, dass großflächig Kronsberg-typische Kalkmergel-Böden wiederhergestellt werden konnten. Durch die „Einsparung“ des Abtransportes der Bodenmengen konnten Verkehrs-/Lärmbelastigungen und CO₂ Emissionen sowie Transportkosten minimiert werden. Das Bodenmanagement-Projekt am Kronsberg war Vorbild für das inzwischen stadtweit aktive Bodenmanagement

6. Kronsberg-Umwelt-Kommunikations-Agentur (KUKA)

Eine eigens für den Kronsberg gegründete Umwelt-Kommunikations-Agentur sorgte für Umweltberatung, Informationen, Beratung und Qualifizierung von Investoren, Architekten und Bewohnern. Nach Auflösung der KUKA im Jahr 2001 wird der Aufgabenbereich der Umweltkommunikation und Beratung auf dem Kronsberg durch Mitarbeiter/-innen des Bereiches Umweltschutz der Landeshauptstadt fortgesetzt.

7. Vernetzte Stadtteilarbeit Kronsberg – für eine sozialverträgliche Stadtteilentwicklung

Für die Bewohnerinnen und Bewohner des neuen Stadtteils Kronsberg wurde:

- von Anfang an der Aufbau sozialer/nachbarschaftlicher Beziehungen im Quartier, sowie Selbsthilfe, Bürgerengagement und -beteiligung im Sinne einer sozialverträglichen Stadtteilentwicklung aktiv gefördert,
- eine neue Form ressort- und zielgruppenübergreifender ganzheitlicher und „nachhaltiger“ Stadtteilarbeit entwickelt, die soziale und kulturelle Angebote und Projekte für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren verknüpft. Diesem vernetzten Arbeitsansatz entspricht ein abgestimmtes Ressourcen sparendes Gesamtkonzept sowohl im Personalbereich als auch bei den zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten und Sachmitteln.

Ein Stadtteilladen unterbreitete erste Angebote bereits parallel zum Bezug der ersten Wohnungen am Kronsberg, im Jahr 2000, eröffnete das neue „Soziale und Kulturelle Stadtteilzentrum Kronsberg (KroKuS)“ als zentrale Einrichtung der vernetzten Stadtteilarbeit, in 2001 wurde zusätzlich das „Spielhaus Krokulino“ für offene Kinderaktivitäten eingeweiht. Über das Wohngebiet verteilt stehen darüber hinaus 15 so genannte Verfügungsflächen (jeweils 50 bis 150 qm) für wohnungsnahe Nachbarschaftsaktivitäten, Jugendgruppenarbeit

Am Kronsberg wächst seit 1997 ein neuer Stadtteil, der eine besonders nachhaltige Stadtentwicklung aufweist: Planung, Organisation und Durchführung geschahen unter gleichzeitiger Einbeziehung der ökologischen Vorgaben, des zukunftsweisenden Städtebaus sowie der Einbeziehung der sozialen und kulturellen Aspekte

und Anmietung für dezentrale soziale Beratungsdienstleistungen und Gruppendienste zur Verfügung.

Über den „Kronsberg-Standard“ hinaus wurde das Gebäude des Sozialen und Kulturellen Stadtteilzentrums in einer zukunftsweisenden Holz-Beton-Verbundkonstruktion gebaut, eine 70qm Photovoltaik-Anlage auf dem Dach versorgt einen Teil des Zentrums mit Strom, die WC-Spülungen erfolgen mit zwischengespeichertem Regenwasser. Auf dem Außengelände wurden zwei Stellplätze sowie ein Geräteraum für Car-Sharing in Kooperation mit dem Verein „Ökostadt“ bereitgestellt. Die vernetzte Stadtteilarbeit Kronsberg mitsamt den dazugehörigen Einrichtungen sind Teil des EXPO-Projektes „Stadt als sozialer Lebensraum“.

8. Entwicklung des Landschaftsraumes Kronsberg

Die Entwicklung und Gestaltung des Landschaftsraumes Kronsberg ist Teil der „Stadt als Garten“-Projekte und gleichzeitig Beispiel für eine nachhaltige, integrative Siedlungs- und Freiraumentwicklung am Stadtrand.

Sie begann schon 1989 mit der Aufforstung von bis zu 90 ha auf dem Kronsbergkamm. Der künftige Laubmischwald wird ausschließlich mit standortgemäßen Baum- und Straucharten begründet. Die Bewaldung fördert die Funktion des Kronsberges als klimaökologischer Ausgleichsraum durch Verbesserung der Frischluftzufuhr für die angrenzenden Stadtteile. Sie verbessert die Grundwasserqualität durch ihre Filterwirkung und bietet vielfältige neue Lebensräume für Pflanzen und Tiere.

Neben der Aufforstung umfasst die Neugestaltung des Landschaftsraumes eine Vielzahl weiterer Maßnahmen, von der Umwandlung von Ackerflächen in Grünland über die Pflanzung von Hecken, Feldgehölzen und Obstwiesen bis zum Bau von Aussichtshügeln mit dem Bodenaushub aus der neuen Siedlung. Darüber hinaus wurden rd. 120 ha städtischer Landwirtschaftsflächen zu einem neuen Betrieb zusammengefasst und auf ökologischen Landbau umgestellt.

Projekt: Naturschutz, Naherholung und Landwirtschaft am Stadtrand

Die Entwicklung und Gestaltung der Landschaft am Rand der neuen Kronsberg-Siedlung wurde im Rahmen eines Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens von 1998 bis 2001 vom Bundesamt für Naturschutz als Modell für ein multifunktionales Landnutzungskonzept gefördert. Ziel des Projektes war es, die unterschiedlichen Ansprüche von Naturschutz, Naherholung und Landwirtschaft möglichst weitgehend in Einklang zu bringen und dadurch zum einen Synergien zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen zu fördern, und zum anderen auch eine stärkere „In Wert Setzung“ und Sicherung des Landschaftsraumes gegenüber weiterer Siedlungsentwicklung zu erreichen. Gleichzeitig sollten diese Ziele mit einem möglichst geringen und effizienten Einsatz an

Mitteln für die zukünftige Pflege des Landschaftsraumes erreicht werden („Pflege durch Nutzung“).

Die Gestaltung des Landschaftsraumes (wie im Projekt „Ökologische Optimierung Kronsberg“ beschrieben) wurde ergänzt durch intensive Öffentlichkeits- und Umweltbildungsarbeit, zum Teil durch sog. Fieldworker vor Ort und zum Teil durch das Bildungswerk Herrmannsdorfer Landwerkstätten, das gemeinsam mit dem ökologisch wirtschaftenden Betrieb eingerichtet wurde. Das Projekt wird bis 2004 von der Universität Hannover wissenschaftlich begleitet.

Bürgerbüro Stadtentwicklung

Das Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover ist eine Institution, die stadtentwicklungspolitische bedeutsame Probleme und Projekte unterstützt und erörtert. Zu den Aufgaben zählen Fragen, Anregungen und Probleme von Bürgerinnen und Bürgern aufzunehmen und zu recherchieren oder an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Während der Bürosprechzeiten haben die Bürger die Möglichkeit persönlichen Kontakt mit dem Bürgerbüro aufzunehmen und Informationsmaterial aus der Handbibliothek sowie Moderationsbedarf auszuleihen. Zum anderen werden thematische Workshops in Kooperation mit anderen Institutionen als Qualifizierungsangebote für Planende der Bürgerbeteiligung angeboten und durchgeführt.

Das Bürgerbüro Stadtentwicklung setzt sich darüber hinaus eigenständig mit den Fragen der Stadtentwicklung auseinander und bringt diese in das Planungsgeschehen von Hannover ein. Bei der Entwicklung von öffentlichen Räumen werden Werkstattgespräche angeboten oder Beteiligungsverfahren entwickelt. Aktivitäten und Planungsprozesse werden vom Bürgerbüro begleitet. Zur Zeit ist eine Schwerpunktaktivität des Bürgerbüros die Evaluation des Stadtplatzprogrammes in Hannover. Die Erfolge und Misserfolge bei der Neugestaltung von neun ausgewählten hannoverschen Stadtplätzen werden untersucht und die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Verfahren herausgearbeitet.

In Veröffentlichungen, Vortragsreihen und Exkursionen wird über die Stadtentwicklung informiert und die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger erfahrbar gemacht. Die in den Sommermonaten durchgeführten StadtRad-Touren beinhalten historische, ökologische und soziale Aspekte und regen zu einer aktiven Auseinandersetzung mit der eigenen Stadt an.

Darüber hinaus befasst sich das Bürgerbüro für Stadtentwicklung mit den vielfältigen Aspekten von Wohnqualitäten in Hannover. Als Anlauf- und Vermittlungsstelle werden engagierte Gruppen zusammengeführt und Baugemeinschaften informiert, gefördert und unterstützt. Dies geschieht in Kooperation mit der LBS Nord, der Stadtparkasse und dem EinFamilienHaus-Büros der Stadt Hannover.

Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung

Agenda 21 Kapitel 8

Umweltschutz- und Entwicklungsziele sollen künftig in das Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsfindung gestellt und in alle Politikfelder integriert werden. Dafür ist eine Abkehr von der rein sektoralen Umwelt- und Entwicklungspolitik und eine stärkere Beteiligung betroffener Gruppen und Entscheidungsträger erforderlich.

In dem Manifest des Klimabündnisses heißt es:

„... Im Bemühen um die Erhaltung der Lebensbedingungen auf dieser Erde sehen wir uns als ihr Partner im Bündnis für den Erhalt der Regenwälder und des Klimas, dem – wie wir hoffen – sich immer mehr europäische Städte anschließen werden! ...“

Aktivitäten der Stadt Hannover

„Stadt Hannover unterstützt das Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre (Klimabündnis)“ (vgl. Kapitel 2)

Öko-Audit in der Stadtverwaltung

Seit 1998 gibt es Öko-Audit-Systeme (Umweltmanagementsysteme) in der Stadtverwaltung, besonders in technischen Betrieben. Die Erfahrungen aus den zertifizierten Bereichen konnten genutzt werden, um das „Hannoversche Öko-Audit“ als angepasstes, kostengünstiges System zu entwickeln und nach und nach in den anderen Fachbereichen einzurichten. Hierbei wird bewusst auf weitere Zertifikate verzichtet; stattdessen übernehmen Mitarbeiter/-innen aus jeweils anderen Fachbereichen die Auditierung. Alle drei Jahre werden die Umweltleistungen und die Weiterentwicklungen in einem Öko-Audit-Bericht beschrieben.

Ziele sind:

- ganzheitlicher Umweltschutz im Fachbereich oder Betrieb
- reduzierter Verbrauch von Umweltressourcen
- Verantwortung der Leitung, Umweltbewusstsein der handelnden Mitarbeiter/-innen
- Prozessoptimierung und Kostenreduzierung im betrieblichen Umweltschutz
- kontinuierlicher Verbesserungsprozess unter Beteiligung der Mitarbeiter/-innen. (vgl. Kapitel 4)

Umweltberichte

Regelmäßig erscheinende Umweltberichte der Stadt Hannover geben aktuelle Informationen über den Zustand der Umwelt. Die Darstellung und Bewertung der Umweltsituation der Stadt Hannover erfolgt auf der Basis von umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren in den Bereichen Energie und Klimaschutz, Mobilität und Verkehr, Abfall, Boden, Wasser, Luft und Lärm, Natur, Landwirtschaft und Naherholung. Langjährige Trends werden aufgezeigt und die Bewertung dieser im Vergleich zu den Zielen der Agenda 21 und der verschiedenen Fachprogramme der Stadt Hannover dargestellt. Daraus sollen Erkenntnisse für die Umweltpolitik von Rat

und Verwaltung abgeleitet werden. Wesentliche Kernindikatoren im Umweltbarometer erlauben Aussagen zum langjährigen Trend und eine Bewertung der Nachhaltigkeit. Des Weiteren werden Projekte und Maßnahmen aufgezeigt, die zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Hannover beitragen.

(vgl. Kapitel 28, 40)

Ökologische Bewertungen von flächenbezogenen Planungen

Bei allen flächenbezogenen Planungen, insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung und bei Planfeststellungsverfahren, werden ökologische Bewertungen zur Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit der Planungen abgegeben.

Kriterien für die Bewertungen sind u.a.:

- Altlasten (Industriestandorte, Altablagerungen, Grundwasserschäden),
- Dachbegrünung,
- Regenwasserversickerung,
- Energie (Niedrigenergiebauweise und Nahwärmeversorgung) und
- Immissionsschutz (Lärm, Luftreinhaltung). (vgl. Kapitel 7)

Umweltschutz im Klinikum Hannover

1. Umweltschutzbeauftragte im Klinikum
Seit mehreren Jahren sind im Bereich des Klinikums Hannover Abfall- und Umweltschutzbeauftragte tätig.

Darüber hinaus findet ein Erfahrungsaustausch unter den öffentlichen und freigemeinnützigen Krankenhäusern der Region Hannover im Rahmen des Arbeitskreises Umwelt und Abfall statt.

2. Ökoprofit im Klinikum Hannover

Das Klinikum Hannover nimmt seit 2001 inzwischen mit allen größeren Krankenhäusern an dem Projekt ÖKOPROFIT Hannover erfolgreich teil. Im Zuge dessen konnten durch verschiedene Umweltprogramme Umwelt-Entlastungen und finanzielle Einsparungen in den Bereichen Energie, Wasser, Abfall und Gefahrstoffe erzielt werden. Gleichzeitig wurde mit dem Aufbau eines Umweltmanagements begonnen.

Öko-Audit: Ganzheitlicher Umwelt- und Ressourcenschutz unter Beteiligung der Mitarbeiter/-innen

Ökologische Bewertungen zur Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit bei Planungen

Abfall- und Umweltschutzbeauftragte im Klinikum Hannover im Austausch mit freigemeinnützigen Krankenhäusern

Berichte zum Zustand der Umwelt, Entscheidungs- und Bilanzierungsgrundlage

Teilnahme an ÖKO-PROFIT Hannover

3. Umweltverträglichkeitsprüfung
von Reinigungs- und Desinfektionsmitteln
Seit mehreren Jahren werden umfassende Bewertungen von Reinigungs- und Desinfektionsmitteln durchgeführt, bevor ein Mittel eingesetzt wird. Auf deren Basis wurde eine verbindliche Positivliste an einzusetzenden Reinigungsmitteln im Bereich des Reinigungsdienstes erstellt. Die etablierte Durchführung und Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung bietet neben dem Grundwasserschutz eine wichtige Grundlage für den Gesundheitsschutz der MitarbeiterInnen sowie auch Patienten.



Teil II

Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung



Auszug aus der Charta von Aalborg: Die Idee und die Grundsätze der Zukunftsbeständigkeit

„Wir Städte und Gemeinden verstehen, dass uns die Idee der zukunftsbeständigen und umweltgerechten Entwicklung hilft, unseren Lebensstandard mit der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt in Einklang zu bringen. Wir bemühen uns um soziale Gerechtigkeit, zukunftsbeständige Wirtschaftssysteme und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt. Soziale Gerechtigkeit muss notwendigerweise auf einer wirtschaftlichen Dauerhaftigkeit und Gerechtigkeit beruhen, und diese wiederum erfordern eine Nachhaltigkeit der Umweltnutzung.“

Die nachhaltige Nutzung der Umwelt bedeutet die Erhaltung des natürlichen Kapitals. Sie erfordert von uns, dass die Verbrauchsrate von erneuerbaren Rohstoff-, Wasser- und Energieressourcen nicht höher ist als die Neubildungsrate, und dass nicht-erneuerbare Ressourcen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte, erneuerbare Ressourcen ersetzt werden können. Nachhaltige Umweltnutzung bedeutet auch, dass die Emission von Schadstoffen nicht größer sein darf als die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden, diese Schadstoffe zu binden und abzubauen. Darüber hinaus heißt nachhaltige Umweltnutzung auch die Erhaltung der Artenvielfalt, der menschlichen Gesundheit sowie der Sicherung von Luft-, Wasser- und Bodenqualitäten, die ausreichen, um das Leben und das Wohlergehen der Menschen sowie das Tier- und Pflanzenleben für alle Zukunft zu sichern.“

Städtische Wirtschaft auf dem Weg zur Nachhaltigkeit und Zukunftsbeständigkeit

„Wir Städte und Gemeinden verstehen, dass der einschränkende Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Städte und Gemeinden das natürliche Kapital (wie Atmosphäre, Boden, Wasser und Wälder) geworden ist. Folglich müssen wir in dieses Kapital investieren. In der Prioritätenfolge erfordert dies:

Investitionen in die Bewahrung des noch vorhandenen natürlichen Kapitals, wie beispielsweise Grundwasserbestände, Boden, Lebensräume für seltenere Arten;

Förderung der Entwicklung des natürlichen Kapitals durch Verringerung der derzeitigen exzessiven Nutzung, beispielsweise nicht-erneuerbarer Energieträger;

Investitionen zur Verringerung der Belastung der natürlichen Kapitalbestände durch Erweiterung des kultivierten natürlichen Kapitals, wie beispielsweise innerstädtische Erholungsparks zur Entlastung der natürlichen Wälder;

Erhöhung der Effizienz von Produkten bis hin zum Endverbraucher, beispielsweise Niedrigenergiebauten oder umweltfreundlicher Stadtverkehr.“

Aus dem Dialog:

„Unternehmen und Organisationen sollen ihre Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen an der Erfüllung sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Kriterien ausrichten. Sie sollen die Beschaffung aus der Region bevorzugen und bei den Produkten, die nicht aus Region zu beziehen sind, Kriterien des fairen Handels berücksichtigen.“

Agenda 21

Kapitel 9 Schutz der Erdatmosphäre

Dieses Kapitel enthält Festlegungen zum Schutz der Erdatmosphäre, um den drohenden Klimaveränderungen der Erdatmosphäre aus Gründen der Vorsorge zu begegnen. Ziel ist insbesondere die Verminderung der vom Energie- und Verkehrsbereich auf die Atmosphäre ausgehenden Auswirkungen, indem der Anteil umweltverträglicher Energie-, Verkehrs- und Transportsysteme erhöht wird.

Auszug aus der Charta von Aalborg: Verantwortung für das Weltklima

„Wir Städte und Gemeinden verstehen, dass die bedeutenden Gefahren, die die globale Erwärmung für die natürliche und die bebauten Umwelt sowie für zukünftige Menschengenerationen mit sich bringt, geeignete Maßnahmen erfordern, um die Emission von Treibhausgasen in die Atmosphäre sobald wie möglich zu stabilisieren und sodann zu reduzieren. Genau so wichtig ist der Schutz der globalen Biomasse-Ressourcen, zum Beispiel der Wälder und des Phytoplanktons, die im Kohlenstoffkreislauf der Erde eine entscheidende Rolle spielen. Die Reduzierung der Schadstoffemission aus der Nutzung fossiler Brennstoffe erfordert Politiken und Initiativen, die auf dem umfassenden Verständnis der städtischen Umwelt als Energiesystem beruhen. Die einzig nachhaltigen und zukunftsbeständigen Alternativen sind erneuerbare Energiequellen.“

Aus dem Dialog

„Alle städtischen Mitarbeiter/-innen werden in geeigneter Weise in Energiesparprogramme eingebunden, informiert und ihre Motivation zum Mitmachen gefördert. Allen Verhaltens- und Qualifizierungsmaßnahmen ist gemeinsam, dass schon nach kurzer Zeit die eingesparten Betriebskosten die Kosten für die Maßnahme übertreffen.“

„Die Senkung der Emissionen und des Energieverbrauches im Stadtgebiet werden vorangetrieben. Durch die Stärkere Nutzung von regenerativen Energiequellen wird der Ressourcenverbrauch verringert.“

„Die Stadt soll sich beispielhaft bezüglich der energetischen Sanierung aller öffentlichen Gebäude verhalten.“

„Die Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf umweltfreundliche Alternativen (ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger) wird angestrebt.“

„Neben Jobticket und Parkraumbewirtschaftung sind neue Instrumente, wie z.B. Mobilitätszentralen, von der Stadt in Kooperation mit anderen Institutionen (z.B. der Üstra) einzurichten.“

„Die Menschen bewahren ihre Lebensgrundlagen und tragen zu ihrer dauerhaften Sicherung bei. In der öffentlichen Meinung dominieren nachhaltige Leitbilder. Bei allen Handlungen und Entscheidungen werden Umweltaspekte berücksichtigt.“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Klimaschutzprogramm

Die Stadt Hannover hat gemeinsam mit der Stadtwerke Hannover AG ein kommunales Klimaschutzprogramm erarbeitet, in welchem aufgezeigt wird, was geschehen müsste, um das 1992 beschlossene energiepolitische Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25% zu erreichen. Das vom Rat 1996 verabschiedete Klimaschutzprogramm ist Handlungsmaßstab der Stadt für die Bereiche Energie, Verkehr, Siedlungsstruktur, Wald- und Landwirtschaft sowie Abfallwirtschaft und Klärschlamm.



Alternative Energien

1. Nutzung von Deponie- und Biogas

Das bei der Deponierung von Abfällen auf der Deponie Hannover-Lahe entstehende methanhaltige Gas wird in fünf Blockheizkraftwerken mit einer elektrischen Leistung von rd. 3.700 kW zur Produktion von Strom und Wärme genutzt. Im Mittel werden etwa 19.000.000 kWh Strom erzeugt und in das allgemeine Netz der Stadtwerke Hannover AG eingespeist. Die erzeugte Wärme wird genutzt, um die Betriebsgebäude der Deponie Hannover-Lahe zu beheizen. Die Emission von Klima relevantem Deponiegas mit einem Äquivalent von 295.000 Tonnen CO₂ pro Jahr kann dadurch verhindert werden. Ab 2005 wird zusätzlich das in der Vergärungsanlage der biologischen Restabfallbehandlung des Abfallbehandlungszentrums Hannover entstehende Biogas in den Blockheizkraftwerken verwertet. Damit ist es möglich, im Durchschnitt weitere ca. 5.000.000 kWh Strom zu produzieren.

2. Strom aus Wasserkraft für 3.000 Haushalte
Hannover hat im Stadtgebiet drei Staustufen von je 2 bis 2,5 Meter Höhenunterschied. Die mittlere Staustufe am Schnellen Graben wird bereits seit langer Zeit zur Stromproduktion genutzt. An der unteren Staustufe in Herrenhausen wurde 1999 ein neues Wasserkraftwerk mit 940 kW-Leistung in Betrieb genommen. Beide Kraftwerke erzeugen pro Jahr rund 7,5 Mio. kWh CO₂-freien Strom. Damit kann der Strombedarf von ca. 3.000 Haushalten gedeckt werden.

3. Fernwärme ausbauen

Das von der Stadt und der Stadtwerke Hannover AG im Energiekonzept Hannover vereinbarte Ziel eines Ausbaus der Fernwärme auf einen jährlichen Absatz von 1.400 Millionen kWh ist inzwischen nahezu erreicht. Ein weiterer Ausbau der Fernwärme und eine weitere Verdichtung des Netzes sind geplant. Die Fernwärme ist unter den konventionellen Energieträgern die CO₂-ärmste Wärmeversorgung.

4. Fortschrittlicher Konzessionsvertrag für Blockheizkraftwerke

1994 schloss die Landeshauptstadt mit der Stadtwerke Hannover AG einen sehr fortschrittlichen „Konzessionsvertrag Strom“ ab: Betreiber von Blockheizkraftwerken (BHKW) erhalten eine Einspeisevergütung in Höhe von 75 % der durchschnittlichen Stromerlöse je kWh aller deutschen Letzt-Verbraucher von Strom. Bis zu einer Leistungsgröße von 1 MW müssen sie darüber hinaus nicht für die Vorhaltung einer Reserveleistung bezahlen. Bei neuen Siedlungsbauten dürfen private Betreiber, in Verbindung mit einem Nahwärmenetz, auch eingeschränkt Stromleitungen über öffentlichen Grund legen. Altbauten, die mit einem Nahwärmenetz verbunden sind, dürfen ebenfalls mit BHKW und Stromleitung über öffentlichen Grund nachgerüstet werden.

5. Windkraftanlage Otterndorf

Für das Ferienlager Otterndorf wurde im Herbst 2002 eine 600-kW-Windkraftanlage realisiert. Sie ist ein erheblicher Beitrag zur umwelt- und Ressourcen schonenden Energiegewinnung.

Niedrigenergiehaus-Beratung

Auf Baugrundstücken, die aus dem Besitz der Landeshauptstadt Hannover verkauft werden, sollen aus-

Klimaschutzprogramm: Handlungsmaßstab zur Senkung der CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent

7,5 Mio. kWh CO₂-freier Strom aus Wasserkraft pro Jahr

Fernwärme mit nahezu 1.400 Mio. kWh Absatz pro Jahr

Konzessionsvertrag für BHKW regelt Einspeisevergütung und das Verlegen von Leitungen über öffentlichen Grund

Strom und Wärme-erzeugung aus Deponiegasen verhindert den Ausstoß von 295.000 t CO₂ jährlich.

Windkraftanlage für das Ferienlager Otterndorf

*Sportvereine sparen
Energie, Kosten
und Emissionen.*



*Müllfahrzeuge
fahren mit
schwefelarmen
„City-Diesel“.*

*Nur Niedrigenergie-
häuser mit emissions-
armen Heizsystemen
auf städtischen
Baugrundstücken*

schließlich sparsame Niedrigenergie-Gebäude errichtet werden, die die gültige Energieeinsparverordnung beim Wärmeverbrauch um 25% unterschreiten. Auch dürfen nur Heizsysteme verwandt werden, deren Emissionen nicht höher sind als die von Gas-Brennwertkesseln. Damit soll eine langfristige Reduzierung der CO₂-Emissionen erreicht werden. Aus diesem Grund informiert und berät die Stadt Hannover Bauherren über die Vorteile und Möglichkeiten energiesparenden Bauens.

Informationen über Passivhäuser, Solarenergienutzung und umweltschonende Heizungstechnik (auch über die besonders CO₂-armen, modernen Holzheizkessel) sind hier ebenso erhältlich wie Auskünfte über alle Förderprogramme, besonders das Programm von *proKlima*, mit dem Klimaschutzmaßnahmen im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Hannover AG finanziell unterstützt werden.

Klimaschutz durch energiesparendes Bauen

In der Bauleitplanung, bei städtebaulichen Verträgen und bei der Veräußerung städtischer Grundstücke wird, soweit rechtlich und tatsächlich umsetzbar, regelmäßig eine Einsparung von Heizenergie von mindestens 15-30% im Vergleich zu den vorgeschriebenen Werten der Wärmeschutzverordnung verfolgt durch:

- Vorrang von Fernwärme und Blockheizkraftwerken (möglichst in Verbindung mit Nahwärmenetzen) vor Gaszentral- oder Gaseinzelheizungen,
- erhöhte Wärmedämmung und Winddichtigkeit der Gebäudehülle in Verbindung mit kontrollierter Lüftung.

Sanierung dient dem Umweltschutz

Die Ziele des Ressourcen- und Klimaschutzes werden im Rahmen der baulichen Unterhaltung von stadteigenen Wohneinheiten ständig beachtet.

*Energiesparpro-
gramm im Rahmen
städtischer
Wohnungssanierung*

Das gilt insbesondere bei der Umstellung auf zentrale Wärmeversorgung, dem Austausch vorhandener Fenster gegen Isolierverglasung sowie der Wärmedämmung von Fassaden.

Beratungs- und Förderprogramm „Energetische Sportstättenanierung“

Mit diesem Programm sollen hannoversche Sportvereine bei der Initiierung und der Umsetzung von energetischen Sanierungsmaßnahmen unterstützt werden. Neben der rationellen Energienutzung (z.B. durch bessere Dämmung der Gebäude) soll auch der Einsatz erneuerbarer Energie im Rahmen eines ökologischen und ökonomischen Gesamtkonzeptes geprüft werden. Durch die Analyse des Ist-Zustandes werden Schwachstellen ermittelt und dann investive sowie nichtinvestive Maßnahmen vorgeschlagen. Dieses Programm wird durchgeführt in Zusammenarbeit mit: der Region, den Sportbünden, der Klimaschutzagentur Region Hannover und dem Klimaschutzfonds *proKlima*. Es werden jährlich 10 bis 15 Vereine beraten und gefördert.

Klimaschutz durch aha-Fahrzeuge

Die Fahrzeuge der Abfallwirtschaft Region Hannover (aha), ob regionale Müllfahrzeuge oder hannoversche Straßenreinigungsfahrzeuge, werden mit schwefelarmen „City-Diesel“ betrieben.

Für die Motoren wird Leichtlauföl verwendet, das zu erheblichen Kraftstoffeinsparungen führt.

aha hat damit begonnen, die Hydrauliköle nur noch alle zwei Jahre zu wechseln – das spart letztendlich ca. 8.000 Liter im Jahr.



Die Motoren und Getriebe der aha-Fahrzeuge sind gekapselt, das verringert die Lärmbelastigung für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Müllwagen-Waschanlage läuft mit Brauchwasseraufbereitung und Regenwassernutzung. Dadurch werden jährlich bis zu fünf Millionen Liter Trinkwasser eingespart.



Jobticket und Dienstgänge per ÖPNV

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Hannover hat am 10.12.1992 beschlossen, für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung, zunächst im Innenstadtbereich, das Jobticket kostenneutral einzuführen und somit einen Beitrag zur Umweltentlastung durch verringertes Fahrzeugaufkommen und reduzierten Schadstoffausstoß zu leisten.

Die zwingend vorgeschriebene Kostenneutralität wird durch die Bewirtschaftung aller städtischen Parkplätze vor öffentlichen Gebäuden und Schulen gewährleistet. Nachdem umfangreiche organisatorische und finanzielle Voraussetzungen geschaffen waren, konnte das Jobticket an den Dienststellen im Innenstadtbereich zum 01.02.1994 eingeführt werden.

Das Jobticket wird derzeit 6.651 Mitarbeitern angeboten, von denen es 5.603 auch abnehmen.

Das entspricht einer Beteiligungsquote von 84%, die seit Einführungsbeginn nur unwesentlich schwankt und somit erheblich höher liegt als beim Land Niedersachsen oder in anderen vergleichbaren Städten.

Mitarbeitern, die kein privates Jobticket benötigen, wird seit 1999 ein ausschließlich dienstlich zu nutzendes Jobticket zur Verfügung gestellt. Da den Abo-Bedingungen entsprechend für alle Beschäftigten der Stadt eine Einkaufspflicht gegenüber dem ÖPNV besteht, fangen diese Jobtickets den Bedarf für Dienstfahrten auf, der bisher durch zusätzlichen Fahrkarteneinkauf gedeckt werden musste und stellen die entsprechenden Ansätze der Fachbereiche frei.

Bis auf einige wenige Bereiche erhalten alle Mitarbeiter das Jobticket.

Dienstgänge und Ortstermine werden, soweit möglich und unter Zeitgesichtspunkten wirtschaftlich vertretbar, mittels des öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) wahrgenommen.

Carsharing auch für Dienstwagen

In der Verwaltung wurden vier Dienstwagen durch teilAutos ersetzt, d.h. während der Dienstzeit stehen die teilAutos den Mitarbeiter/-innen der Verwaltung zur Verfügung und nach 17 Uhr können diese Wagen, wie die „normalen“ teilAutos auch, von allen Vereinsmitgliedern des ÖkoStadt e.V. ausgeliehen werden. Damit wird ein Beitrag zur Verringerung des Fahrzeugbestandes und den damit verbunden Umweltprobleme geleistet.

Häfen leisten Beitrag zum Umweltschutz

Die Städtischen Häfen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Verlagerung von Straßentransporten auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraßen.

Bei der Entwicklung zum „logistischen Dienstleistungszentrum Binnenhafen Hannover“ und als Bestandteil eines dezentralen Güterverkehrszentrums Hannover wird

verstärkt auf die Entwicklung des Gleisanschlussverkehrs, des Hafenumschlags sowie des kombinierten Verkehrs Schiene/Straße/Wasserstraße gesetzt.

Regionale Zusammenarbeit zum Klimaschutz – die Klimaschutzagentur Region Hannover

Die Stadt Hannover, die Region Hannover, die Stadtwerke Hannover AG, die üstra und fünf mittelständische Unternehmen sowie ein Förderverein bilden die Gesellschafter der Klimaschutzagentur Region Hannover gGmbH, die 2001 gegründet wurde. Stadt und Region Hannover sind mit je 25,6% Hauptgesellschafter. Die Klimaschutzagentur koordiniert Klimaschutzaktivitäten in der Region, entwickelt die Kampagne „Solarenergie kommt“ und die „H)Eissbär-Kampagne“ weiter. Als Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um das Thema Klimaschutz unterhält sie ein Service-Center, eine Hotline und gemeinsam mit proKlima das Internet-Portal www.klimaschutz-hannover.de. Sie organisiert Fachveranstaltungen und Messeauftritte. Ziel der Agentur ist es, die Rolle des Klimaschutzes als Wirtschaftsfaktor in der Region auszubauen und damit dauerhafte Beschäftigungsimpulse auszulösen.

Interkommunale Zusammenarbeit zum Klimaschutz

Hannover ist Gründungsmitglied des Internationalen Rates für lokale Umweltinitiativen (ICLEI) und des Klimabündnisses europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre (KLIMA-BÜNDNIS / ALIANZA DEL CLIMA e.V.). In beiden Vereinigungen arbeitet die Stadt aktiv an der Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im internationalen Rahmen mit und beteiligt sich an internationalen Projekten. (vgl. Kapitel 2)

Krankenhauslogistik-Konzept

Im Jahr 2000 ist das Expo-Krankenhauslogistik-Projekt „NetLog Hannover“ realisiert worden. Seitdem werden alle 7 Krankenhäuser des Klinikum Hannover, das Kinderkrankenhaus auf der Bult, das Krankenhaus Neustadt am Rübenberge sowie das Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf mit insgesamt fast 4.000 Betten aus einem Zentrallager bei der Fa. Rhenus im Lindener Hafen mit dem gesamten medizinischen Sachbedarf und dem Wirtschaftsbedarf versorgt. Gleichzeitig wurden dort Konsignationslager von bisher 12 Lieferanten eingerichtet, deren Waren den NetLog-Krankenhäusern zur Verfügung stehen. Durch diese Bündelung der Warenströme konnten die Transportkilometer für die Belieferungen der Krankenhäuser und damit die Verkehrsbelastung in der Region deutlich gesenkt werden. Darüber hinaus konnte der Verpackungsabfall durch Palettenlieferungen in logistisch-optimierten Losgrößen anstelle vieler Kleinlieferungen und den Einsatz von Mehrwegtransportbehältern ebenfalls bemerkenswert gesenkt werden. Das hannöversche Krankenhauslogistik-Konzept hat sich sehr bewährt und wird in der nächsten Zeit durch die Beteiligung weiterer Partnerkrankenhäuser und anderer Einrichtungen noch erheblich ausgeweitet.

84% der Beschäftigten der Stadt Hannover nutzen das Jobticket. Kostenneutral durch Parkplatzbewirtschaftung

Hannover ist Mitglied bei ICLEI und beim Klimabündnis

Dienstgänge per ÖPNV

Vier teilAutos stehen den Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung zur Verfügung.

Weniger Transportkilometer, Verpackung und Energieverbrauch durch Krankenhauslogistik und Energiesparprogramm im Klinikum Hannover

Logistisches Dienstleistungszentrum: Gütertransport per Schiff und Schiene

Energiesparprogramm im Klinikum Hannover

Im Rahmen eines Projekts „Energiesparen durch Verhaltensänderung“ wurden seit Anfang 2003 durch verändertes Alltagsverhalten Einsparungen an Heizenergie und Emissionen und damit auch bei den Kosten im zweistelligen Bereich erreicht. Hierbei wurde gezeigt, dass auch im Krankenhaus sowohl mit häufig wechselnden

Patienten als auch mit einer engagierten Belegschaft beachtliche Einsparungen durch verändertes Nutzerverhalten möglich sind. Diese Erfahrungen sollen fortgeführt und auf andere Standorte des Klinikums übertragen werden.

(vgl. Kapitel 18, Kapitel 36: „Energiesparen in Schulen“, „KLIK – Klimaschutz in Kitas“)

Agenda 21**Kapitel 10****Integrierter Ansatz für die Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen**

Die Verwendung von Landressourcen mit dem Ziel des größten nachhaltigen Nutzens soll unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Gegebenheiten erfolgen. Dazu zählen Maßnahmen wie die Entwicklung von Programmen zur Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung von Landressourcen oder einer umweltverträglichen Landwirtschaft.

Auszug aus der Charta von Aalborg:

„Wir haben erkannt, dass der heutige hohe Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen in den Industrienationen nicht für alle jetzt lebenden Menschen, ganz zu schweigen von künftigen Generationen, möglich ist, ohne das natürliche Kapital zu zerstören.“

Aus dem Dialog:

„Die Menschen schützen die Böden vor Verunreinigungen jeglicher Art; sie überbauen bzw. Versiegeln Freiflächen nur im Rahmen des unabdingbar Erforderlichen.“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Boden-Informationssystem: Eine Grundlage bei raumbezogener Planung

Fläche des stillgelegten Güterbahnhofs soll für die Entwicklung und zur Attraktivitätssteigerung der Stadt nutzbar gemacht werden.

Kataster der Gewerbe und Militärbrachen zur Umnutzung

Ressourcen schonende Stadtentwicklung durch Sanierung von belasteten Flächen der ehemaligen Kaserne.

Preiswerter Wohnungsbau durch Grundstückreaktivierung

Boden-Informationssystem

Das Boden-Informationssystem der Landeshauptstadt Hannover umfasst Verdachtsflächen für Kontaminationen aus früherer gewerblicher oder industrieller Nutzung, Altablagerungen, Boden- und Grundwasserverunreinigungen. Es wird laufend aktualisiert und dient als Grundlage zur Bearbeitung von Anfragen bei raumbezogenen Planungen für Boden und Grundwasser (wie zum Beispiel Bauleitplanung, Bauanträge, Grundstücksgeschäfte, Kanalbauten, Privatanfragen).

Umnutzung von Gewerbe- und Militärbrachen

Alle Gewerbe- und Militärbrachen in Hannover sind systematisch erfasst und mit konzeptionellen und instrumentellen Vorschlägen zur Nutzung der Flächen und einer Prioritätsskala für Rat, Verwaltung potentielle Investoren und interessierte Bürger/-innen und Bürger in einer Broschüre dokumentiert worden.

Broschüre „Reserveflächen für Gewerbe und Dienstleistungen“ vom März 2001 aus der Reihe Grundlagen zum Flächennutzungsplan sowie auf das Einfamilienhausprogramm und die Arbeit des Einfamilienhausbüros der Stadt.

(vgl. Kapitel 7)

Hauptgüterbahnhof

Der Funktionsverlust des Hauptgüterbahnhofs infolge der Verlagerung des Stückgutverkehrs von der Schiene auf die Straße hat dazu geführt, dass die Bahn AG den

Betrieb im Jahr 1998 eingestellt hat. Das Gelände ist das größte zusammenhängende Entwicklungsgebiet im innenstadtnahen Bereich. Die großflächige Güterhalle mit einer Grundfläche von ca. 38.000 m² ist in ihrer Dimension einzigartig. Mit der Stilllegung des Güterumschlags besteht die Chance, das zentral gelegene Areal für die Entwicklung und zur Attraktivitätssteigerung der Stadt nutzbar zu machen und städtebaulich zu integrieren.

Langenhagen-Barracks

Das ehemalige Kasernengelände wird derzeit als Kern- und Gewerbegebiet entwickelt. Die Sanierung von kontaminierten Grundstücksflächen ist ein wichtiger Beitrag für eine Ressourcen schonende Stadtentwicklung und hat die Voraussetzung für die Reaktivierung eines Geländes mit sehr hoher Standortgunst geschaffen. Mit dem Neubau eines Büro- und Verwaltungsgebäudes am Kreuzungspunkt Industrieweg/Vahrenwalder Straße wird insbesondere auch der Anspruch deutlich, den Bereich städtebaulich und gestalterisch aufzuwerten.

(vgl. Kapitel 7)

Prinz-Albrecht-Kaserne

Die Umnutzung Prinz-Albrecht-Kaserne war ein Modellvorhaben des Bundesbauministeriums, in dessen Rahmen preiswerte Reihenhausbebauung für „Junge Familien“ geschaffen wurde. Durch die Reaktivierung freigewordener Grundstücksflächen werden Ressourcen geschont.

(vgl. Kapitel 7)

**Gewerbebrache Conti Limmer –
Projekt Wasserstadt Limmer**

Das ehemalige Fabrikgelände liegt innerhalb des Sanierungsgebietes Limmer. Eigentümerin sind die eigens zur Entwicklung des Gebietes gegründete Gesellschaft Wasserstadt Limmer GmbH & Co KG (WLG) und in Teilbereichen die Stadt Hannover. Städtebauliches Ziel ist es, das ehemalige Werksgelände der Continental AG zwischen dem Stichkanal Linden und dem Leineverbindungskanal überwiegend als Wohnbaufläche für verdichteten Einfamilienhausbau und Geschosswohnungen sowie teilweise auch für gewerbliche Nutzungen zu entwickeln.

Die Wasserstadt Limmer GmbH & Co KG hat im Sommer 2003 einen städtebaulichen Wettbewerb durchgeführt dessen 1. Preis zur Zeit, als Grundlage für die Durchführung des Bebauungsplanverfahrens, zu einem abgestimmten Rahmenplan konkretisiert wird. Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sind im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung bereits in 2002 und 2003 ausgelegt und diskutiert worden.

Zur Zeit werden die erste Ordnungsmaßnahmen mit Abbrüchen von Industriegebäuden und Instandsetzung vorhandener Gebäude durchgeführt. Hierfür stehen Städtebauförderungsmittel des Landes zur Verfügung.

Aufgrund der sehr reizvollen Lage an Wasser und vorhandenen Grünflächen sollen insbesondere Familien in der Stadt gehalten und ein weiterer Verbrauch der „grünen Wiese“ vor den Toren Hannovers verhindert werden. (vgl. Kapitel 7)

**Mindestuntersuchungsprogramm
für Kinderspielflächen (MUP)**

Der Boden aller neu geplanten Kinderspielplätze und Freiflächen von Kindertagesstätten der Stadt Hannover wird nach einem standardisierten Untersuchungsprogramm auf Schadstoffe überprüft, auch wenn kein Verdacht aus dem Bodeninformationssystem vorliegt. Für die sensible Nutzung durch Kinderspiel werden hohe Maßstäbe an die Qualität des Bodens gesetzt. Die Untersuchungen finden auch bei wesentlichen Neu- und

Umgestaltungsarbeiten auf vorhandenen Spielflächen statt.

**Keine Pflanzenschutzmittel
auf Sportflächen und anderswo**

In den Außenanlagen von Sportanlagen (zum Beispiel Tribünen) werden zur Förderung der Umweltverträglichkeit keine Pflanzenschutzmittel zur Wildkrautbekämpfung eingesetzt.

Allgemein wird angestrebt, durch sachgerechte Beratung eine Minimierung der Verwendung von Chemikalien (wie zum Beispiel Schädlingsbekämpfungsmittel oder Desinfektionsmittel) auf das fachlich notwendige Maß zu erreichen. Unterstützt werden diese Maßnahmen durch die Propagierung alternativer Verfahren. (vgl. Kapitel 18)



Bodenmanagement

Nach den guten Erfahrungen des Projektes „Ökologische Optimierung Kronsberg - Vorhaben „Ökologisches Bodenmanagement Kronsberg“, wird seit 2001 stadtweit die ökologisch sinnvolle Verwertung von Bodenaushub aus Baumaßnahmen organisiert. (vgl. Kapitel 7 und Kapitel 33)

**Internationale Zusammenarbeit
zum Bodenschutz**

Die Stadt engagiert sich im Rahmen des Internationalen Rates für lokale Umweltinitiativen (ICLEI) nicht nur für Klimaschutzprojekte, sondern auch für die internationalen Bodenschutzprojekte „soil network“ und „Comsoil“. (vgl. Kapitel 9)

Umnutzung des ehemaligen Werksgeländes der Conti Limmer in Wohn- und z.T. Gewerbefläche.

Vermeidung und Verminderung von Chemikalien

Ökologische Verwertung von Bodenaushub seit 2001 stadtweit

Untersuchung des Bodens bei allen neu geplanten Kinderspielflächen

**Agenda 21
Kapitel 11**

Bekämpfung der Entwaldung

Das Kapitel benennt die Maßnahmen, die gegen die fortschreitende Entwaldung und Schädigung der Wälder ergriffen werden müssen. Dazu gehören die Sicherstellung einer nachhaltigen Bewirtschaftung bestehender Wälder, Aufforstungen, Begrünungsarbeiten in Städten und insbesondere auch die Aufklärung über die vielfältigen Funktionen der Wälder.

In dem Manifest des Klimabündnisses heißt es:

„Holz aus tropischen Regenwäldern darf deshalb weder importiert noch verwendet werden; zudem müssen andere Formen der Waldzerstörung, wie die unbegrenzte Förderung der Viehwirtschaft, Kolonisierungsvorhaben, der Einsatz von Pestiziden, Monokulturen, Wasserkraftwerke, umweltschädliche Minenausbeute und Erdölförderung in Frage gestellt werden. Die Wälder binden das Kohlendioxid, dessen Emissionen in die Atmosphäre auch wir – auf unsere Weise – zu beschränken suchen ...“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Einheitliche Leitlinien zur Waldbewirtschaftung: Bedeutung des Waldes und Ziele der Forstwirtschaft verdeutlichen

Leitlinie zur ökologischen Waldentwicklung

Die Leitlinie zur ökologischen Waldentwicklung wurde anlässlich der Forstbetriebsplanungen für die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen ausgearbeitet, um der besonderen Bedeutung des Waldes im Bereich der Großstadt Hannover und den vielen, den Wald berührenden Planungen Rechnung zu tragen. Sie soll den Bürger/-innen und Bürgern und den Verbänden die Ziele und Grundsätze der Forstwirtschaft in diesen Wäldern verdeutlichen und näher bringen.

Der Leitlinie liegen neben den gesetzlichen Grundlagen forstliche Kartierungen des Bodens und des Klimas, der Schutz- und Erholungsfunktionen und der Baum- und sonstigen Vegetation zu Grunde.

Ausgewiesene Altholzparzellen bleiben sich selbst überlassen, wissenschaftliche Untersuchungen bringen Erkenntnisse für die Naturwaldforschung.

Altholzparzellen steigern Erlebniswert

Im Stadtwald von Hannover, der Eilenriede (650 ha), wurden auf einer Fläche von 22,5 ha insgesamt vier Altholzparzellen ausgewiesen. Innerhalb der Flächen werden keine forstwirtschaftlichen Eingriffe vorgenommen. Jegliche Holznutzung ist untersagt.

Neben der Steigerung des Erlebniswertes wird vor allem der Anteil an Totholz durch diese Unterschutzstellung mittel- und langfristig erhöht. Mit wissenschaftlichem Anspruch werden begleitende Untersuchungen über einen Mindestzeitraum von zehn Jahren ausgeführt. Neben der dynamischen Entwicklung von Baumbeständen werden unter anderem pflanzensoziologische Untersuchungen vorgenommen sowie die Vogelwelt untersucht, erfasst und kartiert. Aus diesem Projekt sollen wichtige Erkenntnisse für die Naturwaldforschung gewonnen werden. (vgl. Kapitel 15)

Die Zertifizierung des Forstbetriebes trägt zu einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung bei und passt sich den ökologischen und ökonomischen Anforderungen von Waldflächen in Ballungsgebieten an.

Zertifizierung der Hannoverschen Stadtwälder nach FSC-Richtlinien

Durch das im Mai 2003 ausgehändigte Zertifikat des Forest Stewardship Council (FSC) und das Naturland-Zertifikat wird dem hannoverschen Forstbetrieb bescheinigt, dass die Waldbewirtschaftung nach hohen Standards erfolgt. Die FSC-Standards machen verbind-



liche Vorgaben für eine naturverträgliche, sozial verantwortliche und wirtschaftlich tragfähige Waldbewirtschaftung. Die Zertifizierung in Hannover wurde durch Naturland e.V., eine der großen Organisationen des ökologischen Landbaus, vorgenommen.

Die Kennzeichnung mit dem FSC-Label und dem Naturland-Zeichen hat sich bereits bei der Holzvermarktung gut etabliert. Es garantiert die umweltverträgliche Herkunft des Holzes und gibt Verbraucher/-innen die Möglichkeit, durch den Kauf von Ökholzprodukten die ökologische Waldnutzung zu fördern. Zertifiziertes Holz mit FSC-Gütesiegel hat nicht nur ein größeres Vermarktungspotenzial, sondern auch einen besseren Marktwert beim Holzverkauf.

Stadt Hannover unterstützt das Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre (Klimabündnis)

(vgl. Kapitel 2, Kapitel 36: „Kinderwald Hannover“, Themenschwerpunkt Wald)

Agenda 21

Kapitel 12

Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme: Bekämpfung der Wüstenbildung und der Dürren

Durch Erhaltung und Wiederherstellung einer schützenden Vegetationsdecke sollen die Bodenfruchtbarkeit gesichert, der Wasserhaushalt der Böden stabilisiert und so die labilen Trockenzonen gestärkt werden. Die ländliche Bevölkerung soll dabei unterstützt werden, unangepasste, nicht nachhaltige Bewirtschaftungsformen nachhaltig zu gestalten und sich Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Land-, Forst- oder Viehwirtschaft zu erschließen.

Bewirtschaftung von sensiblen Ökosystemen: nachhaltige Bewirtschaftung von Berggebieten

Agenda 21
Kapitel 13

Berggebiete sind für das globale Ökosystem als Speicher und Quellen von Süßwasser, Mineralien und Energie wie auch als Lebensraum vieler Pflanzen- und Tierarten von wesentlicher Bedeutung. Untersuchungen zu den Besonderheiten der Bergökosysteme, die Förderung der Einführung geeigneter Bewirtschaftungssysteme oder die Einrichtung von Naturschutzgebieten sind wichtige Forderungen dieses Kapitels.

Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft

Agenda 21
Kapitel 14

Zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung werden Maßnahmen zur Anpassung der Agrarpolitik und nachhaltiger Bewirtschaftungsmethoden festgelegt.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Landwirtschaftsprogramm

Im Landwirtschaftsprogramm Hannover sind Handlungsansätze und Maßnahmen zur Extensivierung und Ökologisierung der Landwirtschaft im Stadtgebiet zusammengefasst. Ziel ist die Erhaltung und Förderung umweltschonender und/oder ökologisch wirtschaftender Betriebe, die wesentlich zur Erhaltung von naturnahen Landschaften und Ausgleichsräumen für Naherholung und Naturschutz beitragen.

Ein wichtiger Maßnahmenbereich ist die Förderung der Vermarktung umweltfreundlich erzeugter Produkte auf kurzen Wegen in die Region. Einrichtungen für die Förderung der Vermarktung in Stadt und Region sind zum Beispiel die Bauernmärkte und das Projekt „Biokost in Großküchen“: Seit Februar 1996 erfolgen Beratung und Akquisition für die Einführung von Bioprodukten in Kan-

tinien und Großküchen im Stadtgebiet. 2003 wurde ein weiteres Projekt, „Sicherung extensiver Grünlandnutzung durch regionale Fleischvermarktung“, begonnen: Bauern, die Wiesen und Weiden umweltschonend bewirtschaften, bieten gemeinsam mit dem Schlachthof Hannover und einigen Lebensmittelmärkten Rind- und Schafffleisch aus der Region an.
(vgl. Kapitel 4, 32 und 36, Kapitel 6: „Verbesserung der Ernährung“)

Kronsberghof

Auf ca. 120 ha städtischen Landwirtschaftsflächen am Kronsberg ist ein neuer ökologisch wirtschaftender Betrieb aufgebaut worden. Dem Kronsberghof ist eine Bildungseinrichtung angegliedert, die vielfältige Information über Ökologie, Landwirtschaft und gesunde Ernährung bietet.
(vgl. Kapitel 4, 32 und 36, Kapitel 7: Projekt: „Nachhaltiger neuer Stadtteil Hannover-Kronsberg“)

Landwirtschaft ökologisch: Erhalt naturnaher Landschaften und neue Vermarktungskonzepte

Ökobetrieb mit Umweltbildungsarbeit

Erhaltung der biologischen Vielfalt

Agenda 21
Kapitel 15

Das Kapitel enthält Programme für eine verstärkte Koordination und Zusammenarbeit, um die Erhaltung der biologischen Vielfalt, möglichst in ihren natürlichen Lebensräumen, und die ausgewogene Nutzung der natürlichen Ressourcen nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu fördern.

Aus dem Dialog:

„Die Bevölkerung schützt in der Freizeit die Natur und nutzt naturverträgliche Freizeitangebote. Die Vielfalt aller Pflanzen- und Tierarten sowie ihrer Lebensräume gilt als wertvolles Gut und wird weitestgehend geschützt.“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Maßnahmenprogramm zur Freiraumentwicklung

Schon 1989 ist ein „Leitkonzept zur Sicherung und Entwicklung von Landschaftsräumen in der Landeshauptstadt Hannover“ vorgelegt worden. Ein 1998 vorgelegtes Umsetzungsprogramm 1998 - 2002 „Der Grüne Ring & Naturbänder, Maßnahmen zur Freiraumentwicklung in den Landschaftsräumen Hannovers“ konkretisiert die

Leitziele und Maßnahmen der Freiraumsicherung und -entwicklung. Dieses Umsetzungsprogramm ist 2002 für den Zeitraum bis 2005 fortgeschrieben worden und soll dann in regelmäßigen Abständen weiterentwickelt werden.

Das Umsetzungsprogramm bezieht sich vor allem auf die Landschaftsräume am Stadtrand („Der Grüne Ring“) sowie auf die Naturbänder zwischen Wettbergen-Misburg und Leineaue („Blaue Diagonale“). Es enthält kon-

Freiraumsicherung und landschaftsbezogene Naherholung



krete Vorschläge zur Ausgestaltung der offenen Landschaftsräume, die als ökologische Ausgleichsräume, als Lebensräume für Flora und Fauna sowie als Gebiete für die Erholung in Natur und Landschaft eine wesentliche Bedeutung haben.

(vgl. Kapitel 7 und 10, Kapitel 7: „Ressourcenschonender Wohnungsbau in Hannover“)

Pflege- und Entwicklungspläne

Einer Erhaltung der biologischen Vielfalt im Stadtgebiet dienen insbesondere Pflege- und Entwicklungspläne für die naturschutzrechtlich gesicherten Biotope in der Stadt.

Geschützte Biotope nach Plan gepflegt

Artenvielfalt in der Landwirtschaft

Durch ein Ackerrandstreifenprogramm (Verzicht auf den Einsatz chemischer Pflanzenbehandlungsmittel am Ackerrand) und Maßnahmen zur Extensivierung der landwirtschaftlichen Bodennutzung werden auf den verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen in der Stadt Ackerwildkräuter wieder angesiedelt und eine umweltverträgliche landwirtschaftliche Nutzung gefördert.

(vgl. Kapitel 10: „Landwirtschaftsprogramm“)

Wildkräuter kehren auf ungespritzte Äcker zurück.

Aufstiegsanlagen für Fische und Wirbellose an den Leinewehren Herrenhausen, Schneller Graben und Döhren.

Landschaftsschutzgebiete

Zur Sicherung und Entwicklung von offenen Landschaftsräumen, die langfristig keiner Bebauung zugeführt werden sollen, werden von der Region Hannover systematisch Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Neben dem Schutz von Natur und Landschaft, Boden und Grundwasser und Klimafunktionen dienen die Landschaftsschutzgebiete insbesondere auch der Naherholung der Bevölkerung.

(vgl. Kapitel 7 und 10)

Schutz offener Landschaftsräume für Natur und Mensch

Biotopkartierung

Bei der Aufstellung des Landschaftsrahmenplanes wurde zur Bestandsaufnahme und -bewertung 1987 eine flächendeckende Strukturkartierung (Biotopkartierung) angefertigt. Sie wurde 1989 grundlegend überarbeitet und teilweise neu aufgenommen und wird seitdem laufend fortgeschrieben. Die Biotopkartierung dient als Grundlage naturschutzrechtlicher Beurteilungen und Bewertungen, insbesondere der Eingriffsbewertung im Rahmen der Bauleitplanung.

Biotopkartierung laufend fortgeschrieben als naturschutzfachliche Beurteilungsgrundlage

Projekt: „Der grüne Ring“

Das Projekt „Der grüne Ring“ sichert und entwickelt Landschaftsräume in der Region Hannover. Als regionales Projekt unterliegt es der Federführung der Regi-

80 km langer Weg als „Grüner Ring“ rund um die Stadt

on Hannover. Ein Kernelement des Grünen Ringes ist der etwa 80 km lange Fuß- und Radweg. Er führt in der Kernrandzone um das Stadtgebiet herum und durch alle noch offenen Landschaftsräume hindurch.

Ziel des Projektes ist es, die Wertschätzung der offenen Landschaftsräume am Rande der Stadt durch die Bürger/-innen und Bürger zu erhöhen. Sie können auf dem Weg um die Stadt die besondere Qualität der Landschaftsräume erkennen und sich für ihre dauerhafte Erhaltung einsetzen.

Umgehung der Leinewehre für die Fließgewässerfauna

Im Rahmen des EXPO-Projektes „Stadt als Garten“ hat der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün die Durchgängigkeit der Leine im Bereich der 3 hannoverschen Leinewehre wiederhergestellt. An der Wehranlage Herrenhausen wurde im Zusammenhang mit dem Bau eines Wasserkraftwerks eine Fischaufstiegsanlage in Form eines 95 m langen, sog. Schlitzpasses errichtet. Die Wehranlage am Schnellen Graben wurde durch ein rd. 1,5 km langes Umflutgewässer, die Wehranlage in Döhren durch einen fast 800 m langen Beckenpass umgangen. Nach der Fertigstellung der drei Anlagen im Jahr 2000 wurden Funktionskontrolluntersuchungen für die Fische und die Wirbellosenfauna durchgeführt. Hierbei zeigt sich, dass die Umgehungen der Wehranlagen Herrenhausen und Schneller Graben von allen in der Leine vorkommenden Fischarten für den Aufstieg sehr gut angenommen werden. Der Vertical-Slot-Pass in Herrenhausen dient zudem auch für flussabwärts gerichtete Wanderungen, das Umflutgewässer am Schnellen Graben ist darüber hinaus Lebensraum und Laichplatz für z.B. Forellen und Barben geworden. Das Umflutungsgewässer für die Wehranlage Döhren ist, um richtig funktionieren zu können, an die neu festgelegten Stauhöhen des Wehres angepasst worden.

Die Untersuchungen der Wirbellosenfauna sind noch nicht abgeschlossen. Hier zeigt sich, dass in allen drei Anlagen Lebensräume auch für spezialisierte Arten entstanden sind. Inwieweit die neuen Gewässer für die in Hannover in der Leine vorkommenden Arten der Eintags-, Stein- und Köcherfliegenlarven als Wanderhilfe dienen, muss noch abschließend festgestellt werden.

GEO-Tag der Artenvielfalt

Hannover beteiligte sich das Agenda 21-Büro zusammen mit dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün zum

dritten Mal am Geo-Tag der Artenvielfalt. Gemeinsam mit Experten hatten Kinder und Erwachsene die Möglichkeit in der Ricklinger Masch auf Artensuche zu gehen. Anlässlich des „Internationalen Jahr des Süßwassers der Vereinten Nationen Bezug wurde der Lebensraum Wasser mit einbezogen.

Entdeckt wurden Fische wie Stichlinge, Flussbarsch und Gründling, Vogelarten wie Haubentaucher, Dorngrasmücke und Kuckuck, Frösche, verschiedene Libellenarten, Wasser-Schnecken, Wasserläufer, Eintagsfliegen, Flohkrebse und vieles mehr

Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie

Agenda 21
Kapitel 16

Das Kapitel sieht Maßnahmen für eine bessere Zusammenarbeit und Koordinierung vor, um die Erforschung und Anwendung bio- und gentechnologischer Verfahren und Produkte voranzutreiben. Die Verbesserung der Gesundheitsfürsorge wird als vordringlich betrachtet.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Biotechnologie zur Abwasserbehandlung

Die Abwasserreinigung in beiden Hannoverschen Klärwerken sind nach einer gründlichen Modernisierung im Jahr 2003 auf den neusten technologischen Stand gebracht worden. Die biologische Reinigungsstufe arbei-

tet auf den aktuellen Erkenntnissen der Biotechnologie. Eine enge Zusammenarbeit mit der Universität Hannover dient weiter der Optimierung des Abwasserreinigungsprozesses. (vgl. Kapitel 35)

Klärwerke auf neuestem (bio)-technologischem Stand

Schutz der Ozeane, aller Arten von Meeren einschließlich ungeschlossener und halbgeschlossener Meere und Küstengebiete sowie Schutz, rationelle Nutzung und Entwicklung ihrer lebenden Ressourcen

Agenda 21
Kapitel 17

Angestrebt werden in diesem Kapitel neue Methoden für die Bewirtschaftung und Entwicklung der Meere und Küstengebiete unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes.

Schutz der Güte und Menge der Süßwasserressourcen; Anwendung integrierter Ansätze zur Entwicklung, Bewirtschaftung und Nutzung der Wasserressourcen

Agenda 21
Kapitel 18

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Bereitstellung angemessener Mengen von Wasser guter Qualität für die gesamte Weltbevölkerung und stellt die dafür erforderlichen umwelt- und gesundheitspolitischen Maßnahmen in den Vordergrund. Neben der Planung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wasserressourcen stellen die Erfassung, Bewertung und Überwachung der Wasservorkommen die Hauptziele dar.

Aus dem Dialog:

„Wasser ist als Lebensquell im Bewusstsein der Bevölkerung ein wertvoller Stoff, mit dem pfleglich umgegangen wird.“



Aktivitäten der Stadt Hannover

Wassergüteüberwachung bei Fließgewässern

Seit 1984 wird die Wassergüte der Fließgewässer in größerem Umfang regelmäßig ermittelt und in Gewässer-

gütekarten dokumentiert und veröffentlicht. Dabei werden rund 40 Flüsse, Bäche und Gräben flächendeckend erfasst. Ein wichtiger Indikator für die Nachhaltigkeit im Umgang mit den Fließgewässern ist der Anteil der Fließstrecken, die sich in Güteklasse II (mäßig belastet)

Gewässergütekarten dokumentieren den Gütezustand der Fließgewässer

oder besser befinden. Alle Fließgewässer und Gewässerabschnitte mit einer schlechteren Wassergüte sollen in einem überschaubaren Zeitraum die Güteklasse II erreichen. 1998 betrug der Anteil der Fließgewässerstrecken mit Güteklasse II 27%, im Jahr 2001 hatte sich dieser Anteil auf 33% erhöht.



Naturnaher Ausbau von Fließgewässern bis 2010

Renaturierung von Fließgewässern

Bis zum Jahr 2010 sollen alle Gewässer zweiter und dritter Ordnung nach ökologischen Gesichtspunkten naturnah ausgebaut werden. Ziel ist eine Verbesserung der Selbstreinigungskraft der Gewässer durch spezielle Trassenführung und Uferbefestigungen.

Öffentliches Kanalnetz wird ständig saniert

Sanierung der Abwasserkanäle

Zur Substanzerhaltung, aber auch zur Vermeidung von Grundwasserverschmutzung wird das öffentliche Kanalnetz (ca. 2.500 km) ständig saniert. So wird sowohl eine Verschmutzung von Grundwasser durch austretendes Abwasser als auch ein Eindringen von Fremdwasser (Grundwasser), welches die Überlastung und Fehlfunktion der Klärwerke zur Folge hätte, verhindert.

Grundwasserschutz mit Hilfe eines Grundwasserbeobachtungsprogramms



bewirtschaftung entspricht. Die Wege dahin sind jedoch schon beschritten.

Das Gutachten enthält ein Entwicklungsszenario sowie einen Maßnahmenkatalog für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung. Die Aufstellung von Leitzielen und Handlungsmöglichkeiten erfolgte in einem Konsultationsverfahren mit Bürger/-innen und Bürgern sowie gesellschaftlich relevanten Gruppen.

Grundwasser-Monitoring

Mit einem systematischen Grundwasserbeobachtungsprogramm, dem so genannten Grundwasser-Monitoring, entsteht derzeit ein neues Werkzeug zum Grundwasserschutz in Hannover. Die bisher vorliegenden schadensfallbezogenen Grundwasseruntersuchungen geben kaum Auskunft über die geologischen Standortbedingungen oder umweltfachliche Aspekte. Diese Lücke wird durch das Grundwasser-Monitoring geschlossen, in dessen Rahmen die chemische Zusammensetzung des Grundwassers und die Grundwasserstände regelmäßig überprüft werden. So lassen sich die Bewegungen des Grundwassers und mögliche Schadstoffeinträge im Untergrund schnell feststellen und unter ökologischen Aspekten bewerten.

Ausbau der Klärwerke zur Schonung des Wassers

Ausbau der zwei Klärwerke Hannovers

Zur Ressourcenschonung des Rohstoffs Wasser sind beide Klärwerke Hannovers mit dem Ziel einer stark verbesserten Kohlenstoffelimination und eines weitergehenden Nährstoffabbaus ausgebaut worden. Für den Phosphorabbau wird ein biologisches Verfahren eingesetzt, das auf die Verwendung von chemischen Fällmitteln weitestgehend verzichtet.

Maßnahmenkatalog für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung von Bürgern und gesellschaftlich relevanten Gruppen erarbeitet

Nachhaltige Wasserbewirtschaftung in der Stadt Hannover

Ergänzend zu den bestehenden Arbeitsgruppen innerhalb der lokalen Agenda 21, hat die Stadt Hannover am Beispiel des Themas „Wasser“ eine medienbezogene Sichtweise ausarbeiten lassen. In der Studie sind



Leitzielen für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung, die sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und der Leistungsfähigkeit natürlicher Systeme orientieren, aufgestellt worden. Eine Analyse der Wasserbewirtschaftung in Hannover ergab, dass die jetzige Situation nicht allen Kriterien für eine nachhaltige Ressourcen-

Grundwasserverunreinigung in der hannoverschen Südstadt – Teilnahme an einem Forschungsvorhaben

Das Grundwasser unterhalb der Südstadt ist großflächig mit chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) verunreinigt. Der Grundwasserschaden wurde von der ehemaligen Chemikalienhandlung Fa. Kertess-Chemie verursacht, auf deren Betriebsgrundstück große Mengen



Chemikalien in den Untergrund gelangt sind und sich von dort zum Teil mit dem Grundwasserstrom ausgebreitet haben.

2001 hat sich die Landeshauptstadt Hannover entschlossen, an einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgeschriebenen Forschungsvorhaben teilzunehmen, um ein Verständnis der im Grundwasser ablaufenden Prozesse zu bekommen. Am Ende des Forschungsvorhabens steht die Frage, ob der natürliche Rückhalt und Abbau bestimmter Schadstoffe unter definierten und kontrollierten Bedingungen eine weitergehende aktive Sanierung der Grundwasserbelastung überflüssig machen kann.

In diesen Forschungsantrag ist die Region Hannover nach dem 1.11.2001 eingetreten, da die Region die Aufgaben der Unteren Wasserbehörde übernommen hat. Das Forschungsvorhaben ist inzwischen angelaufen und soll bis Ende 2005 abgeschlossen sein. Die Landeshauptstadt Hannover ist mit einem Eigenanteil am Forschungsvorhaben beteiligt.

Aktionen zum internationalen Jahr des Süßwassers 2003

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2003 zum „Internationalen Jahr des Süßwassers“ erklärt. Vorrangige Ziele dabei sind der Schutz der Trinkwasservorräte und eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung. Die UNO-Mitgliedsstaaten, Nichtregierungsorganisationen und der private Sektor sind dazu aufgerufen, Beiträge auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu leisten. Die UNESCO hat die Federführung für das Jahr des Süßwassers übernommen.

Das Agenda 21-Büro der Stadt Hannover folgte dem Aufruf der UN und hat sich mit Ämtern, Einrichtungen und Vereinen zur „Aktion H₂O“ zusammengeschlossen. Die Akteure boten vielfältige Aktionen, Führungen, Vorträge, Exkursionen etc an, die in einem Programm zusammengestellt wurden.

Auftakt war der „Tag des Wassers“ am 22. März am Kröpcke, bei dem über Trinkwasseraufbereitung, Abwasserbehandlung sowie über die Fließgewässergüte in Hannover informiert wurde. Beim „Geo Tag der Artenvielfalt“ konnte jeder mit Experten auf Artensuche in die Ricklinger Masch ziehen. Den Abschluss bot die „Agenda 21-Ausstellung: Süßwasser in aller Munde !?“ des Agenda 21-Büros in Kooperation mit der Stadtentwässerung, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Stadtwerke Hannover AG, Arbeitsgemeinschaft Limnologie und Gewässerschutz (ALG), Enercity, Oxfam Deutschland und der Deutschen Welthungerhilfe zu den vielfältigen Aspekten des Wassers und seine unterschiedlichen Verwendungen.

Auch die Agenda 21-Zeitung widmete sich zum Abschluss des Jahres dem Thema Wasser und berichtete über Beispiele und Projekte zum (Trink)wasserschutz und Gewässerschutz in aller Welt.

Film „Wasser für alle“

Dass es auch in Hannover nicht immer selbstverständlich war, sauberes Wasser zu trinken, zeigt der Film „Wasser für alle“, den das Agenda 21-Büro der Stadt Hannover gemeinsam mit vielen Experten zum Thema Wasser erstellt hat. Gezeigt wird, welche Bedeutung das Wasser weltweit und vor Ort für uns in Hannover hat, als Lebensmittel, für die Hygiene, Produktion und Naturschutz. Gezeigt werden auch Beispiele zum Nachahmen.

Teilnahme an einem Forschungsvorhaben, um Kenntnisse über die im Grundwasser ablaufenden Prozesse zu erhalten

Umweltverträglicher Umgang mit toxischen Chemikalien einschließlich Maßnahmen zur Verhinderung des illegalen internationalen Handels mit toxischen und gefährlichen Produkten

**Agenda 21
Kapitel 19**

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Verbesserung der Chemikaliensicherheit.

Agenda 21 Kapitel 20 Umweltverträgliche Entsorgung gefährlicher Abfälle einschließlich der Verhinderung von illegalen internationalen Verbringungen solcher Abfälle

Das Kapitel enthält Festlegungen zur umweltverträglichen Entsorgung gefährlicher Abfälle einschließlich der Verhinderung der illegalen grenzüberschreitenden Verbringung dieser Abfälle. Staaten sollen hierzu im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten insbesondere Programme zur Abfallverminderung und -vermeidung erarbeiten und die Verwendung von wiederverwertbaren Stoffen fördern.

Aktivitäten der Abfallwirtschaft Region Hannover

Umweltverträgliche Entsorgung von Sonderabfällen

Annahme von Sonderabfällen auf den Wertstoffhöfen, den Deponien sowie der Sonderabfallannahmestelle in Laatzen

In der Region Hannover steht für die Bürgerinnen und Bürger sowohl das Bring- als auch das Holsystem für die Entsorgung von Sonderabfällen zur Verfügung. Die Sonderabfälle können auf 15 Wertstoffhöfen, 3 Deponien sowie der Sonderabfallannahmestelle in Laatzen abgegeben werden. Des Weiteren können im Umland von Hannover die Sonderabfälle am Umweltmobil abgegeben werden.

Gewerbebetrieben steht die Möglichkeit der Entsorgung an den Sonderabfallannahmestellen in Lahe und Laatzen zur Verfügung.

Im Sonderabfallzwischenlager auf der Deponie Lahe besteht für die Feuerwehr jederzeit die Möglichkeit, sichergestellte Sonderabfälle bis zur endgültigen Beseitigung ordnungsgemäß zwischen zu lagern.



Agenda 21 Kapitel 21 Umweltverträglicher Umgang mit festen Abfällen und klärschlammsspezifische Fragestellungen

Das Kapitel behandelt die umweltverträgliche Entsorgung von festen Abfällen und Klärschlämmen, wobei der Begriff „feste Abfälle“ für alle Abfälle verwendet wird, die nicht als gefährlich eingestuft werden. Als Ziele für diesen Bereich stehen die Abfallminimierung, eine verbesserte Wiederverwendung und -verwertung sowie eine umweltverträgliche Abfallbeseitigung im Vordergrund.

Aktivitäten der Stadt/Region Hannover

Fortschrittliches Abfallwirtschaftskonzept

Maßnahmenkatalog zur Abfallvermeidung und -verwertung.

Inbetriebnahme einer biologischen Restabfallaufbereitungsanlage.



Region Hannover. Es schreibt die vorhergehenden Abfallwirtschaftsprogramme der Landeshauptstadt Hannover und des ehem. Landkreises Hannover fort.

Die Abfallwirtschaft in der Region Hannover hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Auslöser waren u.a. die Änderung des rechtlichen Rahmens der Abfallwirtschaft und die Regionsbildung. Das Konzept beinhaltet dementsprechend neben einem umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Abfallvermeidung und -verwertung u.a. die Umsetzung neuer (Altholz-, Gewerbeabfallverordnung) bzw. in der Verabschiedung befindlicher Verordnungen (Verpackungs-, E-Schrott-Verordnung).

Ein weiterer Schwerpunkt des Konzeptes ist die zukünftige Restabfallentsorgung in der Region, die durch die gesetzlichen Vorgaben bestimmt wird. Danach darf ab dem 1.6.2005 kein unbehandelter Siedlungsabfall mehr

auf zugelassenen Deponien abgelagert werden. Durch flexible Entsorgungsverträge und die Inbetriebnahme der biologischen Restabfallaufbereitungsanlage im Abfallbehandlungszentrum Hannover ist langfristig eine ökologisch hochwertige und vergleichsweise günstige Restabfallentsorgung gewährleistet.

Vernetzte Abfallberatung

Die Abfallberatung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Landeshauptstadt Hannover wurde in den letzten Jahren im Sinne einer vernetzten Abfallberatung in Kooperation mit dem Arbeitskreis ökologische Abfallberatung und der Stelle Umweltkommunikation im Amt für Umweltschutz durchgeführt. Grundgedanke ist, dass die notwendige Beratungstätigkeit nicht vollständig mit eigenen hauptamtlichen Kräften selbst durchgeführt wird, sondern sich nach dem Prinzip der Subsidiarität im Wege der Beauftragung teilweiser Dritter bedient wird. Auch nach der Regionsbildung und der Gründung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) arbeitet die Stadt Hannover auf verschiedenen Ebenen eng mit der Abfallwirtschaft Region Hannover zusammen. Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün übernimmt für das Stadtgebiet Hannover die Abfallberatung für Schulen und Kindertagesstätten und hat eine koordinierende Funktion im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis ökologische Abfallberatung. Die Mitglieder des Arbeitskreises (Bürgerinitiative Umweltschutz e.V., Umweltzentrum Hannover e.V., Werk-statt-Schule e.V., Werk-statt-Treff Mecklenheide e.V., Wissenschaftsladen Hannover e.V. und Soziale und berufliche Weiterbildung GmbH) arbeiten in ihren Stadtteilen seit über 10 Jahren kontinuierlich. Sie haben einen hohen Bekanntheitsgrad und zeichnen sich durch ein hohes Maß an Bürgernähe und Kompetenz aus, wo-

durch eine erhöhte Akzeptanz für Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Wertstofftrennung vor Ort erreicht werden kann.

(vgl. Kapitel 36: Projekt: „Erfolgreich abfallarm“)

Gefrennte Erfassung von Elektro-/Elektronikschrott

Die Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) erfasst Elektro- und Elektronikgeräte getrennt vom Haus- und Sperrabfall. Die in den Geräten enthaltenen Schadstoffe werden durch die Verwerter fachgerecht beseitigt.

Schadstoffe aus Elektro- und Elektronikschrott werden fachgerecht beseitigt.

Klärschlammverwertung

Durch eine gesteigerte Umweltüberwachung, stabilere Reinigungsleistung der Kläranlagen, geringere Schmutzfrachten und den Einsatz verbesserter Technologien gelang es, das Klärschlammaufkommen für 2003 weiter auf 60.700 t (1996: 68.907 t) zu reduzieren und dessen Schadstoffgehalt weiter zu senken. Die Grenzwerte der Klärschlammverordnung werden weit unterschritten. Die Qualität des hannoverschen Klärschlammes ist heute mit Kompost zu vergleichen. Daher kann der gesamte Klärschlamm in der Landwirtschaft und im Landschaftsbau verwertet werden (Rekultivierung). Es wurden keine Rückstände mehr deponiert. Aufgrund des besonderen niedrigen Schadstoffgehalts ist Hannovers Klärschlamm mit dem Gütesiegel der Qualitätssicherungs-GmbH bedacht worden. Darin verpflichtet sich die Stadtentwässerung Hannover, verschärfte Anforderungen an die Inhaltsstoffe von Klärschlamm einzuhalten. Das während des Faulprozesses gewonnene Methangas wird für den Betrieb zweier Blockheizkraftwerke eingesetzt. Die erzeugte Gasmenge reicht aus, um rund 50% der benötigten elektrischen und 100% der Wärmeenergie zu decken.

Verringerung des Klärschlammaufkommens und dessen Schadstoffgehalts durch Einsatz modernster Technologien

Bürgernähe durch Arbeiten in Netzwerken

Sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen

Agenda 21 Kapitel 22

Das Kapitel enthält Festlegungen für den sicheren und umweltgerechten Umgang mit radioaktiven Abfällen als Grundlage für die Verwendung radioaktiver Stoffe in Forschung und Industrie.



Teil III

Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen



Aus dem Dialog:

„Für erfolgreiche Beteiligungsprozesse gelten eine Reihe von Anforderungen: Die Teilnahme an Beteiligungsprozessen muss freiwillig sein. Zeit, Raum, Information und notwendige Unterstützung müssen zugänglich oder vorhanden sein. Die Verlagerung von Kompetenzen auf die niedrigstmögliche Ebene ist anzustreben. Die Beteiligungsprozesse sollen gruppenbezogen unterstützt werden. Die Beteiligungsprozesse müssen transparent sein.“

„Leistungsverminderte und besonders benachteiligte Personen sollen in ihrem Betreiben nach gesellschaftlicher Integration unterstützt werden. Durch die Stadt sollen der jeweiligen Problematik entsprechend Fördermaßnahmen, z.B. für Behinderte und MigrantInnen, entwickelt und/oder durch andere Träger entwickelte Fördermaßnahmen unterstützt werden.“

Agenda 21

Kapitel 23 Präambel

Dieses Kapitel stellt als Präambel zu den Kapiteln 24 bis 32 die Bedeutung der Teilhabe gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungsprozessen und die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Beteiligungsformen für diese Gruppen heraus.

Agenda 21

Kapitel 24 Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung

Mit den Festlegungen dieses Kapitels soll die Rolle der Frauen im Umweltschutz und im Entwicklungsprozess gestärkt werden. Der Anteil der Frauen in Politik und Wissenschaft soll erhöht und ein gleichberechtigter Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten unterstützt werden.

Aus dem Dialog:

„Chancengleichheit für Frauen soll auch im Unternehmensbereich, insbesondere bei der Unternehmensgründung, verwirklicht werden.“

„Arbeit im Haushalt, bei der Erziehung der Kinder, Pflege von Pflegebedürftigen und in ehrenamtlichen Funktionen muss von Männern und Frauen gleichmäßig verteilt geleistet und ausreichend anerkannt werden. Die Wahrnehmung von Familienaufgaben ist genauso wie Arbeitspraxis als Qualifikation anzuerkennen. Bei der Erziehung der Kinder und der Pflege leistet die Gemeinschaft die notwendige Unterstützung.“

„Der Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen muss vereinfacht werden. Erwerbschancen von Frauen sind in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu verbessern.“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Frauenbüro an der Diskussion zur Agenda 21 beteiligt

Frauenbüro bringt Ideen und Anregungen in die hannoversche Agenda-Diskussion ein

Die Arbeit des Referats für Frauen und Gleichstellung ist ein Beitrag zum Agenda 21 Prozess. Durch Projekte wie „Ziel: mobil – Mädchen sicher unterwegs mit Bus und Bahn“, das „Hannoversche Interventionsprogramm gegen Männergewalt in der Familie“, durch Berufsorientierung für Mädchen, Veranstaltungen zur Gesundheitsförderung von Mädchen und Frauen, Unterstützung von Mädchen- und Frauenprojekten, Beteiligungsprozesse sowie die Förderung der Umsetzung von Gender Main-

streaming wird nachhaltig dazu beigetragen, Ungleichheit abzubauen und eine Verbesserung des Lebensstandards nicht nur von Frauen zu erreichen. Außerdem ist das Referat für Frauen und Gleichstellung durch Ideen und Anregungen aktiv an der Diskussion zur Agenda 21 insbesondere in den Themenbereichen Zeit, Arbeit und Mobilität beteiligt.

Wirtschaftsförderung für Frauen

In Hannover gibt es ein Frauengewerbezentrum.

Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung

Dieses Kapitel enthält Festlegungen für die Einbeziehung von Jugendlichen und Kindern in Entscheidungsprozesse der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen ist nicht nur von zentraler Bedeutung für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, sondern auch für die langfristige Umsetzung der Agenda 21 und damit für die Sicherung ihrer Zukunft.

Aus dem Dialog:

Die Arbeitsgruppe Freizeit sowie Kinder und Jugendliche haben im Agenda 21-Prozess von (Datum) folgende Handlungsziele entwickelt:

Jugendliche sollen über die Freizeit- und Beratungsangebote in der Stadt gut informiert werden.

Schaffung von alters- und bedarfsgerechten Freizeitangeboten im Stadtteil, in der Schule und im schulischen Umfeld.

Zeitgemäße Modernisierung der Freizeiteinrichtungen, damit sie als „Lebensräume“ von den Jugendlichen akzeptiert werden.

Die Jugendzentren sollten allen Jugendlichen zugänglich gemacht werden – ohne Gewalt, Drogen und Gangs.

Es sollten spezielle Maßnahmen durchgeführt werden, um die Toleranz der Jugendlichen zu fördern.

Sozialarbeiter sollten als Vorbilder/Vertrauenspersonen den Jugendlichen bei Bedarf zur Seite stehen, aber sich auch durchsetzen können.

Initiativen Jugendlicher erkennen und fördern.

Jugendlichen Raum und Platz geben, damit sie sich entfalten können.

Aktivitäten, Selbstorganisation und Selbstverwaltung fördern.

Das Engagement Jugendlicher in der Jugendarbeit wird ‚sozial‘ belohnt.

Jugendliche werden an den sie betreffenden Prozessen und Angelegenheiten beteiligt.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird weiterhin zeitnah, „wirklich“ und durchfinanziert. Sie wird intensiviert und verbessert. Die Gestaltung von Spiel- und Freiflächen wird gemeinsam mit Kindern mit Jugendlichen entwickelt.

Freizeitangebote für Jugendliche orientieren sich an der Lebenslage und an den Bedürfnissen der Betroffenen.

Jugendarbeit gestaltet zielgruppenspezifische Angebote nach Geschlecht, Alter und Nationalität.

Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt, Benachteiligungen werden abgebaut.

Ethnischen Gruppen werden Identität stiftende Orte eingeräumt.

Soziale Problemlagen und Benachteiligung Jugendlicher sollen vermieden oder abgebaut werden.

Jugendliche werden nicht in Sondereinrichtungen für die Bearbeitung spezieller Problemlagen abgedrängt, sondern in die Angebote des Stadtteils integriert.

Jugendarbeit ist durch die Vielfalt an Wert- und Zielvorstellungen, Handlungs- und Organisationsformen gekennzeichnet.

Jugendarbeit ist als träger- und ämterübergreifende Kooperation zu sehen, die Konkurrenz unter den Trägern wird abgebaut.

Möglichkeiten, die Angebote vernetzt zu organisieren, werden gefördert. Jugendarbeit ist der effektiven Gestaltung und dem rationellen Mitteleinsatz verpflichtet.

Werkzeuge und Methoden zur kontinuierlichen Evaluation der bestehenden Angebote sind zu entwickeln.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Kinder beteiligen sich an Projekten in ihrem Stadtteil

Die Stadt Hannover initiiert Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet. In Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ist Beteiligung tägliche Praxis.

Kinder und Jugendliche werden an der Programmplanung in Einrichtungen der Kinder und Jugendarbeit aktiv begleitet. Sie bereiten verschiedene Angebote selbstständig vor und führen sie durch.

(vgl. Kapitel 28 und 40)

Hilfsangebote für junge Menschen

Junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe so-



zialpädagogische Hilfen erhalten, die ihre soziale Integration fördern.

Die Stadt Hannover unterstützt im Rahmen der Jugendsozialarbeit folgende konkrete Angebote für benachteiligte junge Menschen:

- **Beschäftigungsprojekte:** Zwölf Jugendwerkstätten bieten Beschäftigung und Qualifizierungsmaßnahmen an

Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche von der selbstorganisierten Techno-Disco bis zum Kinderrechtsfestival

Jugendsozialarbeit schafft Maßnahmen zur Ausbildung und Beschäftigung

- Ausbildung: Sechs Projekte bieten Ausbildungsplätze an
- Hauptschulabschlusskurse: Werden in anerkannten Ersatzschulen angeboten
- Praktika: Begleitend bei allen Maßnahmen. (vgl. Kapitel 3 und 36)

Desolate Wohnsituationen Jugendlicher überwinden, Integration und Motivation fördern

Sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen

Wohnansprüche und Wohnwirklichkeiten junger Menschen klaffen vielfach auseinander. Fehlender, preiswerter Wohnraum für junge Erwachsene und desolate familiäre Wohnsituationen beeinträchtigen Lebenslagen junger Menschen häufig massiv, sie fördern die Abkehr von Gesellschaft und Politik, verstärken Pessimismus und Zukunftsskepsis.

Die wechselseitige Beziehung – ohne Arbeit keine Wohnung und ohne Wohnung keine Arbeit – spiegelt sich in den Problemen der jungen Menschen wider. Es wird immer schwieriger, diese jungen Menschen beruflich zu motivieren und zu integrieren, ohne gleichzeitig das Problem der Wohnungslosigkeit beziehungsweise der Wohnungssuche zu thematisieren und auf eine Lösung hinzuwirken.

Ziel des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens ist es, junge Menschen vornehmlich im Alter von 18 bis 21 Jahren durch Stärkung ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu einer eigenständigen und selbst bestimmten Lebensführung zu befähigen, durch die Teilnahme an sprachlichen, schulischen oder beruflichen Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen die Möglichkeiten zur Partizipation an allen Gesellschaftsbereichen zu erschließen und die gesellschaftliche Integration zu erreichen. Verschiedene freie Träger der Jugendhilfe bieten im Rahmen der Jugendsozialarbeit sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen an. (vgl. Kapitel 7: Projekt: „Umzugsbörse“)

Kindertagesstätten kennzeichnen eine kinderfreundliche Stadtpolitik

Kindertagesstätten sind eine bedeutende Infrastruktur zur sozialen und kulturellen Entwicklung einer Kommune und ihrer Mitglieder. Sie sind wichtige Voraussetzung zur Lebensgestaltung und Verwirklichung von Lebenschancen für alle Familien und Kinder und somit auch notwendiger und integraler Teil gesellschaftlicher und lokaler Daseinsvorsorge.

Mit dem Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag in den Einrichtungen werden Bedürfnisse und Lebensbedingungen von Kindern und deren Familien aufgegriffen. Gleichzeitig übernehmen Kindertagesstätten eine Anwaltsfunktion für Kinder. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil einer kinderfreundlichen Stadtpolitik, erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und leisten vorbeugende Jugendhilfe, zum Beispiel durch Hilfen zur Minderung problembelasteter Lebenslagen.

Von 2000 bis heute wurden rund 1.210 zusätzliche Kindertagesstättenplätze geschaffen, so dass im gesamten Stadtgebiet heute insgesamt 18.190 Plätze für Kin-

der im Alter von 0 - 10 Jahren angeboten werden können.

Im Einzelnen verteilt sich das Platzangebot wie folgt:

- Krabbelstube für Kleinkinder von 0 bis 2 Jahren: 235 Plätze
- Kindergarten ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt: 12.243 Plätze
- Hort für Schulkinder von 6 bis 10 Jahren: 3.452 Plätze
- Altersgemischte Gruppen von 1,5 bis 9 Jahren: 1.260 Plätze
- Integrative Gruppen von 3 bis 6 Jahren: 77 Plätze

Durch diesen Ausbau von Plätzen kann in Hannover der vom Bundesgesetzgeber vorgegebene Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt werden. Zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs schafft die Stadt laufend vorrangig in Neubaugebieten weitere Kindergartengruppen. Im Jahr 2003 waren es 260 Plätze, für das Jahr 2004 sind 475 Plätze geplant.

Im Bereich der Schulkinderbetreuung wurden im Jahr 2003 90 neue Plätze geschaffen. Im Jahr 2004 ist mit einem weiteren Ausbau in der Größenordnung von ca. 350 Plätzen zu rechnen.

Qualifizierte Sprachförderung von Anfang an

Viele Kinder mit Migrationshintergrund haben bei ihrer Einschulung zu wenig Deutschkenntnisse, um dem Unterricht folgen zu können. Aus diesem Grund ist eine vorschulische Sprachförderung für diese Kinder in Kindertagesstätten notwendig. Um dem immer größer werdenden Bedarf durch die stetig steigenden Zahlen nicht deutschsprachiger Kinder in den Gruppen und zu wenig Personal in den Einrichtungen nachzukommen, hat das Land Niedersachsen zum 1. August 2003 erstmalig Gelder zur Verfügung gestellt, um besonders Kindern mit Migrationshintergrund das Lernen der deutschen Sprache zu ermöglichen. Eine Fortsetzung ist für die Jahre 2005 und 2006 angekündigt.

Sozialraumorientierung im Kommunalen Sozialdienst (KSD) der Landeshauptstadt Hannover

Eine stärkere Berücksichtigung der sozialräumlichen Kontexte in der zukünftigen Planung der Arbeit des KSD ist die Grundlage für eine zielgenauere und bedarfsgerechtere Reaktion auf die Verschärfung von sozialen Problemlagen und für eine engere Vernetzung mit anderen sozialen Institutionen in den Stadtteilen.

Als zuständiger Dienst für Kinder, Jugendliche und deren Familien hat der KSD u.a. die Intentionen des 8. Jugendberichtes der Bundesregierung aufgenommen und eine Neustrukturierung umgesetzt. Anhand einer Sozialstrukturanalyse wurde das Personal des KSD nach Belastungsfaktoren den Stadtteilen zugeordnet. Die Dienststellen sind dezentralisiert im gesamten Stadtgebiet verteilt.

Kinder und Jugendliche werden nicht in Sondereinrichtungen für die Bearbeitung spezieller Problemlagen abgedrängt, sondern in die Angebote des Stadtteils inte-

Vorschulische Sprachförderung für Kinder mit wenig Deutschkenntnissen

Kindertagesstätten für gesellschaftliche und lokale Daseinsvorsorge, als Anwaltsfunktion für Kinder und zur Entschärfung problematischer Lebenslagen

Unterstützung durch den KSD für sozial schwache Familien direkt vor Ort

griert. Familien werden nicht zerrissen, sondern bei der Problembewältigung unterstützt. Dazu war es notwendig, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und zu der Einzelfallorientierung den Blick auch auf den sozialen Raum zu richten, den Raum, in dem die Menschen unmittelbar leben, in dem sie zunächst einmal ihren Lebensmittelpunkt haben.

Neue Wege in der Erziehungshilfe

Mit dem Projekt „Kontraktmanagement in der Erziehungshilfe“ hat die Stadt Hannover begonnen, den gesamten Bereich der erzieherischen Hilfen umzustrukturieren.

Es geht darum, Prinzipien moderner Jugendhilfe (Adressatenorientierung, Sozialraumbezug, Integration, Prävention) so zu vereinbaren, dass das Handeln der Fachkräfte auf allen Ebenen diesen Zielsetzungen verpflichtet ist, die Kooperation zwischen öffentlichem Träger und freien Trägern der Erziehungshilfe so zu gestalten,

ten, dass die benötigten erzieherischen Hilfen frühzeitiger, passgenauer und effektiver gestaltet werden. Die stadtbezirklich organisierten Erziehungshelfer erhalten ein vertraglich vereinbartes Budget und sind verpflichtet, alle ambulanten Leistungen der Hilfe zur Erziehung zu erbringen.

Kinder, Jugendliche und Familien sollen somit stärker als bisher vorbeugend unterstützt werden. Im Vordergrund stehen dabei die konsequente Nutzung bereits vorhandener Ressourcen im familiären und nachbarschaftlichen Umfeld der Kinder und Jugendlichen sowie der im Stadtteil vorhandenen sozialen und kulturellen Einrichtungen.

Das Projekt wird zurzeit im Stadtbezirk Ricklingen durchgeführt und soll in den nächsten Jahren stadtweit umgesetzt werden.

(vgl. Kapitel 36: „Kinderwald Hannover“, Projekt: „Kind-Natur-Technik“)

Zielgerichtete Erziehungshilfe nach den Prinzipien moderner Jugendhilfe

Anerkennung und Stärkung der Rolle der eingeborenen Bevölkerungsgruppen und ihrer Gemeinschaften

**Agenda 21
Kapitel 26**

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Verbesserung der Situation eingeborener Bevölkerungsgruppen und zur besseren Nutzung ihrer besonderen Kenntnisse.

„Stadt Hannover unterstützt das Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre (Klimabündnis)“, Kapitel 2 und 9

Stärkung der Rolle der nichtstaatlichen Organisationen – Partner für eine nachhaltige Entwicklung

**Agenda 21
Kapitel 27**

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Förderung unabhängiger Nichtregierungsorganisationen, deren Potential zur Umsetzung und kritischen Begleitung einer ökologisch vernünftigen und sozial verantwortlichen nachhaltigen Entwicklung genutzt werden soll.

Die Stadt Hannover unterstützt durch gezielte Projektförderung zahlreiche nichtstaatliche Organisationen. Sie engagieren sich sowohl in sozialen, ökologischen, interkulturellen Bereichen und fördern die demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sowohl Frauen und Migrant/-innen.



Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21

**Agenda 21
Kapitel 28**

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Beteiligung lokaler Behörden an der Umsetzung und der Umsetzungskontrolle von Maßnahmen, die in der Agenda 21 vorgesehen sind.

Da viele Probleme und Lösungsansätze, die in der Agenda 21 behandelt werden, auf lokaler Ebene wirksam werden, spielt die Beteiligung und Kooperation lokaler Behörden eine entscheidende Rolle bei deren Umsetzung.

Sie errichten, betreiben und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, begleiten Planungsprozesse, bestimmen lokale Umweltaktivitäten und -vorschriften und leisten einen Beitrag zur Umsetzung nationaler und internationaler Umweltpolitiken. Sie spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch Erziehungs- und Mobilisierungsmaßnahmen.

Auszug aus der Charta von Aalborg:

„ (...) Wir sind überzeugt, dass menschliches Leben auf unserem Planeten ohne dauerhaft und umweltgerecht geprägte Kommunen keinen Bestand haben wird. Die Kommunalverwaltung ist dort angesiedelt, wo die Umweltprobleme wahrgenommen werden, sie ist die bürgernahste Ebene, und trägt gemeinsam mit Regierungen und Verwaltungen auf allen Ebenen Verantwortung für das Wohl von Mensch und Natur.“

Kommunale Strategien für Zukunftsbeständigkeit

„ Wir Städte und Gemeinden sind überzeugt, dass die Stadt bzw. Gemeinde zum einen die größte Einheit ist, die in der Lage ist, die zahlreichen mit der Stadt zusammenhängenden architekturbezogenen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichgewichte sowie jene, die mit der Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt zusammenhängen und die unsere moderne Welt schädigen, anzupacken. Zum anderen ist sie der kleinste Rahmen, in dem solche Probleme vernünftig auf integrierte, ganzheitliche und nachhaltige Weise gelöst werden können. Da die Städte verschieden sind, muss jede ihren eigenen Weg zur Dauerhaftigkeit und Zukunftsbeständigkeit finden. Wir werden die Grundsätze zur Zukunftsbeständigkeit in sämtliche Politikfelder einbeziehen und die jeweiligen Stärken unserer Städte und Gemeinden zur Grundlage ortsangepasster Strategien machen.“

Bürger als Schlüsselakteure und die Einbeziehung der örtlichen Gemeinschaft:

„ Wir Städte und Gemeinden verpflichten uns, den in der Agenda 21, dem auf dem UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro verabschiedeten Schlüsseldokument, enthaltenen Auftrag zu erfüllen und mit allen gesellschaftlichen Kräften in unseren Kommunen - den Bürgern, Unternehmen, Interessengruppen – bei der Aufstellung von lokalen Agenden 21 zusammen zu arbeiten. Wir erkennen die im Fünften Umweltprogramm der Europäischen Union „Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung“ enthaltene Forderung nach gemeinsamer Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte für die Umsetzung des Programms an. Folglich wird die Zusammenarbeit aller Beteiligten die Grundlage unseres Wirkens sein. Wir werden dafür Sorge tragen, dass alle Bürger und interessierten Gruppen Zugang zu Informationen erhalten und es ihnen möglich ist, an den lokalen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Wir bemühen uns um Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Zukunftsbeständigkeit nicht nur für die breite Öffentlichkeit, sondern auch für Abgeordnete und Bedienstete der Kommunalverwaltungen.“

Aus dem Dialog:

„ Die Stadt Hannover organisiert einen kontinuierlichen Dialog mit allen AkteurInnen, um ein nachhaltiges Konsumverhalten in Hannover zu erreichen und zu erhalten.“

„ Die Erhöhung der Einflussmöglichkeit und dadurch der Mitverantwortung der Bürger/-innen und Bürger für ihr Lebensumfeld wird angestrebt. Eine große Transparenz von Verwaltungshandeln, Politik und Planung eröffnen Beteiligungsmöglichkeiten nach innen (Verwaltung) und nach außen (Öffentlichkeit). Eine aktivierende Bürgerbeteiligung beginnt von ‚Anfang an‘ – schon bei der Vorplanung. Eine weitere Institutionalisation und rechtliche Verankerung von informellen Verfahren zur Stärkeren Bürgerbeteiligung wird angestrebt.“

„ Die bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen sind effizient zu nutzen. Die unterschiedlichen Beteiligungsformen müssen durch die Stadt stärker als bisher miteinander vernetzt werden.“

Die Arbeitsgruppe Freizeit hat im Rahmen der Leitbild-Entwicklung im Agenda 21-Prozess von (Datum) folgendes Leitbild entwickelt:

Nachhaltiges Freizeitverhalten befriedigt die menschlichen Grundbedürfnisse des Zusammenlebens und der Gemeinschaft im Sinne einer dauerhaften Sicherung der Lebensgrundlagen und Lebensqualität.

Die Menschen werden an den Planungen, deren Umsetzung, dem Betrieb und an der Bestandserhaltung von Freizeitangeboten und Freizeitgelegenheiten beteiligt, damit diese dem Bedarf und den Bedürfnissen entsprechen.

Mit anderen Menschen zu kommunizieren und Erfahrungen auszutauschen, sind zentrale Bedürfnisse des Menschen. Kommunikation und Austausch beugen Tendenzen der Vereinsamung und Isolation vor. Sie wirken entlastend und lassen Menschen wieder am Gemeinwesen teilhaben.

Menschen bringen sich aktiv in die Gemeinschaft ein und gestalten ihre Lebensumwelt gemeinsam. Die gegenseitige Anerkennung von Begabungen und Fertigkeiten fördert die Toleranz im sozialen Miteinander.

Freizeitaktivitäten ermöglichen positive Erfahrungen und besitzen eine hohe Erlebnisqualität.

In der Freizeit erproben die Menschen vielfältige Formen des Lernens, gewinnen an Erfahrung und entwickeln ihre Persönlichkeit.

Die Menschen finden unabhängig von sozialen Unterschieden zueinander und bauen durch ihr Miteinander Toleranz und Vertrauen auf.

Die Menschen bewahren ihre Lebensgrundlagen und tragen zu ihrer dauerhaften Sicherung bei. In der öffentlichen Meinung dominieren nachhaltige Leitbilder.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Lokale Agenda 21 – Vom stadtweiten Dialog zur konkreten Umsetzung

Die Federführung für den stadtweiten Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften und den Bürger/-innen und Bürgern der Stadt, um eine lokale Agenda 21 umzusetzen hat das Agenda 21-Büro. Damit sollte nicht nur deutlich gezeigt werden, dass hier soziale, ökologische, ökonomische und entwicklungspolitische Fragen im Rahmen des Agenda 21-Prozesses gleichermaßen behandelt werden, sondern auch eine klare Zuständigkeit für Interessierte signalisiert werden. Die Arbeit des Agenda 21-Büros ist von dem folgenden, „vierteiligen“ Konzept geprägt:



- des stadtweiten Dialoges,
- einer breit angelegten Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und
- der Förderung und Koordination Agenda 21-relevanter Projekte
- die Umsetzung von konkreten Maßnahmen.

Im Rahmen eines sich selbst regulierenden innovativen Prozesses mit Bürgerbeteiligung, kommt der Entwicklung einer lokalen Agenda 21 „von unten“ eine besondere Bedeutung zu.

Die Agenda 21 wird als ein langfristiger Prozess gesehen, der in alle Bereiche und auf allen Ebenen (Stadtteile, Schulen, Betriebe, Privathaushalte, Stadt und Region, etc.) hineinreichen muss.

Der erste Arbeitsabschnitt zur Erstellung einer lokalen Agenda 21 wurde mit einer öffentlichen Veranstaltung

am 07.03.1998 abgeschlossen. Vor mehr als 600 interessierten Besuchern wurde Herr Oberbürgermeister Schmalstieg die ersten Ergebnisse des Dialogprozesses in Form eines Berichtes mit Leitbildern, Leitlinien, Leitzielen, Maßnahmen und Projekten von vier Agenda 21-Arbeitsgruppen „Arbeit“, „Freizeit“, „Konsum“ und „Wohnen“ aus der Bevölkerung übergeben. Beteiligt waren Privatpersonen, zahlreiche Verbände und Organisationen, aber auch Mitglieder der Verwaltung.

Der Endbericht der Arbeitsgruppen wurde der Verwaltung zur Stellungnahme vorgelegt. Abschließend wurden die Ergebnisse zu einer Synopse zusammengefasst und dem Rat zur Beratung weitergegeben.

Im Rahmen des stadtweiten Dialoges wurden Frauen, Kinder, Jugendliche sowie Migrantinnen und Migranten gezielt angesprochen und in den Prozess einbezogen.

Ergebnisorientierte und bereichsübergreifende Kooperationen mit vielen Fachämtern der Stadtverwaltung, zahlreichen Interessen-Verbänden, der Wirtschaft und Nichtstaatlichen Organisationen entwickelten sich im Rahmen des Agenda Prozesses. Neben dem stadtweiten Dialog, finden zahlreiche Initiativen zur Agenda 21 z.B. in Schulen, Stadtteilen und verschiedenen Institutionen statt. Alle Aktive aus Arbeitsgruppen, Workshops, Zukunftswerkstätten aber auch Interessierte treffen sich in einem Agenda 21-Plenum, um hier informiert zu werden, sich auszutauschen und um Bündnispartner zu finden. Begleitet und unterstützt werden Aktivitäten und Projekte durch den „Arbeitskreis Kommunikation“. Ihm gehören Vertreter von Medien und Bildungseinrichtungen an.

Das Agenda 21-Büro arbeitet in Städtenetzwerken und im ständigen Austausch mit nationalen und internationalen Kommunen, mit denen Hannover in internationalen und europäischen Netzwerken verbunden ist. Zu diesen zählen auch die Partnerstädte Hannovers. Die Städtepartnerschaften haben durch den Austausch über und im Rahmen gemeinsamer Projekte zur Agenda 21 neue, in die Zukunft gerichtete Inhalte und Aufgaben hinzugewonnen: weg von der Vergangenheitsbewältigung hin zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit.

Im stadtweiten Dialog erster Arbeitsschritt zur lokalen Agenda für Hannover: Endbericht der Arbeitsgruppen

Agenda 21-Büro der Stadt Hannover: Dialog, Öffentlichkeits- und Projektarbeit

Nationaler und internationaler Erfahrungsaustausch

Die Arbeit des Agenda 21-Büros ist interdisziplinär angelegt und ermöglicht jeder und jedem Interessierten zu jeder Zeit eine Beteiligung am stadtweiten Dialog. Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, aber auch die vom Agenda 21-Büro unterstützten Projekte haben unter anderem eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und ein Umdenken und verändertes Handeln der Bürger/-innen und Bürger im Sinne einer zukunftsbeständigen Stadt Hannover zum Ziel.

Damit unsere Städte Zukunft haben

Zum 50-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft Hannover – Bristol wurden die Verantwortlichen aus Hannovers Partnerstädten Bristol, Perpignan, Poznan und Leipzig zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Ziel des Symposiums „Damit unsere Städte Zukunft haben“ war, gemeinsame Handlungsfelder zu eröffnen und anzugehen. Dazu waren auch Vertreter indigener Völker nach Hannover angereist.

Bisher war das Anliegen der Städtepartnerschaften, die gemeinsame Vergangenheit zu bewältigen und zur Verständigung beizutragen. Mit dem Symposium wurde eine neue Bedeutung der Städtepartnerschaften deutlich: Sich gemeinsam für die Umsetzung der Agenda 21 und eine lebenswerte Zukunft einzusetzen.

Deshalb wurde zum Symposium neben den offiziellen Vertreterinnen und Vertretern der Partnerstädte auch eine Gruppe Jugendlicher eingeladen, die auf dem Symposium den Grundstein für einen Austausch legten. Das Symposium wurde von einem „Markt der Möglichkeiten“ und einem weit gefächerten Rahmenprogramm begleitet.

(vgl. Kapitel 27, 34, 36)

Partnerstädte kooperieren bei der Umsetzung der Agenda 21 und diskutieren gemeinsam den Weg in eine lebenswerte Zukunft.

Freiwillig in Hannover, Netzwerk Bürgermitwirkung

Unter dem Leitmotiv „Freiwillig in Hannover“ ist das Netzwerk Bürgermitwirkung ein übergreifender Verbund verschiedener Organisationen und Einrichtungen in der Landeshauptstadt Hannover mit dem Ziel, das bürgerschaftliche Engagement in der Zivilgesellschaft zu stärken und weiter zu entwickeln. Das bedeutet insbesondere einen wechselseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch herzustellen, verfügbare Kompetenzen und Ressourcen miteinander zu verbinden, beispielhafte Ansätze und Projekte zu entwickeln sowie die gesellschaftliche Bedeutung des Themas in der Stadt aufzuwerten. Leitmotive für diese Netzwerkarbeit sind dabei Engagement, Kommunikation und voneinander Lernen, Transparenz, Vertrauen und Verlässlichkeit.

Die Partner im Netzwerk Bürgermitwirkung treffen sich regelmäßig, um Entwicklungen und Themen, Konzepte und Projekte, Strategien und Aktivitäten zu erörtern und darüber zu entscheiden. Das Netzwerk kommt mindestens dreimal im Kalenderjahr zusammen. Auf der letzten Sitzung des Kalenderjahres wird das Arbeitsprogramm des darauf folgenden Jahres beschlossen. Der zentrale Themenschwerpunkt für das Jahr 2004 ist die Organisation der ersten Freiwilligenbörse in der Landeshauptstadt Hannover.

Die Partner im Netzwerk Bürgermitwirkung wählen aus ihrem Kreis eine Sprechergruppe, die jeweils unterschiedlichen Organisationen angehört. Die Sprechergruppe besteht derzeit aus Vertretern folgender Organisationen: Stadt Hannover/Bereich Stadtentwicklung, Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Freiwilligenzentrum. Die Sprechergruppe ist die zentrale Ansprechstelle für das Netzwerk, sie koordiniert die Arbeit des Netzwerks und organisiert die regelmäßigen Netzwerktreffen. Das Netzwerk Bürgermitwirkung ist jederzeit offen für eine aktive Mitarbeit.

Agenda 21

Kapitel 29

Stärkung der Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Stärkung der Position der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, insbesondere durch die Einrichtung von Institutionen, die Umsetzung von Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung, die Verbesserung der Arbeitsumwelt und die Durchführung von Bildungsmaßnahmen.

Aus dem Dialog: Die Arbeitsgruppe Arbeit hat im Rahmen der Leitbild-Entwicklung im Agenda 21-Prozess von (Datum) folgendes Leitbild entwickelt:

Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit. Zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit gehören auch Reproduktionsarbeit (Kindererziehung, Pflege, Hausarbeit etc.) und ehrenamtliche Arbeit. Erwerbsarbeit, Kindererziehung und häusliche Pflege werden bezahlt und sozial abgesichert. Das Existenzminimum wird durch das Recht auf ein Mindesteinkommen abgesichert

Das Arbeitsvolumen der Erwerbs- wie auch der Reproduktionsarbeit ist auf alle arbeitswilligen und -fähigen Personen gerecht verteilt.

Arbeitsinhalt und Arbeitsorganisation orientieren sich soweit wie möglich an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen, sofern diesem kein öffentliches Interesse entgegensteht.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Programm zur Verwaltungsreform

Die umfangreichen Reformaktivitäten beinhalten auch die Zielsetzung, nachhaltige Entwicklungen zu initiieren. Dabei sind die Ziele der Verwaltungsreform und der Agenda 21 oft sehr ähnlich (Effektivitätssteigerung, Einwohnerorientierung und Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern, Beschäftigtenbeteiligung).

Mit einem Leitbild hat sich die Verwaltung 1998 einen Rahmen gegeben, dessen große Linien immer noch gültig sind und durch aktuelle stadtpolitische Ziele ergänzt werden. Diesen Rahmen haben die Fachbereiche (früher: Ämter) durch spezifische Leitbilder für ihren Bereich konkretisiert und differenziert für ihre Arbeit aufbereitet.

Die Außenorientierung im Sinne von Einwohnerorientierung und Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie demokratische Teilhabe bilden einen wichtigen Teil der Aktivitäten zur Verwaltungsreform. Daneben spielt die Beteiligung von Beschäftigten an Organisationsänderungen und Reformen eine große Rolle und ist in den letzten Jahren zum Standard geworden. Die Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung in Richtung Effizienzsteigerung führt immer auch zu Ressourcenschonung. Der Aufbau von regional vernetzten Diensten und Bürgerämtern hat es in den letzten Jahren ermöglicht, wohnortnah Dienstleistungen der Verwaltung in Anspruch zu nehmen, steht aber im permanenten Spannungsfeld zur finanziellen Krise der Stadt. Dies gilt auch für die zunehmende Zahl von Informationen und Dienstleistungen im Internet, die Wege und andere Ressourcen spart (z.B. Verlängerung von Medien der Bibliothek, Buchung von Kursen der VHS usw.).

Regelmäßige Kundenbefragungen (z.B. im Fachbereich Recht und Ordnung) und der Aufbau eines aktiven Beschwerdemanagements sind weitere Bausteine zur Beteiligung.

Erhöhte Kostentransparenz bringt die Organisationsbereiche verstärkt in die Lage, bewusster mit ihren Materialien und dem Energieverbrauch umzugehen. Im Zusammenhang mit der Budgetierung lohnt sich dies auch für Beschäftigte, die bei entsprechenden Einsparungen z.B. gezielt in Fortbildung investieren können. Durch die konkret geplante Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte kaufmännische Buchführung wird dieser Weg weiter fortgeführt.

Parallel dazu haben auch umfangreiche Veränderungen stattgefunden, bei denen die Beteiligung der Beschäftigten naturgemäß nicht direkt erfolgen konnte. Dies gilt zum Beispiel für die Bildung der Region Hannover am 1. November 2001, die eine Neuordnung der verschiedenen kommunalen Ebenen und der Kompetenzen der Bezirksregierung zum Ziel hatte. Durch ein entsprechendes Gesetz sind der Kommunalverband Großraum Hannover und der Landkreis Hannover aufgelöst worden,

einige Aufgaben auf die Städte und Gemeinden des Landkreises übergegangen und regional bedeutsame Aufgaben werden seitdem von der neuen Körperschaft Region Hannover erledigt. Die Region hat auch Aufgaben der Landeshauptstadt Hannover und der Bezirksregierung übernommen.

Die Interessen der Beschäftigten sind dabei in erster Linie durch die Interessenvertretungen und Gewerkschaften wahrgenommen worden und in entsprechenden Tarifverträgen gemündet.

In 2002 ist mit der Neugliederung der Verwaltung die wohl größte Änderung der Strukturen in Angriff genommen worden, die die Verwaltung in den letzten Jahrzehnten durchgeführt hat. Hannover ist als erste Stadt der Größenklasse eins (über 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner) den Schritt zu einer Fachbereichsbildung gegangen. Ohne zusätzliche Kosten für eine externe Beratungsfirma hat die Verwaltung in eigener Regie die Führungsstrukturen von mehr als 35 Ämtern auf 16 Fachbereiche umgestellt. Dabei wurde bewusst vermieden, die neben den Fachbereichen bestehenden anderen Organisationseinheiten wie Betriebe, Rechnungsprüfungsamt und Stabsstellen zahlenmäßig auszuweiten. Es handelt sich also nicht um eine „Umetkettierung“, sondern um eine echte Reduzierung der Organisationseinheiten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig es ist, die Führungskräfte in ihrer Aufgabenwahrnehmung zu stärken und zu unterstützen. Dazu gehört das Instrument Führung auf Zeit genau so wie eine spezielle Führungskräfte-Qualifizierung.

Nachhaltiges Personalwesen

Ein nachhaltiges Personalwesen hat folgende Maßnahmen und Instrumente in den letzten Jahren besonders in den Blick genommen und dabei den Zielen der Agenda 21 Rechnung getragen:

- Formulierung von Führungsleitlinien
- Führungskräfteentwicklungsprogramm
- Einführung des Instrumentes Führung auf Zeit (als erste bundesdeutsche Kommune)
- Einführung von Mitarbeitergesprächen
- Einrichtung eines Job-Centers zur effektiven und sozialverträglichen internen Beratung, Vermittlung und Umsetzung von Beschäftigten
- Regelmäßiges Berichtswesen zu Personal- und Organisationsthemen
- Modelle zur Arbeitszeitflexibilisierung
- Planung zur Einführung von Leistungsanreizen
- Einführung eines integrierten betrieblichen Gesundheitsmanagements mit konkreten Gesundheitsförderungsprojekten und Maßnahmen zur Fehlzeitenreduzierung

Daneben fördern auch andere Reformmaßnahmen diese Ziele, z.B. die Ausweitung der Kosten- und Leistungsrechnung und das Verfahren zur Honorierung von Verbesserungsvorschlägen.

Ziele der Verwaltungsreform ähnlich denen der Agenda 21: Einwohnerorientierung, Beteiligung, demokratische Teilhabe. Verwaltung durch Bürgerämter und vernetzte Dienste dicht am Bürger.

Größte Neugliederung der Verwaltung seit Jahrzehnten

Kundenbefragungen und Beschwerdemanagement als Baustein zur Bürgerbeteiligung

Gleichstellung von Männern und Frauen im Sinne des Mainstreaming-Ansatzes

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist im Sinne des Gender-Mainstreaming-Ansatzes bei allen Projekten zur Entwicklung der Verwaltung einzubeziehen und wird als gemeinsame Aufgabe aller Fachbereiche und Betriebe gesehen. In drei Pilotprojekten wurde exemplarisch untersucht, wie der Gender-Mainstreaming-Ansatz im realen Alltagsgeschäft übertragen werden kann. Diese Erfahrungen werden genutzt, um die Implementierung in der gesamten Stadtverwaltung zu erreichen.

Daneben sind alle Fachbereiche und Betriebe aufgefordert, den Genderaspekt bei allen stadtinternen Projekten zu berücksichtigen und dies in den Drucksachen an den Stadtrat zu dokumentieren.

Konkrete Realisierung von bürgernahen Dienstleistungen

Auch zukünftig wird es bei der „Geschlechterdiskussion“ darum gehen, die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie herzustellen. U.a. wird dieser Teilaspekt im Rahmen von flexiblen und individuellen Arbeitszeiten mit berücksichtigt und weiterentwickelt.

Zukunftsorientiertes und ganzheitlich ausgerichtetes Organisationssystem

Vernetzte Dienste

Mit der Organisationsstruktur „Vernetzte Dienste“ wurde ein zukunftsorientiertes, tragfähiges Organisations-

system geschaffen, das verstärkt ganzheitliche Problemwahrnehmungen in Bezug auf die vielfältigen Lebenslagen der Menschen in den Vordergrund rückt und innovative Leistungsspektren anbietet. Ziel ist es, das Verwaltungshandeln im Bereich sozialer, kultureller und gesundheitsfördernder Dienstleistungen auf der dezentralen Ebene zu verbessern. Ausrichtung, Arbeitsweise und Qualität des Verwaltungshandelns wird bürgernäher und lebenslagenorientierter gestaltet. Strukturen, Arbeitssysteme und Leistungen der Stadtverwaltung werden effektiver organisiert und koordiniert.

(vgl. Kapitel 24 und 28)

„Internationales Netzwerk Cities For Tomorrow“

Die Stadt Hannover hat im Rahmen eines bundesweiten Netzwerkes von Reformkommunen einen Zusammenschluss von 12 Städten, die sich – auf individuell sehr unterschiedliche Weise – mit der konkreten Realisierung von bürgernahen Dienstleistungen beschäftigen, koordiniert. Sie löste auch damit den speziellen Anspruch ihres Reformprogramms ein, für die Bürgerschaft nachhaltige Verbesserungen zu erreichen und dies über ihre eigene Stadtgrenze hinweg zu unterstützen.

Agenda 21

Kapitel 30

Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Stärkung der Rolle von Unternehmen im Umweltschutz und in der Entwicklungspolitik, insbesondere durch Förderung umweltverträglicher Produktionsprozesse und Produkte sowie durch Förderung einer verantwortungsbewussten Unternehmerschaft.

Aus dem Dialog:

„Die Stadt soll sozial-ökologisch und entwicklungspolitisch engagierte Unternehmen und Organisationen aktiv unterstützen.“

„Die privaten Unternehmen und Organisationen sollen ihren Umweltschutz kontinuierlich verbessern und die Öffentlichkeit hierüber in geeigneter Weise unterrichten.“

Die Arbeitsgruppe Arbeit hat im Rahmen der Leitbild-Entwicklung im Agenda 21-Prozess von (Datum) folgendes Leitbild entwickelt:

Die Unternehmen und Organisationen in Hannover setzen die Kriterien des sozial-ökologischen Wirtschaftens um. Stadt und Umland verwirklichen kooperativ die nachhaltige Entwicklung der Region.

Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung besteht eine förderliche Partnerschaft aller Länder.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Seelhorster Garten –

„public private partnership“

Als überzeugendes Beispiel für „public private partnership“ sind für das Entwicklungsgebiet „Seelhorster Garten“ mit den privaten Grundstückseigentümern und Investoren folgende Inhalte vereinbart und durch einen Bebauungsplan ermöglicht worden:

- Bauliche Entwicklung eines Stadtteils mit 400 Wohneinheiten
- Innenentwicklungskonzept im Stadtbahneinzugsbereich
- Schonung städtischer Finanzen durch Übernahme der vollen Erschließungskosten, der Kosten für die notwendige Infrastruktur, der Kosten für die Herrichtung öffentlicher Grünflächen usw. durch den Grundstückseigentümer aus dem so genannten Planungsmehrwert
- Nahwärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung

Vereinbarungen mit privaten Grundstückseignern über Bebauungspläne: Neue Wohnungen, Energiesparen und Schonung städtischer Finanzen

Konzepte zum Einzelhandel

Folgende Gesichtspunkte sollen bei Konzepten zur Steuerung der Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben, Fachmärkten und großflächigen Unternehmen des Einzelhandels in Hannover berücksichtigt werden:

- Verhinderung von nichtintegrierten Standorten in Stadt und Umland
- Ansiedlung an hoch aus nutzbaren Standorten mit Anschluss an Öffentliche Verkehrsmittel
- Sicherung der lokalen Versorgung in den Stadtteilen
- Sicherung der überregional wirksamen Attraktivität der hannoverschen Innenstadt als Einkaufsstandort.

Kriterien sind die Schonung der Ressourcen, die Verminderung von Kfz-Verkehr sowie die Verhinderung von Zersiedlung und Bodenversiegelung.

Kontakte zwischen Stadt und Unternehmen

Im Rahmen der Bestandspflege und Bestandsentwicklung als zentraler Aufgabe der Wirtschaftsförderung werden umfangreiche Kontakte zur ortsansässigen Wirtschaft gepflegt, um frühzeitig bei anstehenden Problemen als Ansprechpartner tätig zu werden. Das Aufgabenspektrum ist ausgesprochen vielseitig und beinhaltet als wesentliches Ziel, im Rahmen der Kommunikation mit Unternehmen als positiver Partner der Wirtschaft gesehen zu werden, um gemeinsame Lösungen, auch und insbesondere zum Wohle des Standortes, zu suchen. Die Kontaktpflege erstreckt sich auch auf Akteure und Institutionen, die wichtig sind für die Aufrechterhaltung bzw. Stärkung der wirtschaftsrelevanten Standpotentiale sowie auf Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die ein wesentlicher Faktor für die Belebung des Arbeitsmarktes sind. Nicht zuletzt ansiedlungswillige Unternehmen werden umfangreich betreut und mit den Gege-

benheiten des Wirtschaftsstandortes Hannover vertraut gemacht.



Ökoprofit Hannover

Mit dem Projekt ÖKOPROFIT checken bisher mehr als 40 Firmen in Hannover in Zusammenarbeit mit den Behörden, wie die Betriebe durch Umweltschutzmaßnahmen gleichzeitig Geld sparen können. Neben Umweltkostenrechnungen, Umweltcontrolling und umweltfreundlichen Einkauf, geht es auch um Arbeitsschutz und die Motivation der Mitarbeiter. Für die Betriebe sind neben Kostensenkungen, eine positive Darstellung nach außen und eine größere Zufriedenheit der Mitarbeiter Gewinn bringende Aspekte.

Damit fördert die Stadt zwei ihrer strategischen Ziele: „Nachhaltigkeit“, das heißt, nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der Agenda 21 und „Hannover als starker Standort“, das heißt auch Sicherung von Arbeitsplätzen.

In der im März gestarteten vierten Runde sind u.a. Hotels, Restaurants, Schwimmbäder und kirchliche Einrichtungen mit dabei.

Ökoprofit soll nun auch im Rahmen des EU Förderprogramms ASIA URPS in Panzhuhua, China eingeführt werden.

Kriterien bei der Neuansiedlung von Gewerbe: Schonung der Ressourcen, die Verminderung von Kfz-Verkehr sowie die Verhinderung von Zersiedlung und Bodenversiegelung

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Verbesserung des Meinungsaustausches und der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Technologie, den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Im Rahmen ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit arbeitet die Stadt Hannover eng mit Einrichtungen der Wissenschaft zusammen. Damit will sie nicht nur neue

Erkenntnisse erschließen, sondern auch mit praktischen Erfahrungen dazu beitragen, dass Theorie und Praxis voneinander profitieren.

Agenda 21**Kapitel 32** **Stärkung der Rolle der Bauern**

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Stärkung der Position der ländlichen Bevölkerung insbesondere durch Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Transfer von Kenntnissen über nachhaltige Bewirtschaftungstechniken.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Einrichtung von Bauernmärkten

Die weitere Einrichtung von Bauernmärkten im Stadtgebiet wird fachlich begleitet und unterstützt. Die Anbieter werden ausführlich beraten und über die Angebotsmöglichkeiten informiert. Durch die Einrichtung von „Bauernmärkten“ wird ein Beitrag zur Verstärkung der Direktvermarktung von Produkten aus der Region geleistet.





Teil IV

Möglichkeiten der Umsetzung



Auszug aus der Charta von Aalborg:
Instrumentarien für eine auf Zukunftsbeständigkeit gerichtete Kommunalverwaltung

„Wir Städte und Gemeinden sichern zu, das gesamte verfügbare politische und planerische Instrumentarium für einen ökosystembezogenen Ansatz kommunaler Verwaltung zu nutzen. Dazu werden wir eine breite Palette von Instrumenten einsetzen, u.a. die Erhebung und Verarbeitung von Umweltdaten; die Umweltplanung; ordnungspolitische, wirtschaftliche und kommunikative Instrumente wie Satzungen, Steuern und Gebühren; Instrumente zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie zur Bürgerbeteiligung. Wir wollen neue Systeme der Kommunalen Naturhaushaltswirtschaft einführen, um mit unseren natürlichen Ressourcen ebenso haushälterisch umzugehen wie mit unserer künstlichen Ressource „Geld“.“

„Wir wissen, dass wir unsere umweltpolitischen Bemühungen und die Steuerung der Umweltqualität, insbesondere unsere Umweltüberwachung, das Öko-Audit, die Umweltverträglichkeitsprüfung, die ökologischen Buchhaltungs-, Bilanzierungs- und Berichtserstattungssysteme, auf unterschiedliche Arten von Indikatoren stützen müssen. Dazu zählen Indikatoren der städtischen Umweltqualität, der städtischen Ressourcenströme, der Stadtstrukturen und vor allem der Zukunftsbeständigkeit städtischer Systeme.“

Agenda 21

Kapitel 33 Finanzielle Ressourcen und Finanzierungsmechanismen

Das Kapitel behandelt den Bedarf an Finanzmitteln zur Umsetzung der Agenda 21, die geeigneten Mechanismen zu deren Aufbringung und Bereitstellung sowie die Bedingungen für ihren möglichst wirkungsvollen Einsatz.

Aktivitäten der Stadt Hannover

*Förderung von
Energiesparmaßnahmen
in Kooperation
mit weiteren Städten*

*Public-private-partnership:
Naherholung
und Mergelabbau in
Misburg-Ost*

Der enercity-Fonds proKlima

Der Klimaschutzfonds gilt als europaweit einmaliges Modell für die lokale freiwillige Umsetzung von Klimaschutzziele. Unter dem Motto „Aufschwung für den Klimaschutz“ fördert proKlima Energiesparmaßnahmen in Alt- und Neubau und unterstützt die Nutzung regenerativer Energien. Attraktive Zuschüsse gibt es für solche Vorhaben im Gebiet der Städte Hannover, Laatzen, Langenhagen, Seelze, Hemmingen und Ronnenberg (= Fördergebiet).

Der enercity-Fonds *proKlima* wird jährlich mit bis zu 5,11 Millionen Euro von der Stadtwerke Hannover AG und den Städten Hannover, Laatzen, Langenhagen, Seelze, Hemmingen und Ronnenberg finanziert.

Entwicklung eines Naherholungsgebietes Misburg-Ost

Im Januar 2000 wurde die Gesellschaft zur Entwicklung des Naherholungsgebietes Misburg-Ost (GENAMO mbH) gegründet. Ziel dieser mit der ansässigen Zementindustrie gegründeten public-private-partnership ist die Sicherung und Entwicklung von Naturschutz- und Naherholungsbereichen in einem ehemaligen Mergelabbaugebiet bei gleichzeitiger langfristiger Sicherung von Rohstoffabbauflächen. Die gesamte Finanzierung wird durch die Verwertung/Einlagerung von Bodenaushub (Bodenmanagement) in eine der abgebauten Mergelgruben erwirtschaftet.

(vgl. Kapitel 7 und Kapitel 10)

Agenda 21

Kapitel 34 Transfer umweltverträglicher Technologien, Kooperation und Stärkung von personellen und institutionellen Kapazitäten

Das Kapitel verweist auf die Notwendigkeit internationaler, regionaler sowie nationaler Maßnahmen, die eine Verbreitung umweltfreundlicher Technologien erleichtern sollen. Es enthält Festlegungen zur Förderung technologischer Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft.

Aktivitäten der Stadt Hannover

*ICTULA: Ein Projekt,
um den Herausforderungen
der Informationsgesellschaft
zu begegnen, Benachteiligten
aufzuheben, fortzubilden und
über die Agenda 21
zu informieren*

ICTULA: Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen der lokalen Agenda 21

ICTULA ist ein Projekt, das von der Europäischen Kommission finanziell gefördert wird. Projektpartner sind neben Hannover die Städte Amsterdam, Darmstadt, Liverpool und Turku (Finnland).

Ziel des Projekts ist es u. a., auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft zu reagieren. Es soll versucht werden, einen intensiven Austausch der am Agenda 21-Prozess beteiligten Partner zu erreichen. Langfristig könnten so enge Partnerschaften zwischen den Beteiligten aufgebaut, erneuert und erhalten werden. Den Projektpartnern wird durch das Projekt die Möglichkeit gegeben, sich moderne Informations- und Kommunikationstechnologie zunutze zu machen und einen



über das Projekt hinausgehenden, europaweiten Erfahrungsaustausch zu beginnen.

Durch die Installation moderner Informations- und Kommunikationstechnologie werden Gruppen, die im Agenda 21-Prozess von besonderer Bedeutung sind, professionelle Hilfe bekommen. Insbesondere benachteiligten Gruppen, die z.B. den Anschluss an den modernen Arbeitsmarkt verloren haben, soll die Möglichkeit zur Fortbildung gegeben werden.

(vgl. Kapitel 28)

Agenda 21 Kapitel 35

Die Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung

Dieses Kapitel enthält insbesondere Festlegungen, wie Wissenschaft und Forschung auf die Herausforderungen reagieren sollen, die von Politik und Gesellschaft an sie herangetragen werden. Gewünscht ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern, die Einbeziehung lokalen und regionalen Wissens und eine größere Zusammenarbeit von Forschern der verschiedenen Disziplinen.

Aktivitäten der Stadt Hannover

Kooperation mit der Wissenschaft

Spezielle Fragen des Technologietransfers beziehungsweise die Vermarktung der Technologieangebote in der Region sowie die Bereitstellung von Informationsmate-

rialien über die hier vorhandenen Forschungs- und Entwicklungspotentiale werden in enger Kooperation mit den Technologiekontaktstellen und den Innovationsberatern einer Lösung näher gebracht. Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es mit uni transfer.

Technologietransfer und Vermarktung von Technologieangeboten in der Region

Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung

Agenda 21 Kapitel 36

Umweltbildung ist ein unverzichtbarer Teil einer vorsorgenden Umweltpolitik. Daher sind die in der Agenda 21 genannten Fragestellungen in alle Bildungseinrichtungen, allgemeine und berufsbildende Schulen, Betriebe im Rahmen der betrieblichen Ausbildung, Hochschulen, Institutionen der Weiterbildung und der außerschulischen Jugendbildung aufzunehmen. Das Kapitel enthält Festlegungen zur Ausrichtung der Schulbildung, der Öffentlichkeitsinformationen und der beruflichen Bildung an den Problemen des Umweltschutzes und der Entwicklung.

Aus dem Dialog:

„Eine ganzheitliche Ausbildung in der Schule, in Unternehmen und Universitäten ist Grundbedingung der freien Entfaltung der Persönlichkeit sowie Grundlage der Erhaltung der ›Ressource Arbeitskraft‹ für die Gesellschaft.“

„Erfolgreiche Werbekampagnen können eine erhebliche Breitenwirkung und Sensibilisierung großer Bevölkerungskreise erzielen. Zugleich profiliert sich die Stadt auch im Sinne der Agenda 21 Die Stadt soll daher die Öffentlichkeitsarbeit für das Energiesparen intensivieren.“

„Nachhaltiges Konsumverhalten wird über zielgruppenorientierte Werbung sowie ganzheitliche Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote in allen gesellschaftlichen Gruppen angeregt und verstärkt.“

„Das Verständnis aller Verbraucher/-innen für die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den sog. Entwicklungsländern wird gefördert.“

„Die Öffentlichkeitsarbeit, welche die Wertschätzung von Freiflächen erhöht, wie z.B. der grüne Ring (Kommunalverband Großraum Hannover: KGH) ist seitens der Stadt und des KGH zu verstärken.“

„Die Stadt erstellt Informationsmaterialien (z.B. Broschüren) zu Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung. Weitere Informationsquellen (Internet, E-Mail, Litfasssäule u.a.) sollen erschlossen werden.“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Zur Förderung des öffentlichen Bewusstseins und der schulischen und außerschulischen Bildung, bieten zahlreiche Einrichtungen der Stadt Informationsmaterialien,

Diskussionsveranstaltungen, Fortbildungen, Besichtigungen, Handreichungen und Ausstellungen an. Um auf die vielfältigen Fragestellungen kompetente Antworten geben zu können, arbeitet die Stadt häufig mit

Nichtregierungsorganisationen und der Wissenschaft zusammen.

Grundsatz dabei ist, nicht nur Information zu vermitteln, sondern auch Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Instrumente und Handreichungen zur Förderung des öffentlichen Bewusstseins

Neben dem Dialog ist Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ein Pfeiler im Agenda 21-Prozess.

Thematische „Kinderkisten“ für Umweltbildung vor Ort zum Verleih



Neben Fortbildungen, Ausstellungen etc finden Vorträge statt und werden Diskussions- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Es werden Projekte angestoßen, begleitet und/oder unterstützt, die die Nachhaltigkeit durch konkretes HANDELN sichtbar machen. Es sind Projekte die auch die Beteiligung und Mitgestaltung fördern. z.B. Buslinie 21 und Kinderwald.



Die Filmwoche Media 21 schult das Verständnis für globale Zusammenhänge. Das Projekt WandelWerte setzt sich nicht nur auf kreative Art mit Themen der Agenda 21 auseinander, sondern richtet sich gezielt auch an die Menschen, die sich bisher wenig oder gar nicht einbringen.

Die Homepage und die Agenda 21-Zeitung informieren über zahlreiche Aktivitäten und leisten auch ihren Beitrag zur Transparenz und Vernetzung.

Umweltbildung vor Ort

Neben der Umweltberatung für Bürger/-innen und Bürger ist die Umweltbildungsarbeit für Schulen und Kin-

dertagesstätten ein Hauptschwerpunkt der Arbeit des Sachgebietes Beratung und Kommunikation im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün. Es werden aktuelle internationale oder lokale Themen im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes aufgegriffen und hierzu projektbezogen Informationspakete zusammengestellt, Handreichungen und Ausstellungen konzipiert, Fort- und Weiterbildungen organisiert und die Bildungseinrichtungen beratend unterstützt. Es werden Pilotprojekte und Kampagnen initiiert bzw. unterstützt, die beispielhaft umweltgerechtes Handeln verdeutlichen (wie z.B. Kinderwald, „Erfolgreich abfallarm“, Internationales Jahr des Süßwassers, GEO-Tag der Artenvielfalt etc.). Bei der Umweltbildung stehen der Bezug zur eigenen Verantwortung sowie die Praxisorientierung im Vordergrund. Mit spielerischen Elementen werden die Inhalte sowohl an Kinder als auch an deren Eltern vermitteln.

Diese Angebote werden ergänzt durch Aktivkisten zu den Themen Wasser, Wald, Kompost & Boden, Müll & Abfall, Papier, Klimaschutz, Energie, Regenwald, Artenvielfalt, Ernährung und Mobilität. Die Aktivkisten beinhalten Bücher, Unterrichtseinheiten, Internetadressen, CD-ROMs, Spiele, Aktionsmaterialien, die sich sowohl für Kindertagesstätten als auch für den Primar- und Sekundarbereich der Schule eignen.

Lernangebote der Volkshochschule

Die Volkshochschule bietet Lernangebote in allen Agenda 21-relevanten Bereichen. Agenda 21 war Thema eines Sonderprogramms mit zahlreichen Kooperationspartnern.

Die Volkshochschule hat seit 1980 in den Agenda 21-relevanten Bereichen Umweltschutz, Umgestaltung der Wirtschaft, Armutsbekämpfung, Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik und Gesundheitsvorsorge Lernangebote in ihre Arbeitspläne aufgenommen. Ein besonderer Schwerpunkt im Bereich Umweltschutz für das Arbeitsjahr 04/05 liegt in der Förderung der Sonnenenergie. Hierzu werden Seminare zur Photovoltaik und Warmwasseraufbereitung angeboten.

(vgl. Kapitel 11, 21, 25 und 28)

Zuwendung zur Natur fördern

Alle schulischen Sondereinrichtungen der Stadt Hannover, Schulbiologiezentrum, Botanischer Schulgarten Burg, Botanischer Schulgarten am Lindener Berg, Zooschule, Freiluftschule, Schullandheim Bredenbeck und Schullandheim Riepenburg bieten Lehrinhalte an, die einen direkten praktischen Bezug zu Lebewesen und ihrer Umgebung ermöglichen. Dadurch kann die Zuwendung zur Natur und ein kenntnisreicher Naturschutz bewirkt werden.

Jedes Thema wird in der Regel so aufgearbeitet, dass es einen ganzheitlichen Ansatz enthält. Dieser umfasst neben dem naturwissenschaftlichen Erfahrungsfeld auch die spielerische und die sinnliche Wahrnehmung und die ästhetische Komponente, aber auch die soziopolitische Bedeutung und das Bewusstsein für die Möglichkeiten, das Erfahrene und Gelernte mitzuteilen.

(vgl. TEIL II und Kapitel 25)

Hauptschule in Bewegung

Unter dem Motto „Hauptschule in Bewegung“ wird jedes Jahr mit fast allen Hauptschulen in Hannover in intensiven Projektphasen mit Künstlerinnen und Künstlern eine gemeinsame öffentliche Präsentation erarbeitet, die die Kreativität, Experimentierfreude und das Engagement von ca. 200 Schüler/-innen und ihrer Lehrer/-innen zeigt.

Thema im Jahr 2000: „Die 4 Elemente“.

Die Jugendlichen entwickelten die inhaltlichen Vorstellungen und ihre künstlerischen Ausdrucksformen aus ihrem kognitiven (Schul-) Wissen über die Bedeutung der Elemente für die Menschheit und über die sinnlich erfahrbare Qualität der 4 Elemente Erde, Wasser, Feuer, Luft.

Medienangebote der Stadtbücherei zur Agenda 21

Folgende Maßnahmen wurden von den Stadtbüchereien zum Thema Agenda 21 initiiert:

- Fortbildungsmaßnahmen mit der Kulturpolitischen Gesellschaft zum Thema „Projektbezogenes Arbeiten“ am Beispiel Agenda 21.
- Informationsmaterialien zum Thema Agenda 21 und Umweltschutz liegen in den Stadtteilbibliotheken in der „Bürgerinformation“, auch Bücher zu diesem Thema sind selbstverständlich vor allem in der zentralen Stadtbibliothek vorhanden.
- Die Zentralstelle für Bibliotheksarbeit mit Schulen bietet spezielle Literatur zu Agenda 21-relevanten Themen an und erstellt zu diesen Lernfeldern Medienlisten, die laufend aktualisiert werden. Sie sind kostenlos in allen Stadtteilbibliotheken erhältlich.

Energiesparen in Schulen, Kindertagesstätten und der Stadtverwaltung: Die Projekte GSE, Kliik und Tatort Büro

10-15% Energie lassen sich durch umweltbewusstes Verbraucherverhalten sparen. Die Emission von Treibhausgasen wird entsprechend vermindert.



Die Landeshauptstadt Hannover hat 1994 in Schulen mit dem GSE (Gruppe schulinternes Energiemanagement) -Projekt begonnen, dieses Energiesparpotential auszuschöpfen und den Projektgedanken auf Kindertagesstätten (Klimaschutz in Kindertagesstätten = Kliik-Projekt,

1999) und sonstige Einrichtungen der Stadtverwaltung (Projekt Tatort Büro, 2000) ausgedehnt. Damit werden jetzt alle städtischen Liegenschaften abgedeckt. Im Kliik-Projekt und bei Tatort Büro wird zusätzlich Wasser gespart.

Der grundsätzliche Ablauf ist in allen Projekten gleich: Die Einrichtungen melden sich freiwillig zur Teilnahme. Sie bilden eine Multiplikatorengruppe, in der alle Nutzergruppierungen der Einrichtung vertreten sind. In den Schulen sind das der/die Hausmeister/in, zwei Lehrkräfte und zwei Schüler/innen, in den Kindertagesstätten Erzieher/innen, Küchenkräfte und auf Wunsch Elternvertreter/innen, in den übrigen Einrichtungen Vertreter/innen aus allen Arbeitsbereichen.

Diese Multiplikatorengruppe erkundet gemeinsam mit Energieberatern den Energieverbrauch ihres Gebäudes, analysiert Schwachstellen und erarbeitet Verhaltensänderungen. Die Ergebnisse werden von ihnen in der Einrichtung bekannt gegeben und von allen umgesetzt. Zu den Änderungen gehören zum Beispiel Verhaltensregeln wie Lüften im Winter durch Stoßlüftung statt auf Dauer gekippter Fenster oder bedarfsgerechte Heizungssteuerung.

Als Anreiz für die Teilnahme profitieren die Einrichtungen finanziell von den eingesparten Energiekosten. Schulen und Kindertagesstätten erhalten 30% der eingesparten Kosten als Prämie zur freien Verfügung, die übrigen Einrichtungen der Stadtverwaltung zur Verbesserung ihres Arbeitsumfeldes. 40% werden für kleininvestive Energiespar-Maßnahmen (z.B. Fensterdämmung, Energiesparlampen) eingesetzt.

Zurzeit nehmen insgesamt 97 Schulen, 58 Kindertagesstätten und 30 sonstige Einrichtungen der Landeshauptstadt Hannover an den Energiesparprojekten teil. Die Zahl der Teilnehmer steigt jährlich. Pro Jahr werden über 400.000 € gespart und CO₂-Emission in Höhe von über 1700 t vermieden!

Öffentlichkeitsarbeit der Stadtentwässerung

Zunehmendes Umweltbewusstsein der Gesellschaft und die Sensibilität gegenüber umweltrelevanten Themen spiegeln sich einerseits im Informationsbedürfnis der Medien, Organisationen, Informationsgruppen, andererseits im Informationsbedürfnis des „Kunden“ wider.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadtentwässerung Hannover seit dem 1. April 1995 eine eigene Stelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kundenservice, Bürgerberatung und Marketing für das „Un“-thema Abwasser wurden systematisiert und nach inhaltlichen Vorgaben strukturiert. Heraus kamen zielgruppengerechte Ansprachen für Politiker, Meinungsführer, Kunden und Jugendliche sowie für Verbände und Vereine.

So fanden von 1995 bis Ende 2003 insgesamt 786 Klärwerksführungen mit insgesamt 15.068 Personen statt. Im Jahr des Wassers (2003) zeigten insgesamt rund

Hauptschüler arbeiten gemeinsam kreativ mit Künstlern zu einem Thema.

Energie und Wasserverbrauch durch umweltbewusstes Verhalten senken

1.350 Personen großes Interesse, einen Abwasserkanal unter der Herrenhäuser Allee zu besichtigen und sich für die Aufgaben einer Stadtentwässerung zu interessieren

Projekt „Erfolgreich abfallarm“

1998 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover das Projekt „Erfolgreich abfallarm / Abfallarme Schule“ beschlossen. Ziel war es, Abfälle zu vermeiden, Wertstoffe zu trennen und so Abfallgebühren zu reduzieren, aber auch sich kritisch mit dem Thema Abfall und Konsum auseinander zu setzen und den Schulalltag insgesamt ökologisch zu gestalten.



Die Schulen gingen mit einem Behältervolumen von 33.775.575 Liter Restmüll, 1.311.750 Liter Gelber Sack und 802.420 Liter Bioabfall an den Start. Das entsprach 3 Liter pro Schüler und Tag und verursachte für die Stadt Hannover jährlich Abfallgebühren von ca. 640.000 € vor der Gebührenanhebung bzw. 694.300 € ab 2001.

Seit 1998 beteiligten sich ca. 2/3 der hannoverschen Schulen am Projekt „Erfolgreich abfallarm“: Es wurde an 113 Schulstandorten ein Müllcheck durchgeführt.

Es wurden von 82 Schulen mit 6.650 Sammelbehälter für die Unterrichtsräume ausgestattet.

Es wurden je 2.000 Exemplare der Handreichungen „Wegweiser“ und „Arbeitsheft zum Mitdenken und Mitmachen“ abgefragt.

Das Beratungsangebot wurde von insgesamt 125 Schulstandorten in Anspruch genommen, an 32 Schulen wurden insgesamt 122 Fortbildungen durchgeführt.

Die Brotdose wird jährlich zusammen mit dem Minibuch „Umweltfreundliche Schultasche“ an alle ca. 4.600 Schulanfänger/innen verteilt.

Rund 50% der 131 Schulstandorte konnten hierdurch ihre Müllgebühren reduzieren. So betragen die Müllgebühren 2001 nur 513.000 €, so dass Einspareffekt von 130.000 € (= 20%) erzielt werden konnten. Dieser Trend hat sich auch in 2002 und 2003 fortgesetzt. 30% der eingesparten Abfallgebühren standen den beteiligten Schulen seit Projektbeginn jährlich zur freien Verfügung. Insgesamt erhielten die Schulen von 1998-2003 ca. 145.000 € an Prämien.

„Es rauscht im Blätterwald“ und „Die Natur kennt keine Abfälle“

Unter diesen beiden Mottos können sich alle Allgemeinbildenden Schulen der Landeshauptstadt Hannover 2004 am Wettbewerb „Erfolgreich abfallarm“ beteiligen. Der Wettbewerb findet zukünftig jährlich zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen statt. Schulen erhalten hierdurch die Möglichkeit, beispielhafte Ideen und deren Umsetzung zu präsentieren und eine mit 250 € bis 500 € dotierte Auszeichnungsurkunde erhalten. Zur Unterstützung erhalten die Schulen ein umfangreiches Umweltbildungsangebot mit Infopaketen, Handreichungen für Unterricht und Projektarbeit, Gruppenangeboten, schulinterne und schulübergreifende Fortbildungen sowie ein auf die jeweiligen Situation der Schule angepasstes Beratungsangebot.

Projekt „Kind – Natur – Technik“

Die Kinder, Eltern, Mitarbeiter/-innen und Mitarbeiter überholen das Außengelände der Kita Hauptstraße und gestalten einen Sinnes- und Erlebnispark.

Das abgespielte Außengelände der Kita wird in einen Sinnes- und Erlebnispark, in eine Landschaft mit Wasser und Erde, Berg und Tal, mit Licht und Schatten bei Wind und Wetter verwandelt. Für alle sieben Sinne, aber für mehr als sieben Kinder, entsteht „natürlich“ der Sinnespark.

„Fehlt noch die Technik. Aus Holz bauen wir eine Form. Der darin geformte Ton wird zu einem Baustein gebrannt und aus vielen Bausteinen bauen wir ein kleines Haus. Oder vielleicht eine Wetterstation, wo wir Regen und Wind messen, die Sonne beobachten, Energie anzapfen. Oder das Haus wird zur Sternwarte, wo die schwarzen Löcher erkundet werden. Doch zurück zur Erde, denn auch ein Gewächshaus ist Natur und Technik zugleich.“

„Wir begreifen, was bei uns wächst, oder welche Nahrungsmittel eine lange Reise hinter sich haben. Wir lernen Zusammenhänge kennen, zum Beispiel, dass saubere (und verschmutzte) Luft überall hinweht und der Wasservorrat für unsere Gärtnerei irgendwann verbraucht ist. Wir wissen, wir können nicht (mehr) alles haben und schon lange nicht mehr alles wegschmeißen. Das war einmal. Verantwortung ist gefragt, jetzt und in Zukunft.“

„Kind-Natur-Technik ist ein Versuch, im Stadtteil Wettbergen ein Agenda 21-Projekt lebendig werden zu lassen. Hier verknüpfen Kinder und Eltern, Mitarbeiter/-innen und Mitarbeiter sowie Nachbarn Natur und Technik, Kunst und Kultur.“

„Wir überholen gemeinsam das Außengelände und entwickeln daraus einen Sinnes- und Erlebnispark zum Mitmachen, Staunen und zum Nachmachen (vielleicht im eigenen Garten). Dann schaffen viele kleine Gärten viele kleine Netzwerke. Das macht viele kleine Beiträge für eine lebenswerte Zukunft. Ganz besonders hier, an Ort und Stelle.“
(vgl. Kapitel 25)

KITA-Außengelände wird zum Sinnes- und Erlebnispark zum Mitmachen, Staunen und Nachmachen

Projekt: Umweltfreundliche Kindertageseinrichtungen

Das Projekt umweltfreundliche Kindertageseinrichtungen hat eine Orientierung auf ein nachhaltig umweltverträgliches und Ressourcen schonendes Verhalten (auch Konsumverhalten) zum Ziel. Der Alltagsablauf, Energieeinsparung sowie Abfallvermeidung und -beseitigung stehen im Vordergrund des Projektes. Zu diesem



Zweck führen in einem ersten Schritt alle Mitarbeiter/-innen und Mitarbeiter der Einrichtungen gemeinsame Fortbildungen und Studien mit der Werk-Statt-Schule, an Studientagen, auf Dienstbesprechungen und in besonderen Arbeitsgemeinschaften zu folgenden Themen durch:

- Verhalten: Umgang mit Materialien, wie z.B. Papier, mit Pflanzen und Tieren, Integration in den pädagogischen Alltag.
- Müll: Müllanalyse in der Kindertagesstätte, Möglichkeiten der Mülltrennung und -verwertung.
- Wasser: Wasserverbrauch, Reduzierung des Verbrauches.
- Heizung: Heizungsregelung, Lüftungsverhalten und -methoden.
- Außengelände: Naturnahe Nutzung.

Waldstation Eilenriede

Das Vogelschutzgehölz am nordöstlichen Rand der Eilenriede wurde 1959 als Schutz- und Lehrgehege eingerichtet und war ursprünglich als eine pädagogische Einrichtung für die Jägerschaft gedacht. Im Laufe der Jahre wurde es zu einer von der hannoverschen Bevölkerung, von Kindergärten und Grundschulen gern besuchten Umweltbildungseinrichtung.

Nach der Zerstörung des Vogelschutzgehölzes durch einen Brand im August 2000 wurde beschlossen, eine „Waldstation Eilenriede“ aufzubauen, die die besonderen Qualitäten des ehemaligen, in die Jahre gekommenen Vogelschutzgehölzes aufgreift und mit neuen Umweltbildungsgesichtspunkten weiterentwickelt.



Die Waldstation Eilenriede erhält im regionalen Angebot außerschulischer Umweltbildungseinrichtungen ein spezifisches, auf den Stadtwald bezogenes Profil. Sie lädt Bürger aller Altersgruppen zum Besuch ein, wendet sich aber schwerpunktmäßig an Kinder bis zum Alter von ca. 10 Jahren und vermittelt Walderleben zum Anfassen. Auf museale Angebote wird weitgehend zugunsten von lebendiger Anschauung und Experimentiermöglichkeiten im Sinne eines Waldlabors verzichtet. Die Waldstation möchte durch wechselnde Angebote (Jahreprogramm) zu häufigen Besuchen ermuntern und an Wochenenden auch gezielt Familien ansprechen. Es gibt die Möglichkeit, in einem großen, werkstattähnlichen Raum mit Kindern zu malen, zu basteln oder mit Holz zu arbeiten. Weiterhin können diverse Medien eingesetzt werden. Angebote der Waldstation sollen in die Schulen getragen werden.

Eine Zusammenarbeit mit anderen hannoverschen Umweltbildungseinrichtungen (z.B. Niedersächsisches Landesmuseum, Schulbiologiezentrum, Kinderwald Hannover, Naturstation Misburg, Jagdschloss Springe) wird angestrebt. Das vergrößerte Grundstück soll mehr Möglichkeiten, vor allem auch im Außenbereich, bieten. Dort werden „Stationen“ geschaffen, die für Kinder selbst erklärbar und erlebbar sind. Die Besucher können wählen, ob sie das Gelände selbst erkunden wollen oder auf Führungen zu verschiedensten Themen zurückgreifen wollen.

Kinderwald Hannover

Mit der Planung und Gründung des Kinderwaldes werden nachhaltige Entwicklungsziele der Agenda 21 verfolgt: „...Aufrechterhaltung und Erhöhung der ökologischen, biologischen, klimatischen, soziokulturellen und ökonomischen Leistungen der forstlichen Ressourcen...“ (Zitat aus Kapitel 11 der Agenda 21).



Der Kinderwald ist ein sieben Hektar großer Naturerlebnisraum am nordwestlichen Rand von Hannover. Dort pflanzen Kinder unter Begleitung von Erwachsenen Bäume und Sträucher, bauen nach ihren Vorstellungen Spielbereiche, legen Wiesen und Benjeshecken an, singen und spielen Theater. Ziele des Projektes Kinderwald sind die Heranführung von Kindern an Natur über kreative, künstlerische, bauliche und naturkundliche Aktivitäten sowie die Beteiligung von Kindern an Planungsprozessen – insbesondere bei der Gestaltung des Kinderwald-Geländes.

Umweltfreundliche Kindertageseinrichtungen für eine „nachhaltige“ Verhaltensänderung

Umweltbildung und künstlerische Ideen: Kinder planen ihren eigenen Wald.

*Innovative Lernideen
u.a. in den Bereichen
Musik und Bewe-
gung, Gesundheit, In-
terkultur, Elternwerk-
statt, Außerschuli-
sche Jugendbildung,
Arbeitswelten*

Das Projekt Kinderwald wurde 1996 auf Initiative des Kinderliedermachers Unmada Manfred Kindel gegründet. Unterstützung dafür fand er beim ehemaligen Kulturamt und beim Agenda 21-Büro der Stadt Hannover. Gleichzeitig beteiligten sich viele Einzelpersonen, pädagogische Einrichtungen und Organisationen bei der Gründung. Von der Stadt Hannover wurde die Fläche zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat sich ein weites Netzwerk gebildet. Das Projekt Kinderwald kooperiert mit verschiedenen Kindertagesstätten und Schulen sowie Vereinen und Organisationen, die im pädagogischen sowie im Naturschutzbereich tätig sind. Außerdem engagieren sich viele Einzelpersonen im Projekt, die ihre Arbeit großenteils ehrenamtlich einbringen. Und mittlerweile identifizieren sich sehr viele Kinder in Hannover und dem Umland mit dem Kinderwald. Und nicht zuletzt sind verschiedene Fachbereiche der Stadt Hannover zu nennen, mit dem das Projekt im ständigen Austausch steht und von denen es Unterstützung in materieller und finanzieller Hinsicht sowie durch Dienstleistungen erhält.

Das Projekt Kinderwald ist ein Agenda 21-Projekt der Stadt Hannover. Es zeigt in besonders anschaulicher Weise, wie die Agenda 21 auf lokaler Ebene umgesetzt werden kann. Es ist mittlerweile über die Grenzen der Region Hannover hinaus bekannt und es gibt bereits einige Partnerprojekte.
(vgl. Kapitel 11 und 25)

FLUXUS – das Netzwerk für Lebens- und Berufsorientierung

FLUXUS wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Lernende Regionen“ unterstützt.

FLUXUS will in den nächsten vier Jahren innovative Lernideen u.a. in den Bereichen Musik und Bewegung, Gesundheit, Interkultur, Elternwerkstatt, Außerschulische Jugendbildung, Arbeitswelten umsetzen, um

- eine höhere Bildungsbeteiligung möglichst vieler Menschen in allen Lebensphasen zu erreichen,
- den Zugang zu Bildungsangeboten für bislang benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen zu ermöglichen und neue Benachteiligungen zu vermeiden,
- einen Einstellungswandel zum Lernen herbeizuführen, in dem Sinne, dass Lernen als ein stetiger Prozess begriffen wird, der über das gesamte Leben hinweg eigenverantwortlich gestaltet werden muss,
- eine neue kulturelle Haltung zu entwickeln, die Lernen im Alltag einbezieht, anerkennt und angemessen bewertet,
- durch neue Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit neue Wege des Lernens zu entwickeln und zu erproben.

Das Netzwerk FLUXUS hat derzeit ca. 150 Netzwerkpartner/-innen, die in verschiedenen Teilnetzwerken diskutieren, arbeiten bzw. den Prozess begleiten. Diese Partner/-innen vertreten Träger aus verschiedenen Bereichen wie Kultur, Weiterbildung, Schule, Kinder- und Jugendarbeit, Wissenschaft, Arbeitsverwaltung, Wohlfahrtspflege und Wirtschaft.

Nationale Mechanismen und internationale Zusammenarbeit zur Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten in Entwicklungsländern

Agenda 21 Kapitel 37

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Verbesserung der personellen und institutionellen Voraussetzungen für die Formulierung von Zielen, die Erarbeitung von Strategien sowie die Entwicklung von Projekten und Programmen. Wichtig ist die Mobilisierung von gesellschaftlichen Kräften, die diesen Prozess im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung engagiert mittragen.

Ein weiteres Ziel hierbei ist die Überprüfung der Möglichkeit der langfristig angelegten Kooperation von Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten, Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen und der Wirtschaft aus Entwicklungs- und Industrieländern (Partnerschaften).

Aktivitäten der Stadt Hannover

„Stadt Hannover unterstützt das Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre (Klimabündnis)“ Kapitel 2

Agenda 21 Kapitel 38

Internationale institutionelle Rahmenbedingungen

Das Kapitel enthält Festlegungen für institutionelle Vorkehrungen im System der Vereinten Nationen, um eine wirksame Umsetzung der Agenda 21 durch die UN-Organisationen sicherzustellen und die Staaten auf geeignete Weise bei der Umsetzung der Agenda 21 unterstützen zu können.

Agenda 21
Kapitel 39
Internationale Rechtsinstrumente und -mechanismen

Das Kapitel enthält Festlegungen zur Fortentwicklung des internationalen Umweltrechts unter Berücksichtigung entwicklungspolitischer Belange und zur verstärkten Beteiligung der Entwicklungsländer an der Ausarbeitung internationaler Vereinbarungen. Die Bedingungen für eine wirksame Umsetzung internationaler Vereinbarungen sollen verbessert werden.

Agenda 21
Kapitel 40
Informationen für die Entscheidungsfindung

Das Kapitel enthält Festlegungen zur besseren Datenverfügbarkeit als Grundlage für Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Dazu zählen z.B. die Verbesserung der Datensammlung, die Verbesserung der Datenbewertung und -analyse, oder die Entwicklung von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung. Mit Hilfe von Indikatoren sollen national und international Entwicklungsprozesse daraufhin überprüft werden, ob sie dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Über die Einrichtung bzw. Stärkung von Informationssystemen mit Daten zur nachhaltigen Entwicklung soll die Verfügbarkeit der erforderlichen Informationen verbessert werden.

Auszug aus der Charta von Aalborg: Zukunftsbeständigkeit als kreativer, lokaler, Gleichgewicht suchender Prozess

„Wir Städte und Gemeinden erkennen an, dass Zukunftsbeständigkeit weder eine bloße Vision noch ein unveränderlicher Zustand ist, sondern ein kreativer, lokaler, auf die Schaffung eines Gleichgewichtes abzielender Prozess, der sich in sämtliche Bereiche der kommunalen Entscheidungsfindung erstreckt. Er hält die Stadtverwaltung ständig darüber auf dem Laufenden, welche Aktivitäten das städtische Ökosystem zum erwünschten Gleichgewicht hinführen und welche davon ablenken. Indem die Verwaltung einer Stadt auf den in einem solchen Prozess gesammelten Informationen beruht, kann die Stadt als ein organisches Ganzes verstanden werden, und die Auswirkungen aller wesentlichen Aktivitäten treten deutlich zutage. Durch einen solchen Prozess können die Stadt und ihre Bürger auf guter Informationsgrundlage Entscheidungen treffen. Durch einen in Zukunftsbeständigkeit verankerten Verwaltungsprozess können Entscheidungen getroffen werden, die nicht nur die Belange der heutigen Interessengruppen, sondern auch zukünftiger Generationen berücksichtigen.“

Aktivitäten der Stadt Hannover

Die folgenden Aktivitäten der Stadt Hannover stehen in enger Verbindung mit dem Programm zur Verwaltungsreform und zum Erarbeitungsprozess einer lokalen Agenda 21.

(vgl. Kapitel 28)

Kommissions- und Bürgerforumstätigkeit in den Gebieten der „Sozialen Stadt“

Im Rahmen der Realisierung und Umsetzung der Zielsetzungen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ werden über Sanierungskommissionen und Bürgerforen Konkretisierungen der Sanierungsziele erarbeitet und in Projekten umgesetzt. Bei der Zusammensetzung dieser Gremien ist sichergestellt, dass mindestens 50 % der Sitze durch von der Sanierung betroffene Einwohnerinnen und Einwohner besetzt sind. Hierbei übernehmen die Gremien nicht nur die Verantwortung in Form von Beschlussempfehlungen für die Ratsgremien, sondern beteiligen sich in direkter Mitarbeit, z.B. als Projektpaten, ab der Planungsebene an der Realisierung der Zielsetzungen in den jeweiligen Quartieren.

Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001 - 2005

Die Verwaltung hat im Oktober 1998 einen Lagebericht über die Situation der Landeshauptstadt, insbesondere

im Vergleich zu anderen Großstädten, vorgelegt und zur Diskussion gestellt. In einem breit angelegten Dialogprozess, „Dialog zur Stadtentwicklung“ wurden auf dieser Grundlage Perspektiven für die Zukunft und ein Handlungsprogramm für die Jahre 2001 bis 2005 „Zukunft Hannover“ entwickelt (Heft 83 der Schriften zur Stadtentwicklung).

Schwerpunkt: Junge Stadt Hannover

Unter dem Leitthema Ausgleich statt Spaltung und dem genannten Schwerpunkt wird mit dem Projekt „Freiräume für Kinder und Jugendliche“ das Ziel weiterverfolgt, die Freiraumsituation auch für diese Altersgruppen unter Beteiligung der Betroffenen wesentlich zu verbessern. Diese geschieht vor allem durch:

- **Ökologische Aufwertung von Spielplätzen und Schulhöfen:** Das 1998/99 begonnene Sonderprogramm wird fortgesetzt.
- **Erneuerung von Spielparks und Kinderspielplätzen:** durch intensive Nutzung abgespielte Anlage werden erneuert und den aktuellen Erfordernissen angepasst.
- **Spielmöglichkeiten in den Stadtteilen** werden durch dezentrale Kleinprojekte verbessert,
- **Kieselrot-Flächen:** Das erfolgreich laufende Programm zur Sanierung dieser kontaminierten Flächen wird bis Ende 2004 fortgeführt.

Lagebericht über die Situation der Landeshauptstadt Hannover als Grundlage für ein Handlungsprogramm für 2001 bis 2005.

Schwerpunkt: Initiative für mehr Beschäftigung

Ebenfalls unter dem Leitthema Ausgleich statt Spaltung angesiedelt, steht das bereits 1997 begonnene Projekt Arbeit und Umwelt, das – durch investive Maßnahmen ergänzt – fortgesetzt wird. Projektelemente hieraus sind:

- Grundherrichtung von Kinderspielplätzen: Einige Spielplatzstandorte werden vorläufig nicht intensiv mit Spielgeräten ausgestattet, sondern mit geringem Aufwand so hergerichtet, dass sie zum freien Spielen von Kindern genutzt werden können. Dieses wurde bereits auf zwei Flächen umgesetzt, einige weitere sind dafür vorgesehen.
- Beseitigung von Eisenbahnschwellen: Auf mehreren Spielplätzen wurden besonders in den siebziger Jahren Bahnschwellen eingebaut, die aufgrund der inzwischen bekannten Kontamination ausgebaut und entsorgt werden müssen. Diese Maßnahmen wurden inzwischen auf vier Standorten umgesetzt.

Schwerpunkt: Hannover Stadt der Gärten

Unter dem Leitthema „Urbane Lebensqualität“ bildet der Schwerpunkt „Hannover Stadt der Gärten“ die Fortsetzung des Projektes „Stadt als Garten“. Während seinerzeit im Zusammenhang mit der Weltausstellung Wert auf besondere Außenwirkung gelegt wurde, liegen die Prioritäten des neuen Projektes nun auf der Verbesserung der Freiraumqualitäten in den Stadtteilen, der Verknüpfung des Gartenthemas mit anderen Aufgabenbereichen, der Nutzung für das Stadtmarketing und der Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner.

Folgende Projektelemente sollen realisiert werden bzw. sind bereits in der Umsetzung.

Aufwertung der Gartenqualität in den Stadtteilen: Die Qualitätsverbesserung öffentlicher Freiräume führt letztlich zu größerer Wohnzufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner. Dieses geschieht zum einen durch Schaffung neuer öffentlicher Grünflächen (zum Beispiel: Neuanlage Grüne Mitte Badenstedt; Fertigstellung Willy-Spahn-Park in Ahlem; Neue Grünflächen im Neubaugebiet „In der Rehre“ in Wettbergen; Weiterbau der Grünpang Nord als Teil eines inneren Grünen Ringes auf der ehemaligen Niedersachsenringtrasse in den Stadtteilen Hainholz, Vahrenwald und List), zum anderen durch Verbesserungen bei bestehenden Grünflächen (zum Beispiel: gestalterische Aufwertung der Eingangsbereiche in die Eilenriede, Verbesserung der Naherholungsqualität im Bereich Segelfluggelände/Kugelfangtrift, Verbesserungen für Skater am Maschsee).

1000-Bäume-Programm: durch zusätzliche Baumpflanzungen wird die Freiraumqualität bestehender Straßen verbessert.

Der Grüne Ring: Das Programm zur Freiraumentwicklung in den Landschaftsräumen 1998 bis 2002 wird fortgeschrieben.

Natur- und Gewässerschutz: Ergänzend zum Programm zum naturnahen Ausbau von Fließgewässern werden auch diverse Stillgewässer ökologisch aufgewertet (zum

Beispiel: naturnahe Umgestaltung der Regenrückhaltebecken Wettbergen und Mühlenberg).

KunstGartenKunst: Mit diesem Vorhaben wird eine enge und überzeugende Verbindung zwischen den Themen Kunst und Garten angestrebt. Dazu haben Künstlerinnen und Künstler für jeweils einen geeigneten Ort in einem Stadtbezirk Vorschläge erarbeitet, die in einer viel beachteten Ausstellung im Sprengel-Museum im Frühjahr 2003 gezeigt wurden. Die Realisierung der Objekte vor Ort hängt vom Erfolg zur Zeit laufender Gespräche mit potentiellen Sponsoren ab.

Stärkung der Friedhöfe als Ort der Erinnerung: Gemäß dem vom Rat geforderten Friedhofskonzept sollen die Friedhöfe als Teil der Stadtkultur, in ihrer stadthistorischen Bedeutung als Bau- und Gartendenkmale und als öffentliche Grünflächen wieder gestärkt werden.

Förderung privater Gartenkultur: Auch in Bereichen, die nicht unmittelbar unter städtischem Einfluss stehen, werden Verbesserungen im Gartenbereich angestrebt (zum Beispiel durch Fortsetzung des „Innenhof- und Wohnumfeldprogramms“ und der „Offenen Pforte“).

Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Hannover

Im „Hannover Aufruf“ (2000) kommt den Indikatoren ein besonderer Stellenwert zu. Dort verpflichten sich die europäischen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen „... lokale Nachhaltigkeitsindikatoren einzuführen, entsprechend derer wir Ziele vereinbaren, den Fortschritt überwachen und über Erfolge berichten können. [...] Wir verpflichten uns zur Schaffung regionaler Netzwerke, um die zukunftsbeständige Entwicklung zu fördern.“

Die Stadt Hannover hat sich von 1998 bis Juni 2000 mit insgesamt 25 weiteren Städten am internationalen ICLEI-Projekt „Cities 21“ beteiligt. Auf der Grundlage regionaler Indikatoren sollten weltweit vergleichbare Indikatoren entwickelt werden, die es ermöglichen, den gemeinsamen Fortschritt in Richtung nachhaltiger Entwicklung zu beschreiben und für weitere Handlungsmaßnahmen zu bewerten. Im Rahmen dieses Projektes wurde für die Stadt Hannover auch ein System von umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren erarbeitet in Zusammenarbeit mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Agenda 21-Büro, Nichtregierungsorganisationen, Stadtnetze Hannover AG, Bürgerbüro Stadtentwicklung, Wissenschaft und Forschung.

Die erste konkrete Überprüfung der umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren auf ihre Praktikabilität und ihre Aussagekraft zur Darstellung und Bewertung der nachhaltigen Entwicklung erfolgte im Umweltbericht 2002. (vgl. Kap.8). Die im Projekt ausgewählten Indikatoren sollen im kommunalen Alltag, in der politischen Diskussion und im öffentlichen Dialog verstärkt als Steuerungsinstrument für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden. Stärken und Schwächen einer nachhaltigen Entwicklung sollen erkannt und neue Handlungsimpulse daraus abgeleitet werden.

**Teilnahme an Wettbewerben,
Breitentests und Vergleichsringen
auf der Basis von Nachhaltigkeitsindikatoren**

Durch die Teilnahme an Wettbewerben, Breitentests und Vergleichsringen auf der Basis von Indikatoren soll den Städten und Gemeinden eine umfassende Kontrolle ihrer ökologischen, sozialen und ökonomischen Qualitäten und eine Einschätzung ihres Agenda 21-Prozesses ermöglicht werden, um aus den erkannten Stärken und Schwächen neue Handlungsimpulse abzuleiten. Die Stadt Hannover nahm im Jahre 2002 an den Wettbe-

werben „Zukunftsfähige Kommune“ und an der indikatorengestützte Erfolgskontrolle nachhaltiger Stadtentwicklung im Forschungsfeld „Städte der Zukunft“ teil. Sie beteiligte sich am Vergleichsring Lokale Agenda 21 im Rahmen des Projektes „Kommune in der Welt“ der KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle) und Misereor und arbeitet seit Herbst 2003 im Vergleichsring Umwelt der KGST.

(vgl. Kapitel 8: „Umweltberichte“, Kapitel 28: „Lokale Agenda 21“)

Dank

Wir danken allen unseren Kollegen für ihre Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Erstellung dieser Broschüre, ohne die dieses Projekt nicht möglich gewesen wäre.

Bildnachweis

Abfallwirtschaft der Stadt Hannover

Seite 26 Mitte, Seite 36 oben

Agenda 21-Büro

Seite 8, Seite 15, Seite 26 unten, Seite 43, Seite 45,
Seite 53, Seite 54 unten, Seite 57 unten rechts & oben

Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Seite 16 oben, Seite 16 Mitte, Seite 17, Seite 18 oben,
Seite 26 oben, Seite 30, Seite 32 links,
Seite 32 rechts, Seite 54 oben, Seite 57 unten links

**Koordinationsbüro Umweltberatung
und -management**

Seite 29

Gruppe Freiraumplanung

Seite 18 Mitte, Seite 18 unten, Seite 34 unten links

m.göke, Hannover

Titelfoto, Seite 25, Seite 50, Seite 55

**Niedersächsisches Landesamt
für Bodenforschung**

Seite 34 unten rechts

Presseamt der Stadt Hannover

Seite 9

proKlima

Seite 19

sec GmbH, Osnabrück

Seite 11

Stadtentwässerung Hannover

Seite 30 links, Seite 33, Seite 34 rechts oben

Volkman Grafik

Seite 41, Seite 56

